

**DER WANDEL
DER POLITISCHEN FÜHRUNGSSCHICHT
DER DEUTSCHEN INDUSTRIE
VON 1918 BIS 1945**

**Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel vorgelegt von**

**INGOLF LIESEBACH
von Hannover**

Hannover 1957

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag des Herrn Prof. Dr. E. Salin

Basel, den 9. Mai 1956

Prof. Dr. H. Fuchs
Dekan

**DER WANDEL
DER POLITISCHEN FÜHRUNGSSCHICHT
DER DEUTSCHEN INDUSTRIE
VON 1918 BIS 1945**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel vorgelegt von

INGOLF LIESEBACH
von Hannover



Hannover 1957

MEINEN LIEBEN ELTERN
in Dankbarkeit
gewidmet

DER WANDEL DER POLITISCHEN FÜHRUNGSSCHICHT
DER DEUTSCHEN INDUSTRIE VON 1918 BIS 1945

EINLEITUNG

Einleitung	5
Zielsetzung und Abgrenzung	9

I. T E I L

DAS POLITISCH-SOZIOLOGISCHE PROBLEM
— Die theoretische Grundlegung —

. Das Führungsschichtenproblem	
1. Die Führungsschichten und die herrschende — politische — Klasse	12
2. Die Führungsschicht der Industrie	15
3. Die politische Führungsschicht der Industrie	17
. Der Wandlungsprozeß innerhalb der industriellen Führungsschicht	20
1. Die industrielle Dynamik und der Wandlungs- vorgang (endogene Faktoren)	22
2. Die politischen Vorgänge und der Wandlungs- vorgang (exogene Faktoren)	24
. Der politische Raum und die Einflußnahme der Industrie	27
1. Die Möglichkeiten	27
2. Die Arten der politischen Einflußnahme	29

II. T E I L

DER WANDEL DER POLITISCHEN FÜHRUNGSSCHICHT DER DEUTSCHEN INDUSTRIE VON 1918 BIS 1945

- Der historische Ablauf -

A. Die Weimarer Republik 1918/1933	
1. Politische Ereignisse	3
2. Die industrielle Führungsschicht im politischen Machtbereich	3
a. Parlament - Reichstage	3
b. Parteien - Fraktionen	4
c. Politische Solidarität ?	5
d. Regierungen	6
e. Außerparlamentarische Wege	6
3. Würdigung	6
B. Das Dritte Reich 1933/1945	
1. Politische Ereignisse	7
2. Die Stellung der industriellen Wirtschaft im nationalsozialistischen Reich	7
3. Die neue politische Stellung der industriellen Führungsschicht	8
4. Politische Typisierung der industriellen Führungskräfte	8
5. Würdigung	9

SCHLUSS

Zusammenfassung des soziologischen Urteils	9
Schlußwort	10
Tabellenanhang	11
Quellennachweise und Erläuterungen	11
Literaturverzeichnis	12

E I N L E I T U N G

Die Themenstellung ordnet die vorliegende Arbeit in die Reihe der politisch-soziologischen Untersuchungen ein. Sie öffnet ein weites Feld einer ebenso interessanten wie lohnenden - aber gerade deshalb nicht minder schwierigen Aufgabe.

Aus diesem Grunde mußte zunächst der Bereich dieser Studie, die im politisch-soziologisch-historischen Grenzgebiet liegt, eingehend sondiert und ihre Grenzen sorgfältig abgesteckt und markiert werden. Nur so bestand bei der Vielzahl der auftretenden Probleme und Fragen eine Aussicht, das Forschungsziel im Auge behalten zu können.

Die Arbeit beginnt deshalb mit einer theoretischen Grundlegung zum Problem der Führungsschichten. Die Formulierung einer politisch-soziologischen Fragestellung mußte das Anliegen dieser Arbeit näher bezeichnen. Die sich daraus ergebende Problematik war danach erst auf dem Hintergrund einer soziologischen Gesamtentwicklung sichtbar zu machen.

Dazu hatte dann im Hauptteil der Arbeit die historisch-soziologische Analyse zu treten, die, unter strenger Beachtung des Anliegens dieser Studie, die geschichtlichen Fakten auf ihren für diese Untersuchung relevanten Aussagegehalt hin zu konsultieren hatte.

Verbindend mußte endlich ein soziologisches Urteil die einzelnen Teile dieser Arbeit zusammenfügen.

Im ersten Teil dieser Arbeit konnte mit einem gewissen Fundus an soziologischen Aussagen und Erkenntnissen von vornherein gerechnet und gearbeitet werden, zumal das ziemlich eingehend behandelte Problem des Gestaltwandels des Unternehmers in ihn hineinspielt. Von diesem Fragenkreis her konnten viele Erkenntnisse, die heute zum gesicherten Allgemeingut der Soziologie gehören, übernommen und in die Fragestellung eingebaut werden.

Die eigentlichen Schwierigkeiten ergaben sich jedoch erst im Hauptteil bei der Durchleuchtung der konkreten historischen Tatbestände. Sie standen in einem engen Zusammenhang mit der Materialbeschaffung. Das Schrifttum, das sich mit den dieses Thema betreffenden Fragen befaßt, ist im deutschen Sprachraum gezählt. Hier und da werden in der Literatur zwar Teilfragen berührt, eine in sich abgeschlossene auch nur ähnlich formulierte wissenschaftlich-empirische Untersuchung der deutschen Verhältnisse gibt es dagegen für den angesprochenen Zeitraum nicht. Diese Untersuchung konnte sich deshalb kaum auf Vorarbeiten stützen. Auf der anderen Seite gab es aber eine Fülle von historischem Einzelmaterial, das verwertet und aus dem versucht werden mußte, die allgemeinen, durchgehenden Züge einer soziologischen Wandlung abzuleiten.

Eine Erklärung für das Fehlen entsprechender politisch-soziologischer Arbeiten mag darin zu finden sein, daß die politische Soziologie im deutschsprachigen Gebiet ihre Forschung erst nach dem zweiten Weltkrieg aufgenommen hat, also ein recht junges Kind der Wissenschaft ist. Der Anschluß an den in Amerika gerade auf diesem Spezialzweig bestehenden Vorsprung muß erst nach und nach erreicht werden. Für die dortigen Verhältnisse sind ähnliche Untersuchungen in einer stattlichen Zahl durchgeführt worden. Sie sind aber für eine Anlehnung kaum brauchbar. Wenn sich dort auch mitunter die gleichen Problemstellungen zeigen, so war damit für

den Gang der vorliegenden Arbeit doch nicht viel gewonnen, da eine jede soziologische Fragestellung, die befriedigenden Aussagen führen will, auf die spezifischen politischen, gesellschaftlichen und historischen Verhältnisse des zu untersuchenden Raumes und Zeitabschnittes gerichtet sein muß.

Viele der in dieser Studie angeschnittenen oder aufgeworfenen Fragen übersteigen indes in ihren Anforderungen einer langen Materialsammlung und mühevollen Auswertung die Möglichkeit der Analyse eines Einzelnen. Sie müßten, sollten sie mit brauchbaren Ergebnissen erfolgreich abgeschlossen werden, Untersuchungsgegenstand von Arbeitsteams werden. Überdies müßten aber auch so noch viele Probleme diesen so umfangreichen Gebiets unberührt bleiben. Sie lassen deshalb auch weiterhin ein lohnendes und interessantes Forschungsfeld für weitere Einzeluntersuchungen offen.

Das soziologische Urteil will abschließend einen Beitrag zur allgemeinen Analyse der geschichtlich-gesellschaftlichen Situation Deutschlands für den angesprochenen Zeitraum liefern. Erste Aufgabe aber war es, die Ergebnisse des politisch-soziologischen Wandlungsprozesses darzulegen. Dabei durfte nicht vergessen werden, daß es sich bei dem untersuchten Prozess um einen keineswegs abgeschlossenen, sondern in die Gegenwart reichenden Vorgang handelt, so daß endgültige, rein retrospektive Erkenntnisse nur für gewisse Zeitabschnitte gewonnen werden konnten. Viele Fragen, für deren Beantwortung die Flüssigkeit der Zeit im Augenblick noch ein Urteil erlauben kann, müssen auf spätere Zeitpunkte zurückgestellt werden. Deshalb mußte an den Punkten, die beinahe noch Aktuelles doch jüngst Vergangenes berühren, um fragwürdige Aussagen spekulativer Art zu vermeiden, eine sehr große Zurückhaltung geübt werden. In bescheidenem Maße und mit der eben diesem Vorhaben gehörenden Vorsicht soll das Urteil darüber hinaus aber auch abschließend Feststellungen treffen, und zwar über

den aus dieser Untersuchung sich abzeichnenden Entwicklungstrend.

Der Tabellenanhang schließlich kann viele Aussagen dieser Arbeit veranschaulichen und noch einmal zusammenfassend darstellen.

Die bei der Arbeit verwertete Literatur ist in einem Anhang aufgeführt. Außer dem dort bezeichneten Schrifttum standen noch eine Anzahl von Broschüren, Zeitschriftenartikel sowie Mitteilungen der Presse zur Verfügung. Diese Quellen sind, wenn sie direkt verwertet wurden, an den entsprechenden Stellen im Text als Anmerkung genannt. Im übrigen stützt sich diese Arbeit aber auch zu einem Teil auf persönliche Informationen und Hinweise aus den hierfür in Frage kommenden industriellen und politischen Kreisen, für die zu danken mir ein aufrichtiges Bedürfnis ist. Besonders sage ich Dank dem Deutschen Industrieinstitut in Köln, das die Anregung zu dieser Arbeit gab, sowie in ganz besonderer Weise meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Salin.

Zielsetzung und Abgrenzung

Die Formulierung des Erkenntniszieles ergibt viele Abgrenzungen dieser Arbeit von selbst. Aus diesem Grunde soll zunächst das soziologische Forschungsziel angepeilt werden. Gleichzeitig können dabei die Grenzen dieser Untersuchung sichtbar gemacht werden.

Jedes politische wie wirtschaftliche Geschehen drängt dynamisch auf eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse. Die gesellschaftliche Ordnung und mit ihr auch die diese Ordnung tragenden Führungskräfte unterliegen einer kontinuierlichen Wandlung.

Diese Arbeit hat es sich zur Aufgabe gestellt, einen solchen speziellen Wandlungsprozeß zu untersuchen. Das Untersuchungsobjekt ist dabei hauptsächlich die Führungsschicht der deutschen Industrie. Der Untersuchungszeitraum liegt zwischen den Jahren 1918 und 1945, er ist also begrenzt vom Ende des ersten und dem Ausgang des zweiten Weltkrieges.

Die Untersuchung eines soziologischen Wandlungsprozesses muß einmal auf die Feststellung der personellen Verschiebungen innerhalb einer Schicht zum anderen aber auch auf die 'geistige' Wandlung gerichtet sein. Aus der kombinierten Betrachtung beider Vorgänge, die gleichzeitig ihre Wechselwirkung aufeinander zeigt, ergibt sich das Gesamtbild einer soziologischen Wandlung.

Die Erklärung des Begriffes 'politische Führungsschicht der Industrie' soll hier teilweise vorweg genommen werden. In der Hauptsache muß der Sinngehalt des Wortes 'politisch' für diese Arbeit geklärt werden.

Die besondere Aufmerksamkeit dieser Untersuchung hat sich gemäß der gegebenen Formulierung des Themas nur auf einen bestimmten Personenkreis innerhalb der die industrielle Wirtschaft führenden Kräfte zu richten.

Nicht die gesamte Führungsschicht der Industrie kann als 'politisch', d.h. die politischen Vorgänge aktiv beeinflussend angesprochen werden. Nicht jede politische Betätigung aber bedeutet ihrerseits nun schon einen politischen Einfluß. Damit ist bereits ausgesprochen, daß unter 'politischer Führungsschicht' die Auswahl an Industrieführern gemeint ist, die die politischen Entscheidungen innerhalb des Untersuchungszeitraumes maßgeblich zu beeinflussen in der Lage waren. Politisch bedeutet in diesem Sinne politisch-einflußreich.

Wäre nämlich der Begriff des Politischen sehr weit gefaßt und mit ihm politisches Handeln als jede Art von Einflußnahme auf den Gang und die Gestaltung der "zwischenmenschlichen" Beziehungen angesehen worden, so hätte eine jede derartige Untersuchung ins Uferlose führen müssen. Die unübersehbare "Vielzahl der Konkurrenz-, Macht- und Kampfverhältnisse" im politischen Raum erschwert eine solche Untersuchung nicht nur, sie macht sie geradezu unmöglich.

Der Begriff des Politischen soll deshalb mit Max Weber als ein "soziales Handeln" formuliert werden, "das sich auf Machterwerb und Machtgebrauch richtet, um im öffentlichen Bereich bestimmte Interessen und Ziele von einzelnen und Gesellschaftsgruppen in bestimmten geschichtlich-gesellschaftlichen Situationen in der Regel gegen den Willen und die Zielsetzungen anderer Personen und Gruppen, im Kampf oder mit Hilfe von Vereinbarungen durchzusetzen." 1)

Das bedeutet für diese Arbeit, daß die soziologische Untersuchung auf den Teil der industriellen Führungsschicht gelenkt werden muß, der politischen Einfluß auf Grund von industriellen Machtstellungen im (innerster Linie sicht- und kontrollierbaren) Raum des Politischen ausgeübt hat.

Da Einfluß, worauf immer er sich begründen mag, in

inem Falle der Möglichkeit einer quantitativen Erfassung unterliegt, kann die Untersuchung vorwiegend dort durchgeführt werden, wo sich ein solcher Einfluß sichtbar in politischer Tätigkeit ausgedrückt hat. Das politische Forum - die politische höchste Ebene - einer Demokratie ist das Parlament und in besonderem Maße natürlich die Regierung. In einer Diktatur verlagert sich die politische Gewalt in andere Gremien. Diese Studie wird sich deshalb weitgehend auf die Untersuchung der Vertretung der Industrie gerade in diesen maßgeblichen politischen Einflußstellungen konzentrieren müssen, d.h. die Arbeit will vorwiegend die politischen Aktionszentren auf Führungskräfte der Industrie beobachten, die im Untersuchungszeitraum "für die abschließende politische Willensbildung und für den Vollzug verbindlicher politischer Entscheidungen von ausschlaggebender Bedeutung" ²⁾ waren.

Natürlich kann auch von anderen Ebenen oder aus dem Hintergrund politischer Einfluß ausgeübt werden. Deshalb mußten auch außerparlamentarische Möglichkeiten und Arten politischer Einflußnahme aufgezeigt und berücksichtigt werden.

Eine nominelle und quantitative (statistische) Erfassung der in diesem Sinne politischen Führungsschicht der Industrie ist schlechterdings unmöglich. In erster Linie handelt es sich aber um Vertreter aus den Schwer- und Schlüsselindustrien. (Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie). Zu diesen stellen sich aber - infolge der ständig zunehmenden gesamtwirtschaftlichen Bedeutung dieses Industriezweiges gleichrangig politisch hervortretende Persönlichkeiten der Chemie-Industrie.

Infolge ihrer überragenden Stellung innerhalb des gesamten Wirtschaftslebens sind die Vertreter dieser Industrien durch die hinter ihnen stehende Macht vornehmlich in der Lage, auf vielen Gebieten ihren Einfluß geltend zu machen. In besonderer Weise trifft das aber für den Bereich des Politischen zu.

I. T E I L

DAS POLITISCH-SOZIOLOGISCHE PROBLEM

- Die theoretische Grundlegung -

A. Das Führungsschichtenproblem

1. Die Führungsschichten und die herrschende -politische- Klasse.

Die Entwicklung des modernen Massenstaates erfordert in besonderer Weise das wissenschaftliche Interesse an den Problemen der Führung. Vorzüglich muß sich aber die Aufmerksamkeit auf jene Machtgruppe, auf die hinter ihr stehenden Kräfte und auf die sie repräsentierenden Personen richten, in deren Besitz sich diese Führung - die Führung des Staates - befindet.

Die Führung eines jeden Staates ruht - genau wie die von Klassen, Ständen und jeder Organisation innerhalb des Staatswesens (Kirchen, Parteien, Verbände etc.) - stets in den Händen einer Minderheit. Sie repräsentieren den Staat, und sie vereinigt in der Regel alle seine Macht auf sich, wie das auch in entsprechender Weise der Fall ist bei einer Klasse, einem Stand, einer Partei oder einer entsprechenden Gruppe. Im Staat - wie in jeder der bezeichneten sozialen Gebilde - stellen solche Minderheiten "die Elite" oder "die Führungsschicht" dar. In sich mit dem Begriff der Elite die falsche Vorstellung einer gleichzeitigen ethischen Wertung verbinden kann, wird der Begriff der Führungsschicht dem der Elite von Nutzen sein.

Führungsschichten sind ein notwendiger Bestandteil des politischen Lebens. Ohne sie ist ein staatlicher Organismus nicht denkbar. Der Staat selbst ist nie ohne eine Führungsschicht - das gilt für alle Staatsformen - denkbar.

in jedem gleichwie gearteten Staatswesen erscheint der Mensch einmal als Subjekt, zum anderen als Objekt der Herrschaftsausübung.

In einem totalitären Staatswesen ist die Führungsschicht - die den Staat beherrschende Schicht - relativ leicht auszumachen. Die Herrschaftsfunktionen werden sämtlichst von einer die absolute Macht besitzenden Gruppe ausgeführt.

In einer parlamentarischen Demokratie hingegen ist die politische oder herrschende Klasse nicht in so eindeutiger Weise faßbar, sie ist oft viel schwerer zu erkennen und noch schwieriger zu bezeichnen.

In jedem modernen demokratischen Staatswesen - und das heißt in einer repräsentativen Demokratie - bildet sich diese herrschende Klasse im weitesten Sinne aus einer kaum übersehbaren Vielzahl von Personen, die irgendwelche Herrschaftsfunktionen ausüben. Die politische Führungsschicht im engeren Sinne, d. h. die im Besitz der unmittelbaren Macht- und Einflußpositionen befindliche Schicht, wird sichtbar im Parlament, in der Regierung, in jeder Organisation staatlicher Verwaltung. Mit anderen Worten: Es hält die politische Führungsschicht die staatlichen Organe besetzt.

Dazu ist wichtig, daß die eigentliche Macht über den Staat an den Stellen zu finden ist, wo die Möglichkeit zur Initiative und zur Durchführung der Gesetzgebung liegt. Sie ruht in einer Demokratie im Parlament und in der Regierung. Die Exekutive hat gegenüber der Legeslativen bei der Suche nach der eigentlich herrschenden Schicht also von vornherein untergeordnete Bedeutung.

Diese den Staat beherrschende und repräsentierende Schicht ist in ihrer Zusammensetzung keineswegs homogen. Sie kann es sein, sie muß es aber nicht notwendig sein. Vielmehr wird sie sich in der Regel als sehr heterogen zeigen. Sie setzt sich fast immer aus einer Reihe von Führungselementen verschiedenster Machtgruppen zusammen und rekrutiert sich ständig aus deren Führungskräften. Das

bedeutet, daß die eigentlich führende Schicht des Staatswesens Ergänzung und Auffrischung aus anderen Führungsschichten findet. Damit ist gesagt, daß sich in einer Demokratie eine Vielzahl von konkurrierender Gruppen durch ihre Führungskräfte an der Bildung der politischen Schicht beteiligen. Dort - in der eigentlich herrschenden Schicht - drängen die Führungselemente der verschiedenen Führungsschichten zur Synthese. Die beteiligten Machtgruppen finden sich im Kompromiß. Das Bewußtsein einer gemeinsamen Verantwortung sowie das Streben nach überwiegend gleichgerichteten politischen Zielen verbindet sie zu einer Einheit. "Sie -(die politische Elite)- ist eine Minderheit, die sich gemeinsam als berufen empfindet und durch gemeinsame soziale Verantwortung gebunden weiß".³⁾ Sichtbaren Ausdruck verleiht der politischen Führungsschicht der Staatsmann, der Führer an der Spitze des Staatswesens. Er weiß sich in der Regel von der führenden Schicht getragen, diese selbst leitet wieder ihre Machtbefugnisse aus der Anerkennung der verschiedenen Gruppen her.

Die verschiedenen Machtgruppen, aus denen sich Führungskräfte der politischen Führungsschicht anbieten, und die dann in ihr beteiligt sind an der unmittelbaren Gestaltung des Lebens eines Staatswesens, 'machen die Politik' im herkömmlichen Sinne des Wortes.

Es sind dies rein politische Machtgruppen, (ideologisch zusammengefügte) Parteien, und es sind solche, die ein rein egoistisches Gruppeninteresse zusammenhält: Verbände, Vereine. Eine klare Trennungslinie ist im Bereich der politischen Führungsschicht zwischen ihnen nicht zu ziehen. Es bestehen unter ihnen Querverbindungen mancherlei Art. Verbindend wirken hier gleiche Zielsetzungen, die unabhängig von personellen Berührungspunkten bestehen, sie können aber auch gerade durch diese bewirkt werden. Deutlich wird dadurch, daß die eigentlich herrschende Schicht eines demokratischen Staates getragen wird von den Führungskräften der verschiedenen Führungsschichten, die ihre Macht entweder aus der Anerkennung einer Ge-

olgschaft oder aus einem Verhältnis persönlicher Verfügungsgewalt über Sachwerte herleiten (Landbesitz, Industrieunternehmen).

s ergibt sich ein ganzes Netz von Beziehungen in Form loser gruppenorganisatorischer Zusammenhänge, das zu verwirren auf den ersten Blick geradezu unmöglich erscheint.

2. Die Führungsschicht der Industrie

Das eigentliche Interesse dieser Arbeit richtet sich nun aber auf eine bestimmte Führungsschicht innerhalb des Staates: die Führungsschicht der Industrie.

Im Gegensatz zur herrschenden Klasse ist die Führungsschicht der Industrie unabhängig von der politischen Staatsform leicht erkennbar. Zunächst auf die einfachste Formel gebracht, handelt es sich bei ihr um die Schicht innerhalb des Staatswesens, die die Industrie - d.h. die Produktionsmittel - besitzt oder die eigentliche Verfügungsgewalt über sie hat.

Mit dieser Aussage wird eine Trennung in zwei Personengruppen vorgenommen, deren Macht- und Einflußstellung innerhalb der industriellen Wirtschaft auf zwei verschiedenen Voraussetzungen beruht.

In einer ersten Gruppe müssen die Eigentümer an den Produktionsmitteln bezeichnet werden. Sie leiten ihre Machtstellung aus dem persönlichen Besitz an den Industriewerten her. Ihr Einfluß bekommt seine Bedeutung aus der Größe des persönlichen Besitzes. Aus ihm erfolgt die Zuordnung zur industriellen Führungsschicht.

Ein Kleinaktionär, der zwar "Mitinhaber" eines großen Industriewerkes sein kann, darf nicht zur Führungsschicht der Industrie gerechnet werden.)

Es muß also dahingehend präzisiert werden, daß nur die Eigentümer an den Produktionsmitteln, die aus ihrem Eigentum Macht und Einfluß herleiten können,

Einordnung in die industrielle Führungsschicht erfahren dürfen.

In einer zweiten Kategorie werden die Personen angesprochen, die - ohne selbst Eigentum an Produktionsmitteln zu haben - die eigentliche Verfügungsgewalt über diese besitzen. Das heißt, es sind die unmittelbaren führenden Kräfte der Industrie gemeint. Aber auch hier erlaubt sich keine schematische Zuordnung zur Führungsschicht der Industrie. Die Verfügungsgewalt über bestimmte Produktionsmittel muß so groß sein, daß sie Macht und Einfluß garantiert. (Nicht jeder, der im Wirtschaftsleben 'Generaldirektor' genannt wird, zählt damit bereits zur industriellen Führungsschicht.)

Ein Begriff, der zunächst die von mir gestreifte soziologische Scheidung außer acht läßt, kann bei der Zuordnung Hilfestellung leisten. Es ist dies der Begriff des "Wirtschaftsführers". Der Wirtschaftsführer ist ein aus seiner Schicht besonders hervorragende Gestalt mit großer persönlicher Ausstrahlung sowie von einer bedeutenden Einflußstellung im Wirtschaftsleben. Der Wirtschaftsführer kann Unternehmer (im alten "klassischen" Sinne) oder kann "beauftragter" Unternehmer, d.h. "Manager" sein.

Damit geht die soziologische Diskussion in medias res. Lange konnten die Unternehmer Ansprüche darauf erheben, allein die industrielle Führungsschicht zu bilden. Besitz und effektive Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel lagen bei ihnen in einer Hand. Heute sind im Zuge einer Entwicklung, deren Verlauf eines der folgenden Kapitel behandeln soll, zum Unternehmer, dem auch heute noch in der industriellen Führungsschicht ein bedeutender Platz gebührt, andere Führungskräfte getreten, die sich in ihrer Bedeutung für die Industrieführung durchaus gleichrangig neben ihm stellen konnten und ihn in vieler Hinsicht sogar überlappend haben.

Die soziologische Diskussion erfordert eine scharfe Trennung der Begriffe. Natürlich sind auch die Führungskräfte, die man mit einem kurzen Schlagwort als Manager bezeichnet, unternehmerisch tätig. Wieweit eine Unterscheidung deshalb im täglichen Sprachgebrauch, wo die Dinge an Tiefenwirkung verlieren, nötig oder gar erwünscht ist, mag dahingestellt bleiben.

3. Die politische Führungsschicht der Industrie

Im weitesten Sinne ist im modernen Massenstaat in einer Zeit, in der die Industrie entscheidender politischer Faktor geworden ist, die gesamte industrielle Führungsschicht politisch. Diese Gebundenheit des einzelnen Wirtschaftsführers an das Politische, die "sein Handeln oder Nicht-handeln, sein Reden oder Schweigen, sein Geben oder Nehmen" oft zu einem "Politikum ersten Ranges" werden läßt, ist - jedenfalls in Deutschland - nicht einmal in das Bewußtsein der entsprechenden Schicht voll eingegangen. Dies kann folgenschwere Bedeutung erlangen. "Er ist es, der in großem Umfange ohne selbst aktiv als Politiker in Erscheinung zu treten, durch sein Verhalten Politik macht. Er braucht deshalb selbst gar nicht in das politische Forum zu treten." 4)

Aber nicht aus diesem Verhältnis zur Politik ergibt sich die Zuordnung zur politischen Führungsschicht der Industrie - oder schlechthin der Wirtschaft - sondern aus dem im Staatswesen sichtbar werdenden politischen Handeln des einzelnen Wirtschaftsführers. Sei es, daß es sich in der Übernahme eines Regierungsamtes oder durch das Auftreten im Parlament zeigt, sei es, daß es sich auf eine andere - indirekte - aber durch die Absicht der aktiven Gestaltung des öffentlichen Lebens bestimmte Art und Weise vollzieht.

Aus dieser Sicht ist unter politischer Führungsschicht

der Industrie zunächst der Teil oder die Gruppe aus der industriellen Führungsschicht anzusehen, die ihre politische Aktivität bewußt vornimmt und mehr oder weniger offen zeigt. Aber auch hier wird erst aus dem Grad der politischen Einflußmöglichkeit die Zugehörigkeit zu dieser Schicht für den einzelnen bestimmt werden können. Man wird nach Art der graduellen Unterschiede, in denen sich das politische Handeln, die politische Tätigkeit vollziehen kann, nur dort eine Zuordnung zur politischen Führungsschicht der Industrie vornehmen dürfen, wo gleichzeitig augenscheinlich der Zugang des einzelnen zur herrschenden Klasse (in Regierung oder Parlament usw.) stattgefunden hat oder dort, wo er als entscheidender Faktor im politischen Konkurrenzkampf mitwirken kann und die zu solchem Handeln notwendigen politischen Einflußstellungen (im Parlament, in Parteien oder Verbänden usw.) besetzt hält.

Ist die politische Führungsschicht der Industrie an der Bildung der eigentlich herrschenden Schicht beteiligt, dann gehen ihre politischen Bestrebungen in die der herrschenden Klasse über, sie sind notwendig ein Bestandteil des politischen Wollens dieser Schicht.

Die politische Führungsschicht der Industrie ist damit jedoch noch nicht vollständig erfaßt. Denn sie greift in ihrer Zusammensetzung über ihren eigensten Personenkreis - den der industriellen Führungsschicht - hinaus.

Es ist eine Erscheinung des modernen Staatswesens, daß die Politik, d.h. die politische Tätigkeit, den 'ganzen Menschen' verlangt. Deshalb ist oft darauf hingewiesen worden, daß sich die Tätigkeit eines Wirtschaftsführers mit der eines Politikers nicht vereinen läßt, d.h. daß die Zugehörigkeit sowohl zur industriellen und gleichzeitig zur politischen Führungsschicht so gut wie ausgeschlossen erscheint.⁵⁾ Dieser Umstand, der den einzelnen in einem modernen Staat kaum zugleich

einem Beruf tätig und dazu Politiker sein läßt, das vordem noch in jedem demokratisch regierten Staatswesen durchaus der Fall sein konnte, macht es möglich, daß bestimmte Führungskräfte zur politischen Führungsschicht gerechnet werden müssen, die an sich außerhalb der industriellen Führungsschicht stehen. Das bedeutet, daß diesen ganz oder teilweise eine enge berufliche Beziehung zur Industrie fehlt. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die für die Industrie und deren Verbänden und Repräsentationsorganen herretretenden Führungskräfte, die sich sozusagen "im Auftrag" der Industrie im eigentlich politischen Bereich (Regierung, Parlament, Parteien usw.) um die Gestaltung des Staatswesens bemühen.

Die politische Führungsschicht der Industrie ist also die aus der industriellen Führungsschicht hervorgehende Gruppe von Führungskräften, die an maßgeblicher Stelle bewußt an der Gestaltung des öffentlichen Lebens teilnimmt, sowie die Gruppe ihrer Beauftragten, die dort im Sinne der industriellen Führungsschicht daran mitwirkt.

B. Der Wandlungsprozeß innerhalb der industriellen Führungsschicht 6)

Jede Führungsschicht befindet sich in einer stetigen Wandlung. Die Ursache dieses Vorgangs liegt einmal darin, daß dauernd ein Ersatz für die freiwerdenden Führungspositionen (allein durch Todesfälle) notwendig wird. Dadurch findet ein ganz natürlicher immerwährender Aufstieg von neuen Kräften in die Führungsschichten statt. Aber noch in einem weiteren, bedeutsamen Sinne vollzieht sich innerhalb der Führungsschichten ein Wechsel. Neue Führungskräfte drängen stets an die noch besetzten Machtpositionen. Dabei kommt es durch eine Unterwanderung manchmal zur Verdrängung der jeweiligen Führungsschicht durch neue Führungselemente. Es findet ein gleichzeitiger Aufstieg und Verfall statt. Dieser Vorgang vollzieht sich meist lautlos und ohne jede Erschütterung des Gesellschaftsgefüges. Es liegt hier dann weniger eine gewaltsame Verdrängung der alten Führungselemente vor, als vielmehr eine Erneuerung der Führungsspitze im Sinne einer Auslese. Sie findet gleichsam in Form einer "Amalgamierung und Fusion" zwischen den alten und den neuen Führungskräften statt. Nun kann auch dieser Vorgang für einzelne Führungsschichten auch unter bestimmten Voraussetzungen (Kriege, Krisenzeiten usw.) gewaltsam und sprunghaft vorwärts gehen bzw. vorangetrieben werden.⁷⁾

Die zuletzt angedeutete Entwicklung ging in der industriellen Führungsschicht in den Jahren des Dritten Reiches vor sich, während der allgemeine Wandlungsvorgang in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts beobachtet werden kann.

In diesem Zusammenhang ist folgende Feststellung von Burnham von Bedeutung und Wichtigkeit: "Es ist unmöglich, einen Gesellschaftstyp vom anderen zeitlich genau abzugrenzen. Wichtig ist auch nicht das Fakt

des Wandels, welches überall in der Geschichte vorhanden ist, sondern dessen Tempo."8) Damit ist noch einmal unterstrichen, daß es meistens zu gleicher Zeit Reste der früheren und Anfänge neuer Führungselemente in ein und derselben Führungsschicht gibt, wobei oft nicht immer eindeutig zu sagen ist, welchen von ihnen die größere Führungsbedeutung im Augenblick zukommt.

Der Wandlungsprozeß, der in der industriellen Führungsschicht - besonders in Deutschland - vor sich geht, zeigt seit dem ersten Weltkrieg ein auffallendes Tempo. Für ihn lassen sich zwei Ursachen aufzeigen.

Es handelt sich einmal um die politischen Vorgänge und Veränderungen, die ihre Auswirkungen auf die industrielle Führungsschicht hatten.

Die zweite Ursache liegt in der Dynamik der industriellen Entwicklung, die von dem Vorgang einer Wandlung innerhalb der eigenen Führungsschicht begleitet war.

Ehe diesen beiden Ursachen im einzelnen nachgegangen werden soll, muß noch folgendes Grundsätzliche vorausgeschickt werden. Eine Antwort darauf, wie der jeweilige Wandlungsprozeß von den nur personellen Verschiebungen über eine vielleicht geistige Wandlung zu einer Strukturänderung der entsprechenden Führungsschicht gelaufen ist, welche Voraussetzungen maßgebend und welche äußeren Faktoren etwa bestimmend auf diesen Ablauf einwirkten, kann immer nur aus rein retrospektiven Erkenntnissen gegeben werden, da eine befriedigende Untersuchung stets erst den eigentlichen Vorgängen folgen kann. Selbst dann noch werden sich die Ergebnisse vielfach eines jeden statistischen Beleges entziehen. Es dürfen auch nur mit der größten Zurückhaltung Aussagen über eine etwaige Entwicklung formuliert werden. Alle Tendenzen tragen nur mögliche und nicht notwendige Entwicklungen in sich. Es gibt zu viele Imponderabilien, die jede soziologische Prognose stark einengen oder gar unmöglich machen müssen.

1. Die industrielle Dynamik und der Wandlungsvorgang (endogene Faktoren)

Seit dem ersten Weltkrieg hat im Wirtschaftsleben - besonders im industriellen Sektor - unter den Führungskräften ein neuer Typ in auffallendem Maß an Bedeutung gewonnen, wie sie der Unternehmer "klassischer Prägung" (Leitung, Kapitalhergabe und Risikoübernahme in einer Hand) gleichzeitig eingebüßt oder stellenweise ganz verloren hat. Es kam in der industriellen Führungsschicht, in welcher bisher der Unternehmer die dominierende Position eingenommen hatte, zu Macht- und Einflußverlagerungen von großer Bedeutung. Dabei trat ein neuer Typ des Wirtschaftsführers auf den Plan, für den die Zeit das Schlagwort "Manager" bereit hatte.

Worin lagen nun die Gründe für diese Verschiebungen, die zu einem Strukturwandel der Führungsschicht der Industrie führten? Die Industriearialisierung schritt weiter unaufhaltsam fort. Die Unternehmungen wuchsen zu bisher ungekannter Größe empor. In einem darüber hinaus noch weitergehenden Zusammenschluß der Werke untereinander kam es durch Kartellierung und Konzernierung schließlich zu industriellen Riesengebilden. Das wirtschaftliche Schwergewicht verschob sich eindeutig auf die Großunternehmung. Gleichzeitig gewannen damit die Kapitalgesellschaften - und unter diesen besonders die Aktiengesellschaft ⁹⁾ größte Bedeutung. Diese beiden Vorgänge machten die Heranziehung vieler unternehmerischer Hilfskräfte - als Folgeerscheinung einer immer dringender werdenden Arbeitsteilung - erforderlich. Notwendigerweise trat damit eine starke Aufgliederung innerhalb der Geschäftsführung ein, in deren Verlauf zunehmend Unternehmerfunktionen delegiert wurden. Die eigentliche und ursprüngliche Unternehmerfunktion wurde also in viele Teilfunktionen aufgespalten. Im Zuge dieser Entwicklung bildeten sich in der industriellen Wirtschaft die verschiedensten Machtpositionen. Verdeckt blieb

eser Vorgang der Außenwelt zunächst dadurch, daß selbst hinter den größten Unternehmungen sichtbar inner standen, die diese Werke ihr Eigentum nannten. Erwähnen sind hier beispielsweise die Namen folgender unternehmergestalten: Stinnes, Thyssen, Krupp, Vögler a. m.

äter zeigten sich dann in aller Deutlichkeit die Positionen, die sich im Schatten der großen unternehmergestalten in den Generaldirektionen, Direktionen, Geschäftsleitungen etc. gebildet hatten.¹⁰⁾ Wo sich heute noch bedeutende Werke der Großindustrie im Privatbesitz befinden, haben sich die eigentlichen Eigentümer aus der Geschäftssphäre fast ausnahmslos zurückgezogen.

ffener bot sich diese Situation von vornherein bei vielen Kapitalgesellschaften dar, und zwar durch die von vornherein deutliche Trennung von Eigentum und unternehmerischer Tätigkeit. Besitzende Schichten übertrugen hier die Verwaltung ihrer Industrievermögen auf Männer, von denen man erwartete, daß sie das anvertraute Kapital so rentabel wie möglich verwalten würden. Die wachsende Zahl der Kapitalgesellschaften, die das Faktum einer zunehmenden Anonymität der Besitzverhältnisse in die Wirtschaft brachte, ließ an die Stelle des "Besitzerunternehmers" den "Direktorunternehmer"¹¹⁾ treten. Zu dem Ergebnis dieses Vorganges äußerte sich Schumpeter folgendermaßen: "Mit Ausnahme der Fälle, in denen eine Aktiengesellschaft sich praktisch im Besitz einer Einzelperson oder einer einzigen Familie befindet, ist die Gestalt des Eigentümers und mit ihr das spezifische Eigentumsinteresse von der Bildfläche verschwunden. Es gibt die bezahlten Vollzugsorgane und all die bezahlten Direktoren und Unterdirektoren".¹²⁾ Freilich ist der Typ des Eigentumunternehmers noch nicht vollständig verschwunden. Man findet ihn in den kleineren und mittleren Betrieben noch in großer Zahl. Aus den für die Gesamtwirtschaft einflußreichen Großunternehmen ist er dagegen fast verdrängt.

2. Die politischen Vorgänge und der Wandlungsvorgang (exogene Faktoren)

Auf den Wandlungsprozeß der industriellen Führungsschicht wirkten neben den durch die Strukturänderungen der industriellen Wirtschaft bedingten inneren auch in erheblichem Maße exogene, d.h. politische Faktoren. "Mehr denn je ist die Industrie seit 1914 in das Getriebe der Politik hineingestellt" worden.¹³⁾ Um so kann erst nach Heranziehung des politischen Hintergrundes ermessen werden, welche große Beeinflussung dieser Wandlungsprozeß auch durch die Verschiebung der politischen Machtverhältnisse erfahren hat. Dieser Prozeß wurde also nicht nur durch die der Wirtschaft immanenten dynamischen Tendenzen ausgelöst und bestimmt, sondern er wurde in hohem Maße auch durch die politischen Vorgänge beeinflusst.

Nicht nur in Diktaturstaaten, sondern heute auch in jeder modernen Demokratie ist die Wirtschaft - und in ihr an erster Stelle die Industrie - zum bedeutendsten Faktor der Politik geworden.

Es hat ein Einbruch des Staates in das Wirtschaftsleben stattgefunden, der als Folgeerscheinung heute ein Nebeneinander privatswirtschaftlicher und staatswirtschaftlicher Kompetenzen zeigt. Der Typ eines neuen Industrieführers ist also nicht nur aus der industriellen Wirtschaft selbst erwachsen, sondern er kommt auch aus dem Bereich des Politischen direkt.

Sieht man aber von der Erscheinung der vom Staat in eigener Regie geführten Unternehmen ab, mit der sich der Typ eines "beamteten" Unternehmers zeigt, so wird doch allein in der Tatsache jeder interventionistischen Wirtschaftspolitik - wie sie der Wohlfahrtsstaat besonders fordert - sichtbar, wie sich die Führungsschicht der Industrie mit Führungselementen des rein politischen Raumes durchsetzt. Wenn sich hier der Wandlungsvorgang

nicht unmittelbar in einer grundsätzlichen Änderung der personellen Besetzung zeigt, so wird doch deutlich, wie diese Erscheinung eine den gesamten Prozeß verstärkende geistige Wandlung in der Industrieführerschaft mitsichbringen muß.

Von den politischen Machtverschiebungen im Innern eines Landes, wie sie sich in einer Demokratie stets periodisch als Ergebnis politischer Wahlen zeigen, wird die industrielle Führungsschicht nicht unmittelbar berührt. Aber der Standpunkt, den sich viele Unternehmer früher zueigen gemacht hatten: "Die Regierungen wechseln, das Unternehmen bleibt" - spricht: die Politiker wechseln, der Unternehmer oder Industrieführer bleibt - hat im Laufe der Zeit viel von seiner Gültigkeit und Sicherheit verloren. Die weitgehend von den Massen getragene herrschende Schicht kann je nachdem ein Oberwasser erhalten, das diese Auffassung sehr in Frage stellt. Die Gefahr, daß sich nach einer politischen Wahl eine Regierungskonstellation findet, die bereit ist, die Produktionsmittel zu verstaatlichen, besteht in einer Demokratie ständig. Sie bedroht in erster Linie den Unternehmer alten Stils, da die Manager nicht in der gleichen Weise wie sie an eine kapitalistische, freie Wirtschaftsordnung gebunden sind. Fast die gesamte Industrieführerschaft hatte sich gerade aus diesem Grunde während der Weimarer Republik gegen die demokratische Staatsform gestellt. Mit dem Gestaltwandel des Unternehmers hat sich auch diese Einstellung geändert. Der heutige Industrieführer nimmt diese ablehnende Haltung der Demokratie gegenüber nicht mehr ein, da er einmal besser mit den Spielregeln eines demokratisch-parlamentarischen Staatssystems vertraut geworden ist und er aber zum anderen - und gerade das ist bedeutsam - nicht mehr die persönliche Eigentumsbindung kennt, die er unter allen Umständen zu verteidigen bereit wäre. Für ihn bedeutet zwar eine nach freien - d.h. kapitalistischen -

Grundsätzen geregelte Wirtschaft die beste Möglichkeit seine Fähigkeiten und Talente zu entfalten, es darf deshalb aber nicht übersehen werden, daß eine demokratische Grundeinstellung dieses Typs zugleich ein Beweis dafür ist, daß er eine andere Wirtschaftsform deren Durchsetzung gerade die Demokratie immer offen läßt, nicht annähernd so fürchtet, wie es der Eigentumunternehmer mußte. Für ihn rührt das Verschwinden dieser Ordnung kaum an seiner Existenz. Es muß deshalb klar gesehen werden, daß der heute die industrielle Wirtschaft weithin tragende Typ des "spätkapitalistischen Unternehmers" als Manager mit einer freien Wirtschaftsordnung nicht in der engen Verbindung steht, wie das bei den Generationen der Wirtschaftsführer vor ihm der Fall war. Wohl läßt die fortlebende Tradition die Manager sich vielfach immer noch so verhalten wie es früher der klassische Unternehmer tat. Aber "gleichgültig ob er nun Aktionär ist oder nicht, sein Kampf- und Durchhaltewille ist nicht so starr - und es kann es nicht sein - wie es bei dem Manne war, der das Eigentum und seine Verpflichtungen im vollen Sinn dieser Worte kannte". So fehlt ihm der Regel nach auch "das Bewußtsein und der Kampfwille seiner Vorgänger für die private Wirtschaft, und er ist bereit, sein Unternehmen, wenn es sozialisiert ist, genau so weit zu führen, wie er es bisher tat". 14)

Dem klassischen Unternehmer konnte man von vornherein weitgehend Motive unterstellen, die sein politisches Handeln in einer bestimmten Richtung festlegten. Bei Manager gibt es solche verbindenden Motive kaum mehr. Bei ihm bleibt es weitgehend der jeweiligen Situation überlassen, welche politischen Zielsetzungen (besonders welche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung) er anstrebt. Es können hierbei die verschiedensten - irrationalsten - Faktoren eine Rolle spielen.

C. Der politische Raum und die Einflußnahme der Industrie

Die Ausführungen der beiden folgenden Kapitel über die Möglichkeiten und Arten der politischen Einflußnahme, wie sie sich im allgemeinen und im besonderen aber für die politische Führungsschicht der Industrie ergeben, können bei weitem nicht die volle Problematik dieser Fragenkreise ausschöpfen. Eine solche grundsätzliche Diskussion liegt auch nicht im Sinne dieser Arbeit.

Eine kurze Erörterung dieses Gegenstandes ist aber notwendig. Erst danach kann die in der eigentlichen Untersuchung folgenden Behandlung der historischen Begebenheiten Klarheit über das politische Vorgehen der Industrie in der Zeit von 1918 bis 1945 bringen und dessen Wandlung klar werden lassen.

Politisches Bestreben, d.h. politische Tätigkeit richtet seine Absicht immer darauf, Einfluß und Macht über ein Staatswesen zu sichern beziehungsweise zu erlangen. Innerhalb des Rahmens einer gegebenen Staatsform tritt es in sehr verschiedener Weise in Erscheinung. Damit ist gesagt, daß sich die politisch aktiven Kräfte sehr unterschiedlicher Methoden bedienen und ihr Ziel auf sehr verschiedenen Wegen erreichen können.

1. Die Möglichkeiten

Die Frage ist nun, welche Möglichkeiten der politischen Einflußnahme sich für die an früherer Stelle bezeichnete politische Führungsschicht der Industrie ergeben.

Oberste Einflußstellung in einem demokratischen Staatswesen - und von ihm ist im folgenden zunächst die Rede - ist die **R e g i e r u n g**. Sie ist Sitz der direkten politischen Einflußnahme, sie ist die Ausgangsstellung der direkten Gestaltung des staatlichen Lebens. Die Zu-

gehörigkeit zu ihr bedeutet zugleich Zugehörigkeit zur eigentlich herrschenden Schicht.

Der Regierung nebengeordnet sind Einflußstellungen, die sich im Sinne von Regierungsbestandteilen in der Ministerialbürokratie bilden (Staatssekretäre, Referenten usw.).

In ähnlicher Weise wie bei der Regierung ist mit der Zugehörigkeit zum P a r l a m e n t der Zugang zur herrschenden Klasse vollzogen. Genau wie dort besteht hier die Möglichkeit der Gesetzgebung, und sie bedeutet die unmittelbare politische Gestaltung - Beherrschung - des öffentlichen Lebens.

Von beiden staatlichen Organen, der Regierung und dem Parlament, bestehen nun aber mehr oder weniger enge Verbindungen zum v o r parlamentarischen R a u m und damit zu den verschiedensten Führungsschichten. Im vorparlamentarischen Raum sind die Ansatzpunkte und Ausgangsstellungen der indirekten politischen Einflußnahme zu finden.

Die wichtigsten - wenn auch vielleicht nicht immer die einflußreichsten - Gebilde sind dort die politischen P a r t e i e n . "Mittels der Parteien formen sich die Staatsbürger zu politischen Gruppen, die in den Wahlen und Volksabstimmungen einem einheitlichen Willen Ausdruck verleihen. Die Parteien nominieren die Kandidaten für das Parlament..." 15) Die politischen Parteien wirken im vorparlamentarischen Raum insofern integrierend, als sich in ihnen "auf der Grundlage gemeinsamer Weltanschauung verschiedenste Interessenkreise zusammenfinden. 16)

Aus dieser Aufgabe der politischen Parteien wird auch ihre Bedeutung für die Bildung der herrschenden Klasse klar. Es erklärt sich daraus aber auch für die einzelne Partei das Verhältnis, das sie gegenüber anderen Gruppen im vorparlamentarischen Raum einnimmt. Zu diesen bestehen oft sehr enge Beziehungen und vielfach

n gewisses Abhängigkeitsverhältnis.

sonders trifft das für die verschiedenen Berufs- und Standesorganisationen zu, deren Bestrebungen sich durch deren V e r b ä n d e im vorparlamentarischen Raum auf die Berücksichtigung ihrer Interessen im politischen Raum (Gesetzgebung usw.) richten. Diese Interessenverbände spielen in einem modernen, demokratischen Staate eine überragende Rolle. Ihre politische Bedeutung wird besonders klar aus den eigens für sie geprägten Bezeichnungen: "Unsichtbare Regierung", "Third House", "Lobbies" u.a.m.

Diese Verbände sind neben den Parteien ein eigenständiger Faktor des politischen Lebens, denen im vorparlamentarischen Raum gleich große Bedeutung zukommt. Auf gleicher Weise wie Parteien und Verbände sind Großunternehmen und Konzerne selbst Ausgangsstellung indirekter politischer Einflußnahme. Ihre wirtschaftliche Macht weist ihnen diese Stellung im vorparlamentarischen Raum zu.

Die Politik einer Demokratie erwächst nun aber zum großen Teil auch auf dem Boden der öffentlichen Meinung. Deshalb sind die O r g a n e der M e i n u n g s - b i l d u n g nicht zuletzt Ansatzpunkte indirekter politischer Einflußnahme. Über die Zeitung und den Rundfunk - und in zunehmendem Maße auch über das Fernsehen - kommt in einem modernen Staatswesen der einzelne Bürger täglich in Berührung mit der Politik, für die ihm eine eigene Betätigungsmöglichkeit nur relativ selten bei den Wahlen erlaubt ist.

2. Die Arten der politischen Einflußnahme

Für die politische Führungsschicht der Industrie ergibt sich hieraus die Wahl, in welcher Form sie die eigene politische Tätigkeit entfalten soll, um die ihrer Meinung nach richtigen Zielsetzungen für den Staat zu erreichen.

Die naheliegendste Art, in der die politische Einflußnahme erfolgen kann, ist die, daß der Industrielle sich selbst als Politiker betätigt. Das bedeutet, daß er selbst als Politiker in Erscheinung tritt (Regierung, Parlament usw.). An anderer Stelle ist bereits darauf hingewiesen worden, wo hierfür die Schwierigkeiten liegen.

Diese führen notwendig zu einer indirekten Einflußnahme, indem die wirklich handelnden Personen als Vertreter der Industrie 'beauftragte' Politiker in Erscheinung treten. Hier zeigt sich dann häufig die Verbindung von Industrie und Politik durch die in den politischen Raum einsteigenden Geschäftsführer und Syndici von industriellen Verbänden und Organisationen.

Als eine dritte Art der politischen Einflußnahme bleibt das meist unsichtbare und unkontrollierbare Vorgehen 'Grauer Eminenzen' zu erwähnen. Die Möglichkeit zu unsichtbarer politischer Arbeit von sogenannten 'Drahtziehern' ist gerade hier sehr wahrscheinlich.

Während sich in den beiden ersten Fällen die Verbindungen von Industrie und Politik meist über die Parteien und Verbände hinziehen und damit sichtbar werden, wird die letztgenannte Art des politischen Vorgehens 'hinter den Kulissen' vorgenommen. Sie kann sich auf die verschiedenste Weise vollziehen. Von der direkten Beeinflussung eines bestimmten Staatsmannes bis zur Einflußnahme auf die öffentliche Meinungsbildung (auf Zeitungen usw.) spannt sich ein weiterer Bogen einer unkontrollierbaren politischen Betätigung.

Für die Frage nach den Möglichkeiten der politischen Einflußnahme der Industrie in einem totalitären Staate - wie ihn das Dritte Reich darstellte - sind verbindliche Aussagen kaum möglich. Der Sitz der politischen Gewalt kann sich hier in die verschiedensten staatlichen Organe oder neugeschaffenen Institutionen verlagern. Im Falle des nationalsozialistischen Staates war es die 'Partei', die zum Träger der Staatshoheit

nd Staatsgewalt wurde.

ber die Arten der politischen Einflußnahme bleibt damit grundsätzlich folgendes zu sagen, wobei betont werden muß, daß im folgenden an ein diktatorisches Regime gedacht ist, wie es sich in der Herrschaft des Nationalsozialismus offenbarte. Von ausschlaggebender Bedeutung für die industrielle Führungsschicht ist die Frage, ob die private Eigentumsordnung im Grunde aufrecht erhalten bleibt, wie das im Dritten Reich der Fall war. Das heißt, es ist die Frage, wieweit überhaupt noch ein betriebliches Eigenleben möglich ist. (Im Verlauf des nationalsozialistischen Regimes war die persönliche Verfügungsgewalt zwar vollkommen eingeschränkt worden, aber sie war de jure noch erhalten geblieben und damit die alte industrielle Führungsschicht an der Spitze der Unternehmen und Betriebe.)

Die Möglichkeiten und Arten politischer Einflußnahme für den einzelnen Industrieführer können sich nur aus dem Grad der jeweiligen Ein- oder Unterordnung in das entsprechende Regime ergeben.

Eine positive -bejahende- Einstellung kann den einzelnen Wirtschaftsführer in die herrschende Klasse führen. Dort ist ihm dann die Möglichkeit gegeben, die Politik mitzubestimmen.

Im anderen Falle bleibt nur die Wahl der Unterordnung. Sie kann zu einer politischen Passivität führen, sie kann aber auch nur scheinbare Unterordnung sein, die zu einer politischen Aktivität in einer nicht sichtbaren Opposition wird (Widerstand).

Für diese beiden Arten gibt es, die Politik in ihrer Gesamtheit - das heißt die Staatspolitik - zu beeinflussen.

Jede andere politische Tätigkeit muß untergeordneter Art bleiben. Sie bedeutet für die Führungskräfte der Industrie im besten Falle Einwirkung auf die Wirtschaftspolitik. Hierhin gehören die mannigfaltigen Möglichkeiten der Einflußnahme auf die meist zentral

geleiteten Planungs- und Lenkungsapparate des entsprechenden Regimes.

Damit sollen die mehr theoretischen Betrachtungen verlassen und die Frage gestellt werden, welcher Wandlung das Verhältnis von Politik und Industrie - und damit ihre Führungsschicht - während des Zeitlaufes von 1918 bis 1945 unterworfen war.

II. T E I L

DER WANDEL DER POLITISCHEN FÜHRUNGSSCHICHT DER DEUTSCHEN INDUSTRIE VON 1918 BIS 1945

- Der historische Ablauf -

A. Die Weimarer Republik 1918 / 1933

1. Politische Ereignisse

Das Ende des ersten Weltkrieges brachte für Deutschland nach dem militärischen Zusammenbruch eine tiefgreifende Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Struktur. Dieser folgte ein Umbruch der wirtschaftlichen Verhältnisse von großem Ausmaß.

Die bisherige Regierungsform, die konstitutionelle Monarchie, verschwand. An ihre Stelle trat unmittelbar nach dem Kriege eine parlamentarische Demokratie. Dem Ort der verfassungsgebenden Nationalversammlung zufolge ging diese als Weimarer Republik in die Geschichte ein. Von 1919 bis 1933 bestimmte diese Regierungsform das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben Deutschlands. In dieser nur vierzehnjährigen Zeitspanne war das Land Schauplatz eines ungewöhnlich gegensatzreichen Geschehens.

Sowohl von der politischen wie von einer wirtschaftlichen Betrachtung her ergibt sich für diese Jahre eine Einteilung in drei markante Zeitabschnitte.

Die ersten fünf Jahre der Nachkriegszeit von 1918 bis 1923 waren politisch eine Zeit des Umbruchs. Von der wirtschaftlichen Seite her wurde dazu das gesamte Leben überschattet durch die Wirren der Inflationszeit.

Für beide Bereiche - den politischen wie den wirtschaft-

lichen- brachte das Jahr 1923 eine Beruhigung. Die zweite Periode der Weimarer Republik wurde durch die Stabilisierung der Währung eingeleitet. In den weiteren Jahren bis 1928 einschließlich erlebte die Weimarer Republik ihre Blütezeit. "Die deutsche Demokratie schien damals fest gegründet und die politische Befriedung ging mit einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur von geradezu amerikanischen Ausmaßen einher." 17) Politisch und wirtschaftlich gewann die deutsche Republik während dieser Zeit an Ansehen und Geltung im Innern des Landes wie auch in der Welt.

Die letzten Jahre der Weimarer Republik waren danach aber eine Zeit schwerster Krisen für Deutschland. Zunächst zeigte sich im Zuge der großen Depression eine Wirtschaftskrise. Diese brachte dann schwere Erschütterungen im politischen Raum mit sich, die dann von solcher Vehemenz waren, daß es zum Zusammenbruch und der Liquidierung der republikanischen Staatsform kam..

2. Die industrielle Führungsschicht im politischen Machtbereich

Nach dem Weltkrieg lag das Schwergewicht aller wirtschaftlichen Entscheidungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Der Ausgang des Krieges hatte alle anderen industriellen Schwerpunkte Deutschlands weitgehend ausfallen lassen. Lothringen war ganz verloren gegangen, die Saar wurde von Deutschland abgeschnürt, das Schicksal Oberschlesiens war zunächst ungewiß geblieben. Diese Regelungen waren mit dem Versailler Vertrag getroffen worden.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sich die politische Aktivität des Unternehmertums im Ruhrgebiet zuerst am deutlichsten regte. Diese politische Regsamkeit wurde zunächst aus der bloßen Notwendigkeit geboren, die verschiedenen auf die Industrie einstürmenden Interessen abzuwehren. Einmal zielten die alliierten Absichten und Maßnahmen nach dem Kriege zum großen Teil auf die deutsche Industrie ab. Zum anderen wurde im Inneren des Landes der Ruf nach Sozialisierung laut, und er machte deutlich, welche Gefahren der Industrie und ihrer Führungsschicht von dieser Seite drohten.

Erforderlich war es, diese Abwehr in der der neuen Staatsform gemäßen Weise politisch durchzusetzen.

In dieser Zeit bildete sich eine eigentliche politische Führungsschicht der Industrie. Viele Industrielle traten selbst aktiv in den Raum der Politik ein. Die Liste der Nationalversammlung sowie des ersten Reichstages nach dem Kriege enthielt bereits die Namen von einigen sehr bedeutenden Wirtschaftsführern dieser Zeit. Es sammelte sich die deutsche Industrie in diesen Jahren aber besonders um Stinnes, der dem ersten Reichstag selbst als Abgeordneter angehörte.

Die Gründe für die aus der Nachkriegszeit geborene politische Aktivität der industriellen Führungsschicht und die erste Phase ihrer Entwicklung kennzeichnete

Paul Silverberg in einem Referat folgendermaßen: "Die politische Revolution, mit der nach dem Kriegsverlust die Nachkriegszeit anfang, wurde sehr bald zu einer wirtschaftlichen und sozialen Revolution. Das deutsche Unternehmertum, bis zum Kriege und von einzelnen abgesehen auch im Kriege, politisch indifferent, jedenfalls nicht aktiv, sah sich plötzlich als Objekt des Kampfes. Es sah als seine unmittelbaren Gegner die revolutionäre Arbeiterschaft und den von ihr beherrschten Staat. Es hatte einen Kampf um seine Existenz nach vielen Seiten zu führen: gegen die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung ... dazu gegen die den Staat repräsentierenden revolutionären Regierungen. ... Es folgte daraus, daß das deutsche Unternehmertum gegen den neuen Staat, wie er sich in der ersten Zeit nach der Revolution darstellte und gebärdete, geschlossen eine ablehnende Haltung einnahm. ... Dieser Kampf mußte ausgekämpft werden. ... Es ist von ganz besonderem Interesse festzustellen, daß die politische Not des gesamten Volkes - Reparationsfrage und Ruhrkampf - und damit die Außenpolitik es waren, die Unternehmertum und nachrevolutionäre Regierungen zu aktiver Zusammenarbeit für den Staat brachten. ..." 18)

Die neue Staatsform stellte also die industrielle Führungsschicht vor die Aufgabe, ihren politischen Einfluß in neuer Form zur Geltung zu bringen. Der Boden, auf dem sich die Industrieführung politisch durchsetzen mußte, war durch die demokratisch-parlamentarischen Institutionen gegeben: in erster Linie war es das Parlament.

Im Grunde genommen stand man dem parlamentarischen System in Industriekreisen durchweg ablehnend gegenüber. Die sozialistischen Gruppen, die nach dem Kriege die Staatsführung in die Hände bekamen, wollten mit der Staatsform auch die bestehende Wirtschaftsordnung ändern. Die feudal-kapitalistische Gesellschaftsordnung

sollte durch den Sozialismus ersetzt werden. Die Entwicklung ließ es dazu aber nicht kommen, da bereits die Nationalversammlung eine kleine Mehrheit der nicht-sozialistischen Parteien hatte. Man erblickte aber auch weiterhin in der Demokratie die große Gefahr für die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, da den linksgerichteten Parteien, die stets große Volksmassen hinter sich zählen konnten, eigentlich immer die Möglichkeit gegeben war, die bestehende Ordnung durch Sozialisierung auf dem Wege über Parlamentsbeschlüsse legal zu beseitigen (wenn es auch zu einer derartigen Parlamentskonstellation nie kam).

Diese am Ende des ersten Weltkriegs vorherrschende Grundhaltung mündete, wie zu erwarten, keineswegs in eine politische Passivität der industriellen Führungsschicht. Sie wurde vielmehr zum Ausgangspunkt politischer Aktivität. Es wurde versucht, innerhalb der gegebenen Formen politische Macht- und Einflußpositionen zu erlangen. Auf diese Weise glaubte man, der Gefahr von Links am besten begegnen zu können. So kam es, daß die Industrie durch eigene führende Persönlichkeiten auffallend in den politischen Vordergrund trat. Das zeigte sich zum Beispiel darin, daß diese sich in zunehmendem Maße in das Parlament wählen ließen.

Bei politischen Wahlen trat die Industrie jedoch nach außen nicht hervor. Die Organisation der Wahlen sowie die Aufstellung der Kandidaten war Sache der politischen Parteien, die während der Weimarer Republik eigentlich einen privaten Charakter hatten, da sie in der Verfassung nicht als Elemente der politischen Willensbildung genannt waren. Natürlich konnte die Industrie bei bestimmten Parteien die Aufstellung gewisser Kandidaten durchsetzen. Im Grunde genommen beschränkte sie sich aber bei den Wahlen auf einen indirekten Einfluß, der sich hauptsächlich darin zeigte, daß sie gewisse Parteien durch Geldzuwendungen subventionierte. Es wurden auf diese Weise eigentlich alle nicht-sozialistischen Par-

teien unterstützt.

Allerdings rührt man hier bei der Untersuchung dieser Zusammenhänge an Dinge, die im Dunkeln gehalten werden. Dieses Kapitel bedürfte einer eingehenden, gesonderten Analyse. Wieweit eine solche Untersuchung aber Erfolg versprechen kann, ist aus dem bezeichneten Grunde sehr fragwürdig.

a. Parlament - Reichstage

An diesem Punkt stellt sich die Frage, in welchem Maß sich die Führungsschicht der Industrie am politisch-parlamentarischen Leben beteiligte, mit anderen Worten: wie stark die politische Führungsschicht der deutschen Industrie im Parlament war.

Eine Antwort darauf soll die folgende Untersuchung der Nationalversammlung sowie der einzelnen Reichstage der Weimarer Republik und des Dritten Reiches geben. In den Untersuchungszeitraum fallen folgende Parlamente:

A.	Nationalversammlung	1919
B.	Reichstage (Weim. Republik)	
	I. Legislaturperiode	1920
	II. "	1924
	III. "	1924
	IV. "	1928
	V. "	1930
	VI. "	1932
	VII. "	1932
	VIII. (1.) "	1933
C.	Reichstage (Drittes Reich)	
	2. "	1933
	3. "	1936
	4. "	1938

In der Weimarer Republik wurden acht Reichstage gewählt. Im Dritten Reich kam es drei Mal zur Wahl. Von einer Reichstagswahl im Sinne der Weimarer Verfassung war dabei natürlich nicht mehr die Rede.

Da die Nationalsozialisten den letzten, den achten Reichstag der Republik, in dessen Legislaturperiode die Kabinettbildung Hitler - von Papen erfolgte, bereits als 'ihren' ersten Reichstag bezeichneten, müssen die drei in den Jahren 1933, 1936 und 1938 gewählten Parlamente als der zweite, dritte bzw. vierte Reichstag im Dritten Reich angesehen werden. (Die offiziellen Reichstagshandbücher haben auch diese Numerierung.)

Die Untersuchung stieß zunächst auf gewisse Schwierigkeiten. Die entsprechenden Handbücher des Deutschen Reichstages sowie das Handbuch der Weimarer Nationalversammlung wiesen keinerlei Aufgliederungen der in den Parlamenten vertretenen Berufsgruppen auf. Erst in späteren Reichstagshandbüchern ab 1928 fanden sich grobe Zusammenstellungen der Abgeordnetenberufe nach Fraktionen. Auch diese waren aber für die vorliegende Untersuchung unbrauchbar, da diese Gruppierungen verschiedene Berufskategorien summarisch nannten. Für eine Analyse, wie sie die vorliegende Untersuchung bezweckte, hatten sie deshalb kaum einen Aussagewert, da sie keinerlei Aufschluß über die Anzahl der Vertreter der Industrie gaben. Es waren dort in eine Rubrik nämlich Kaufleute, Industrielle und Gewerbetreibende (Handel, Industrie, Gewerbe) eingeordnet worden.

Eine weitergehende Aufgliederung war in den entsprechenden -vom Büro des Reichstages selbst herausgegebenen- Handbüchern wahrscheinlich deshalb nicht erfolgt, weil die Abgeordneten nicht als die Vertreter bestimmter Berufe und damit bestimmter Interessen angesehen werden sollten, sondern gemäß Artikel 21 der Reichsverfassung 'Volksvertreter' waren. ¹⁹⁾ Diese Bestimmung der Verfassung blieb jedoch eine inhaltlose Fiktion,

und ihrer ungeachtet sprach man während der Weimarer Republik offen vom "Industrieabgeordneten", vom "mittelständischen Abgeordneten" oder vom Abgeordneten der "grünen Front" ("Landbundabgeordneter"), und brachte damit zum Ausdruck, daß es sich bei den so bezeichneten um Interessenvertreter handelte. In ähnlicher Weise machten auch Parteienamen: "Reichspartei des Mittelstandes", "Deutsche Bauernpartei" oder "Wirtschaftspartei" deutlich, daß die politisch parlamentarische Praxis weit vom Inhalt des Artikels 21 der Verfassung entfernt war.

Infolge der fehlenden Aufschlüsselung in den entsprechenden Handbüchern blieb nur der Weg, diese auf die Angaben der Abgeordneten-Personalien hin durchzusehen und danach die Vertreter der Industrie selbst zu bestimmen und zusammenzustellen. Allerdings waren diese aus ihren biographischen Angaben nicht immer leicht zu erkennen. Die entsprechenden Angaben wurden von den Abgeordneten selbst vorgenommen, bzw. deren Inhalt von ihnen bestimmt. Es trat erschwerend hinzu, daß die Angaben der Berufsbezeichnungen nicht immer mit den eigentlichen Tätigkeitsbereichen der betreffenden übereinstimmten. Als Beispiel: "Fischer Hermann, Dr. jur.; Rechtsanwalt" war Mitglied der Verwaltungen einer Reihe industrieller und Handelsunternehmen. Die bloßen Berufsbezeichnungen sagten deshalb mitunter wenig oder gar nichts. Als weiteres Beispiel mag der Vermerk, der sich hinter dem Namen eines der bedeutensten Schwerindustriellen, Hugo Stinnes, in Reichstagshandbuch befand, angeführt sein. "Kaufmann in Mühlheim (Ruhr) und Weisskollm, Krs. Hoyerswerda. -Reichswahlvorschlag- Deutsche Volkspartei. Geboren am 12. Februar 1870 zu Mühlheim (Ruhr); evang.-" Das war die kurze, bescheidene wie stolze Eintragung. Allerdings gab es auch den anderen Fall mit der eindeutigen Angabe "Eisenindustrieller", und zwar bei Florian Klöckner.

Mitunter fehlten aber die entsprechenden Berufsangaben vollständig, oder sie waren durch die Angabe von Titeln

ersetzt worden. Einandermal ließen diese Vermerke eine Einordnung in verschiedene Kategorien zu, entweder durch unklare oder doppelte Berufs- bzw. Tätigkeitsangaben. Hierhin zählt etwa die Eintragung "Rittergutspächter und Fabrikant" (Schiele, I. Legislaturperiode ff.) oder die folgende: "Generaldirektor und Gutsbesitzer" (Hasslacher, IV. Legislaturperiode). In einem solchen Falle wurde nach der Haupttätigkeit des betreffenden gesucht und danach die Zuordnung vorgenommen. Zum Vergleich war deshalb die Heranziehung anderer Handbücher notwendig, bei denen sich aber die biographischen Vermerke als ebenso unzureichend herausstellten.

Es konnte somit bis zu einem bestimmten Grade eine gewisse 'Willkür' bei der Auswahl und Zusammenstellung der in Frage stehenden Abgeordneten nicht vermieden werden. Eine unabhängig erarbeitete Aufstellung könnte deshalb geringfügige Differenzen aufweisen. Zu großen Unterschieden in den wertenden Aussagen kann es allerdings kaum kommen, da nur gewisse Grenzfälle in Zweifel gezogen werden können.

Es wurden also nicht schlechthin die Verfechter oder Anhänger eines wirtschaftspolitischen Grundgedankens (Verteidigung des Privateigentums und der damit überkommenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung) zusammengestellt, da die Wahl ja die Vertreter der politischen Führungsschicht treffen sollte.

Diese Auswahl erfolgte unter folgenden Gesichtspunkten:

Es wurden erstens alle Personen, deren berufliche Tätigkeit an maßgebender Stelle (als Unternehmer oder Manager) im industriellen Bereich lag, erfaßt.

Zweitens wurden alle führenden Persönlichkeiten von Verbänden, denen die Wahrnehmung wirtschaftlicher -insbesondere industrieller- Interessen oblag, berücksichtigt.

Mit der so getroffenen Auswahl dürften die politisch-

parlamentarisch tätigen Exponenten der Industrie erfaßt worden sein.

Die Namen der Abgeordneten, die den hier aufgestellten Voraussetzungen entsprachen, sind in der Reihenfolge der Legislaturperioden im Anhang aufgeführt. Sie befinden sich dort in verschiedenen tabellarischen Aufstellungen übersichtlich beieinander.

Dieses Ermittlungsverfahren und die mit ihm getroffene Auswahl kann kaum Argumente gegen sich haben. Ein bedeutender Einwand ist jedoch der, daß eine Anzahl von Abgeordneten auf Grund von Aufsichtsratsstellungen Verbindungen zur Industrie hatten, die auf diesem Wege unberücksichtigt bleiben mußten.

Ein Versuch, das Dschungel der Aufsichtsratsparlamentarier zu durchdringen, ist abgebrochen worden, weil hierfür die nötigen Unterlagen noch schwieriger zu ermitteln waren, da nicht einmal das 'Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte' Anspruch auf Vollständigkeit der dort verzeichneten Angaben erheben kann. Dieses Gebiet wäre lohnender Gegenstand einer weiteren Einzeluntersuchung.

Der prozentuale Anteil, den die industrielle Gruppe - d.h. die eigentlichen Vertreter und Repräsentanten der Industrie selbst - in den einzelnen Parlamenten bildete, ist wie folgt bestimmt worden. Dazu muß vorweg gesagt werden, daß nur die Prozentzahlen - also die in Relation zur Parlamentsstärke gesetzten absoluten Zahlen - zum Vergleich einen brauchbaren Aussagegehalt haben, da die Anzahl der Abgeordnetensitze, die Parlamentsstärke in den einzelnen Legislaturperioden stark schwankte. Die absoluten Zahlen können jedoch an anderer Stelle überprüft werden; sie gehen übrigens auch aus der Aufstellung der Abgeordneten (Anhang) hervor.

Die im folgenden genannten Prozentzahlen sind abgerundete Werte. Eine genauere Berechnung - soweit diese nach den bisherigen Ausführungen sich eben mit aller Sorgfalt vornehmen ließ - befindet sich gleichfalls im Anhang. (S.114)

Legislatur- Periode	Tag der Wahl	Gesamt- sitze	Anteil der Industrie
Nationalversammlung	1919	423	2.5 %
I. Legisl.-P.	6. Juni 1920	466	5.0 %
II. "	4. Mai 1924	472	4.5 %
III. "	7. Dez. 1924	493	7.0 %
IV. "	20. Mai 1928	490	4.5 %
V. "	14. Sept. 1930	577	3.0 %
VI. "	31. Juli 1932	608	2.0 %
VII. "	6. Nov. 1932	584	2.5 %
VIII. " (1.)	5. März 1933	566	3.0 %
	2. 12. Nov. 1933		
	3. 29. März 1936		
	4. 10. April 1938		

Die Werte zeigen eine annähernde Konstanz des Anteils der Industrieabgeordneten an den einzelnen Reichstagen. Die ständig steigende Zahl der Gesamtsitze im Parlament ließ gegen Ende der Weimarer Republik den prozentualen Anteil der Industrievertreter etwas zurückgehen. Die absolute Zahlenreihe veränderte sich - wie die entsprechende Tabelle im Anhang S. 114 zeigt - nur unwesentlich. Eine Ausnahme bildete lediglich die dritte Legislaturperiode mit einer auffallend hohen Beteiligung aus Industriekreisen.

Diese relativ geringe Vertretung der Industrieinteressen im Parlament erstaunt zunächst. Allerdings darf dabei nicht vergessen werden, daß solche Zahlen wenig über den Grad der wirklichen Einflußmöglichkeit aussagen. Und doch bleibt zu bedenken, daß bei parlamentarischen Abstimmungen letzten Endes die Stimmenzahl den entschei-

denden Ausschlag gibt. Nach dem augenblicklichen Bilde scheint die Industrie über eine bedeutende Stimmenzahl nicht verfügt zu haben. Dieser Eindruck täuscht jedoch, denn es muß dazu noch untersucht werden, welche Reichstagsfraktionen, d.h. welche Parteien, durch ihre Abgeordneten in einer besonderen Verbindung zur Industrie standen.

Ehe das Ergebnis dieser Untersuchung dargestellt wird, soll hier ein interessanter Vergleich eingeschoben werden. Eine im Jahre 1923 veröffentlichte Arbeit²⁰⁾ hatte die deutschen Parlamente von 1847 bis 1919 auf die berufliche Herkunft der Abgeordneten hin untersucht. Die behandelten Parlamente waren nach ihrer berufsmäßigen Zusammensetzung aufgeschlüsselt worden. Dabei waren auch dort Industrielle, Kaufleute und Gewerbetreibende in einer Rubrik untergebracht worden.

Die folgende Tabelle zeigt, daß die Entwicklung, die Deutschland zum wirtschaftlich stärksten Staat des europäischen Festlandes - von der Mitte des vergangenen Jahrhunderts bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs - werden ließ, im Parlament keinerlei Entsprechung gefunden hatte. Eine weitere Interpretation dieser Reihe braucht hier nicht zu erfolgen. Die Aufmerksamkeit soll vielmehr auf den für die Nationalversammlung von 1919 angegebenen Wert gerichtet werden.

Vergleichende Tabelle (Beruf) für die deutschen Parlamente 1848 - 1919 -in Prozent- 21)

Kaufleute	Nat.	Zoll			
Industrielle	vers.	Parl.	I.	III.	V.
Gewerbetreibende	1848	1868	1871	1877	1887
	6.5	9.5	8.0	7.7	12.1
	VII.	IX.	XI.	XIII.	Nat.
	1887	1893	1903	1912	1919
	17.4	16.2	12.4	11.9	10.1

Der Anteil der aus Handel, Industrie und Gewerbe kommenden Abgeordneten war mit zehn Prozent errechnet worden. Da für die beiden Nationalversammlungen ausnahmsweise auch absolute Zahlen für die Industriellen ausgewiesen worden waren, und zwar für 1848 mit acht und 1919 mit zehn, ließen sich die zehn Prozent -unter Berücksichtigung eines weiteren Hinweises 22) - folgendermaßen auf die drei Sparten aufteilen. Obwohl hier in erster Linie die Weimarer Nationalversammlung interessiert, ergeben die Werte von 1848 eine sehr aufschlußreiche Gegenüberstellung. Diese soll, obgleich sie über den Rahmen dieser Arbeit hinausgreift, aus diesem Grunde erfolgen:

		1848	1919
Handel			
Industrie		6.5 %	10.0 %
Gewerbe			
Davon:			
	Handel	1.0 %	2.2 %
	Gewerbe	3.9 %	5.3 %
	Industrie	1.6 %	2.5 %

Das sich für die Weimarer Nationalversammlung ergebende Resultat für den Anteil der Industrie bestätigt das unabhängig davon errechnete Ergebnis der vorliegenden Arbeit (S. 43 und S.114).

Wie hat sich nun aber die Vertretung der Industrie in der Zusammensetzung der einzelnen Reichstagsfraktionen, d.h. in ihrer Zugehörigkeit zu den einzelnen Parteien gezeigt? Die Untersuchung dieser Frage ergab für die Jahre der Weimarer Republik folgendes Bild.

(Die Entwicklung innerhalb der einzelnen Reichstagsfraktionen ist in einer Tabelle für alle Parlamente einschließlich Nationalversammlung im Anhang S. 116 aufgezeigt.)

b. Parteien - Reichstagsfraktionen

Während der ersten Wahlperioden hatten drei Parteien in ihren Reichstagsfraktionen einen auffallend hohen prozentualen Anteil von Abgeordneten aus deren Herkunft man auf eine Wahrnehmung von Industrieinteressen - im Sinne aktiver politischer Tätigkeit für die Industrie - im Parlament schließen durfte.

An erster Stelle stand die Deutsche Volkspartei. Ihm folgten die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei.

Bei der zuerst genannten Partei kamen in den einzelnen Legislaturperioden bis zu einem Drittel der Abgeordneten (1924 rd. 25 Prozent, 1930 rd. 30 Prozent) aus der Industrie bzw. aus deren Verbänden.

Bei den Deutschnationalen und Demokraten betrug der Industrie-Anteil innerhalb ihrer Fraktionen verschiedentlich bis zu rund zwölf Prozent. Auch das war ein durchaus ungewöhnliches Kräfteverhältnis für eine Parlamentsfraktion, das die anderen 'bürgerlichen' Parteien nicht annähernd erreichten. Das Zentrum wies einen nur sehr geringen Anteil auf, während -abgesehen von unbedeutenden Einzelfällen- die weiteren Parteien überhaupt ohne 'Industrie-Abgeordnete' waren.

Die Nationalsozialisten hatten bedeutende Industrielle oder entsprechende Abgeordnete mit direktem industriellen Einfluß erst in den nicht mehr frei gewählten Reichstagen.

Eine genaue Aufstellung der 'Industrie-Abgeordneten' von der Weimarer Nationalversammlung und den einzelnen Reichstagen bis einschließlich dem von 1938 befindet sich im Anhang (S. 110 ff). Ebenfalls geht dort aus einer Tabelle die entsprechende Entwicklung innerhalb der einzelnen Fraktionen hervor (S. 116).

In den Reihen der Deutschen Volkspartei befanden sich bedeutende und einflußreiche Persönlichkeiten der Industrie. Ihr Gründer und Parteivorsitzender Stresemann hatte enge berufliche Beziehungen zur Industrie. Bereits mit dreiundzwanzig Jahren war er Geschäftsführer des "Verbandes sächsischer Schokoladenfabrikanten". Auf seine Initiative hin wurde dann der "Verband sächsischer Industrieller" gegründet, dessen Syndikus er von 1902 bis 1918 war. In einem weiteren Verband war er als geschäftsführendes Präsidialmitglied in den Jahren von 1914 bis 1923 tätig, und zwar im "Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverband". Seine politische Tätigkeit begann 1906 als Abgeordneter der Dresdener Stadtverordnetenversammlung. Ein Jahr später wurde er als jüngster Abgeordneter in den deutschen Reichstag gewählt. Dort gehörte er der Nationalliberalen Partei an, deren Fraktionsvorsitzender er von 1917 ab war. Als Parteivorsitzender der von ihm nach dem Kriege gegründeten Deutschen Volkspartei gewann er in der Weimarer Republik großen politischen Einfluß. 1923 wurde ihm als Kanzler die Bildung eines Kabinetts übertragen, in den folgenden Jahren war er bis zu seinem Tode im Jahre 1929 Außenminister des Reiches.

Obwohl er sich im Laufe seiner politischen Karriere zum reinen Politiker entwickelt hatte, nahm er seiner Herkunft gemäß stets eine industriefreundliche Haltung ein und unterstützte namentlich Bestrebungen der mittleren und kleinen -der verarbeitenden- Industrie. Als deren Syndikus war er schließlich einmal in den Reichstag gewählt worden. "Als Mitglied des Reichstages erschien Stresemann noch lange Zeit als typischer Industrieparlamentarier". 23)

In Stresemanns Partei sammelten sich aber keineswegs nur die Vertreter der kleinen und mittleren Industrien. Auch einflußreiche Persönlichkeiten der Schwerindustrie befanden sich in ihren Reihen. Hier trat besonders Hugo Stinnes während der ersten Reichstagsperio-

de hervor. Er war Besitzer eines der größten Industrievermögen des Ruhrgebiets. Sein Konzern, der ihm den Beinamen "König der Ruhr" eintrug, ist so bekannt geworden, daß hier auf eine ins einzelne gehende Darstellung seiner wirtschaftlichen Machtpositionen verzichtet werden kann. Es sei nur darauf hingewiesen, daß bei seinem Tode am 10. April 1924 "nicht weniger als 1 535 juristisch selbständige Unternehmungen mit 2 888 Betrieben, Teilbetrieben und Niederlassungen" 24) seiner Kontrolle unterstanden.

Stinnes nahm verschiedentlich an politischen Konferenzen teil, besondere Erwähnung muß seine Teilnahme an der Konferenz in Spa finden. Bedeutenden Anteil hatte Stinnes bei der Schaffung der sogenannten Zentralarbeitsgemeinschaft im Jahre 1918 gehabt. In ihr sollten in paritätischer Besetzung Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zusammenarbeiten. Ihr kam eine besondere sozialpolitische Bedeutung zu, zum anderen aber war bedeutsam, daß mit ihr der bis dahin geltende Standpunkt des "Herrn-im-Hause" auch von der Schwerindustrie aufgegeben wurde. 25)

Mit Albert V ö g l e r , einem Generaldirektor des Stinnes-Konzerns, gehörte ein weiterer bedeutender Schwerindustrieller der Deutschen Volkspartei an. Vögler stand der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten AG. als Generaldirektor vor. Diese Gesellschaft bildete den Kern des Stinnes'schen Anteils in der gewaltigen Interessengemeinschaft der Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert Union. In dieser Position war Vögler einer der einflußreichsten Eisenleute des Ruhrgebiets. Politisch trat er bereits in der Nationalversammlung hervor und vertrat dort mit am deutlichsten die Interessen der Industrie. Er war "ein kräftiger Opponent gegen Revolutionsgeist und Sozialdemokratie". 26) Mitglied des Reichstages war er während der ersten Legislaturperiode. 27)

In den Reihen der Deutschen Volkspartei stand ferner Kurt S o r g e vom Krupp-Konzern. Er hatte während der ersten und dritten Wahlperiode ein Reichstagsmandat

Sorge war Mitglied des Direktoriums der Friedrich Krupp AG. und saß in einer Reihe weiterer industrieller Schlüsselpositionen. Die bedeutendste unter ihnen war die des Vorsitzenden des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Während der vierten und fünften Legislaturperiode war die Schwerindustrie durch Eugen K ö n g e t e r im Parlament vertreten. In den Jahren 1921 bis 1927 war dieser Mitglied der Generaldirektion der Gebrüder Stumm GmbH. Zur Zeit seiner Reichstagsmitgliedschaft saß er im Vorstand der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, des Langnamvereins, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und war Mitglied des Hauptvorstandes des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

Hans von R a u m e r war von 1920 bis 1930 Mitglied des Reichstags. Im Kabinett Fehrenbach war er Reichsschatzminister und im ersten Kabinett Stresemann Reichswirtschaftsminister. Von Raumer war seit 1918 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Elektrotechnischen Industrie, einem Industriezweig, dem er durch persönliche Besitzinteressen verbunden war. 1918 war von Raumer Anreger und Mitbegründer der Zentralarbeitsgemeinschaft gewesen.

Die chemische Industrie wurde im Reichstag von der zweiten bis einschließlich der fünften Wahlperiode durch Wilhelm K a l l e vertreten, der Mitglied des Verwaltungsrats der IG.-Farbenindustrie AG. war.

Als letzter der besonders hervorragenden Industriellen in den Fraktionen der Deutschen Volkspartei sei der Kaliindustrielle Helmuth A l b r e c h t genannt, der den ersten fünf Reichstagen der Weimarer Republik als Mitglied angehörte.

Die Deutschnationale Volkspartei hatte in Alfred H u g e n b e r g einen Mann, der ohne Unterbrechung

von der Nationalversammlung ab allen folgenden Reichstagen bis einschließlich dem 1938 gewählten angehörte. Er war damit der einzige Abgeordnete überhaupt, der davon sich sagen konnte.

Hugenberg unterhielt durch berufliche und persönliche Verbindungen enge Beziehungen zur Schwerindustrie. Diese bestanden schon vor dem ersten Weltkrieg - insbesondere seit dem Jahre 1907. Damals war er aus dem Preußischen Finanzministerium ausgetreten und zunächst Direktor der Berg- und Metallbank in Frankfurt am Main geworden. Am 1. Oktober 1909 wurde er Vorsitzender des Direktoriums der Friedrich Krupp AG. in Essen. Diese Position hatte er bis zum 31. Dezember 1918 inne.

In der Deutschnationalen Volkspartei übte er den wohl stärksten politischen Einfluß überhaupt aus. Er führte - besonders gegen Ende der Weimarer Republik - folgenschwere politische Entscheidungen herbei. Bei der Wahl des Parteivorstandes wurde ihm im Jahre 1928 die Führung der Deutschnationalen Volkspartei anvertraut. Nach außen galt er als der typische Repräsentant der Großindustrie. Aber "er hat, das ist das Bemerkenswerteste, sein Ziel nicht als Vertreter der Schwerindustrie sondern als Politiker, als Nurpolitiker, erreicht; in erster Linie aber als der Beherrscher eines gewaltigen Propagandaapparates." 28) Als Vorsitzender dieser Partei konnte er nun entscheidende Stimmzahlen in die parlamentarische Waagschale werfen.

Die Deutschnationale Volkspartei war "geradezu die Partei der Monarchie". 29) Als diese stand sie immer in einem gewissen Gegensatz zur Republik. Das änderte sich auch nicht, als sie sich von 1925 ab an Regierungsbildungen beteiligte.

Hugenberg war in der Lage, die öffentliche Meinungsbildung in starkem Maße zu beeinflussen, da er in seiner Hand eine große Anzahl von Zeitungen und Nachrichtendiensten, den Scherl-Verlag und Deutschlands bedeutendstes Filmunternehmen, die Ufa, vereinigte.

Unter Hugenbergs Führung wurde im Juli 1929 ein Volks-

geehren gegen den von Stresemann unterstützten Young-Plan eingeleitet. Bei einer diesbezüglichen Zusammenkunft Hugenberg - Hitler "versprach Hitler seinem Verhandlungspartner, die Nazipropaganda gegen das Großunternehmertum völlig einzustellen, während ihm Hugenberg auf der anderen Seite finanzielle Unterstützung der SDAP sowie politisch völlig frei Hand zusagte. Im Austausch für diese scheinbaren Zugeständnisse erhielt Hitler von nun an regelmäßig finanzielle Zuwendungen aus den von Hugenberg verwalteten politischen Fonds der Industrie und damit die propagandistischen Möglichkeiten, die er zur vollen politischen Ausnutzung der Wirtschaftskrise benötigte." 30)

In Vorbereitung der Volksabstimmung wurde durch geschickte Propaganda (Forderung auf Widerrufung des Kriegsschuldbekenntnisses u.a.m.) die öffentliche Meinung beeinflusst. Besonders "die Nationalsozialisten nutzten ... die ihnen damit gebotene Gelegenheit aus, auf Kosten ihrer reicheren Konkurrenten sowie der beitragsfreudigen Schwerindustrie hemmungslose Propaganda zu treiben." 31)

Die Industrie widersetzte sich dem Young-Plan, wie es im folgenden sichtbar wurde. "Vögler (deutscher Sachverständiger im Young-Plan Komitee) sprach sich gegen den Young-Plan aus, und ihm folgte überraschenderweise Dr. Hjalmar Schacht, der auf seiner Wandlung vom Demokraten zum Nationalsozialisten nun den Punkt erreicht hatte, wo er gegen die Republik wirkte". 32)

Der Erfolg der Volksabstimmung am 22. Dezember 1929 blieb für ihre Urheber zwar aus, der Nationalsozialismus hatte jedoch durch sie an Boden gewonnen.

Eine seiner folgenschwersten politischen Entscheidungen traf Hugenberg darauf im Sommer 1930, als er im Laufe der Auseinandersetzung mit der Brüning'schen Politik durch die Stimmen seiner Partei die Auflösung des Reichstages gemeinsam mit den Sozialdemokraten erzwang. Hierbei war bemerkenswert, "daß Hugenberg, ein Anhänger des

Regierens gegen das Parlament, seine Deutschnationalen der Gruppe der Verteidiger der Parlamentrechte zuführte". Die nun folgende Reichstagswahl im September 1930 brachte den Nationalsozialisten eine erschreckende Zunahme an Stimmen, so daß ihre Sitze im Parlament von bisher zwölf auf einhundertsieben stiegen. Somit war ihnen der entscheidende Einbruch in das Parlament gelungen, durch den sie nun selbst eine wirksame Arbeit des Parlaments lähmen und unmöglich machen konnten.

Im Kampf gegen die seiner Meinung nach verhängnisvolle Politik der Weimarer Republik schloß er seine Partei am 11. Oktober 1931 in der sogenannten "Harzburger Front" mit der NSDAP zu gemeinsamer Opposition zusammen. "Das nationalistische Treffen in Bad Harzburg im Oktober, an dem Hugenberg und Hitler teilnahmen, wurde nebenher zu einem Versammlungszentrum der Industrieführer, mit Männern wie Dr. Hjalmar Schacht, dem Hamburger Schiffsbauer Blohm, dem Stahlkaufmann Ravené, dem Haupt der Vereinigten Stahlwerke AG., Ernst Poensgen, und einem Vertrauten Agenten der Stahlleute, Schlenker, als Teilnehmer." 34)

Hugenberg trat als Wirtschaftsminister dem von Hitler gebildeten Kabinett bei. Aber schon wenige Monate nach dem Versuch, mit den Nationalsozialisten zu regieren, mußte er die Konsequenz der Totalitätsansprüche Hitlers kennenlernen, er wurde am 27. Juni 1933 aus dem Kabinett "ausgebootet".

"Die hinter der Zeit zurückgebliebene politische Gedankwelt, wie sie bei den Männern der deutschen Wirtschaft anzutreffen war, spiegelte seine Persönlichkeit in prototypischer Verkörperung." 35)

Ein weiterer bedeutender Industrieabgeordneter in der Deutschnationalen Volkspartei war Jakob Reichert. Er gehörte dem Reichstag von der ersten bis einschließlich der vierten Legislaturperiode an. Während den Jahren seiner Reichstagszugehörigkeit war Reichert Hauptgeschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Berlin. Außerdem war er in einer Reihe

weiterer industrieller Verbände tätig.

Die Bergwerksdirektoren Bernhard Leopold und Walther Rademacher gehörten ebenfalls der Deutschnationalen Reichstagsfraktion an. Der erste, Direktor von Montanwerken im mitteldeutschen Raum (Halle), war ebenfalls in den ersten vier Wahlperioden Abgeordneter des Reichstages. Rademacher gehörte dem Parlament während der dritten, vierten und achten Legislaturperiode an. Er war Direktor einer Kohlen- und später einer Erdöl-Aktiengesellschaft im Raume Leipzig.

Ferner war Johann Hasslacher während der vierten Wahlperiode schließlich als prominenter Vertreter der Schwerindustrie in der Deutschnationalen Volkspartei. Sein Einfluß im Ruhrgebiet war bedeutend, da er als Generaldirektor der Rheinischen Stahlwerke eine kennenswerte Position in der Schwerindustrie einnahm. Er war zudem Mitglied des Vorstandes des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Unter den Abgeordneten der Deutschen Demokraten stach im Reichstag während der ersten beiden Legislaturperioden Carl Friedrich von Siemens hervor. Seit 1919 stand er an der Spitze des gewaltigen Elektrokonzerns. Siemens trat stets für eine regere Mitarbeit der Industrieführerschaft an politischen Dingen ein. In der Weimarer Republik "schien es ihm erst recht geboten, daß die Führer der Wirtschaft ihre bisherige passive Zuschauerrolle in der Welt der Politik aufgeben". 36)

Das Zentrum präsentierte im Parlament den Eisenindustriellen Florian Klöckner, der acht Legislaturperioden im Reichstag saß.

Die nationalsozialistische Partei hatte zu Beginn wenige Unternehmer- und überhaupt keinen bedeutenden Wirtschaftsführer in den Reihen ihrer Reichstagsfraktion. In der Zeit von der fünften bis zur achten Wahlperiode,

in der die Zahl ihrer Sitze im Parlament erheblich stieg, war der Anteil der Unternehmer verschwindend gering (V. 107:3; VI. 230:7 ; VIII. 288·9). Dabei ist bemerkenswert, daß dieser Anteil dazu größtenteils von kleineren Unternehmern des mitteldeutschen Raumes gestellt wurde. Es befanden sich unter ihnen mehrere Textilfabrikanten und andere Unternehmer kleinerer Betriebe, die z.B. aus dem Erzgebirge, dem Vogtland oder aus Niederbayern kamen.

Eine zweite Gruppe, die in Beziehung zur Industrie stand, wurde in den Nazi-Fraktionen von Technikern und Ingenieuren gebildet. Es zeigte sich, daß diese innerhalb der Partei bedeutenden Einfluß in Wirtschaftsfragen hatten oder gewannen. Das war besonders der Fall bei Gottfried F e d e r und Wilhelm K e p p l e r.

Bedeutende Schwerindustrielle waren erst in den nationalsozialistischen Scheinparlamenten vertreten. Albert V ö g l e r, Fritz T h y s s e n, Fritz S p r i n g o r u m, Hans von S t a u s s, Alfred H u g e n b e r g waren die auffallendsten Gestalten. Ihre Entsendung durch die Parteileitung in den Reichstag hatte aber mehr oder weniger dekorativen Charakter. Ihre Namen wurden zum Teil auf die "Liste des Führers" gesetzt, ohne daß bei den Betroffenen ein eigener Wunsch dafür vorgelegen hatte. So wurden beispielsweise Vögler, v. Stauss und auch Hugenberg in den Reichstagshandbüchern als "Gäste" geführt.

Untersucht man das Verhältnis von Unternehmern und Managern (unter Beachtung des Eigentumverhältnisses an den Produktionsmitteln) in den Parlamenten, so findet man in der Weimarer Republik zunächst keinen Beweis dafür, daß im politischen Bereich der Unternehmer vom Manager verdrängt worden ist. Wird eine Unterteilung der Industriegruppen zunächst außer acht gelassen, so zeigt sich, daß das Verhältnis von Unternehmern zu Managern sich im Parlament nur unwesentlich im Laufe

der Jahre verschoben hat, und das nicht einmal immer zu Ungunsten der Unternehmer. Besonders gegen Ende der Weimarer Republik wirkte sich aus, daß die Zahl der Unternehmer (kleinere Betriebe) in der nationalsozialistischen Partei stieg. (Siehe Anhang, S. 115)

Bei einer gesonderten Betrachtung der Vertreter der Schlüsselindustrien (Kohle, Eisen, Stahl, Chemie) wird klargestellt, daß der Typ des "Direktor-Unternehmers" im Reichstag dominierend war.

Diese Tatsache läßt sich aber nicht schlechthin als ein Beweis dafür gebrauchen, daß eine Verdrängung des einen Unternehmertyps durch den anderen im politischen Raum stattgefunden hat. Der Grund hierfür ist einmal darin zu sehen, daß man in den entsprechenden Kreisen zu der Ansicht kam, daß für die Arbeiten im Parlament, die "zweite Garnitur" der Industrieführer ausreichend sei, und deshalb vorwiegend Direktoren sowie die Leiter von Verbänden etc. in einer Art "Vertretung" der eigentlichen Industrieführer ins Parlament geschickt wurden. Diese hatten dann als Repräsentanten der Industrie deren Interessen "im Auftrage" wahrzunehmen. Zum anderen spiegelte sie aber natürlich auch den soziologischen Wandlungsvorgang in der großindustriellen Welt wieder, in der der "Eigentum-Unternehmer" durch den "Direktor-Unternehmer" weithin ersetzt worden war. Und doch ist gerade hierzu bemerkenswert, daß zu Beginn der Republik z.B. mit Stinnes, v. Siemens und Klöckner noch Vertreter des alten Unternehmertyps im Reichstag saßen.

c. Politische Solidarität ?

Die bisherige Untersuchung zeigte, daß einzelne Parteien- und Reichstagsfraktionen der Weimarer Republik stark mit industriellen Führungskräften durchsetzt waren. Es stellt sich deshalb die Frage, wie weit unter ihnen eine politische Solidarität geherrscht hat. Eine solche soli-

darische Haltung ist den Kräften der industriellen Führungsschicht im politischen Raum in der Literatur oft abgesprochen worden. Wie weit das zu recht geschehen ist soll im folgenden untersucht werden.

Zunächst ist noch einmal festzuhalten, daß sich die politischen Führungskräfte der Industrie nicht über das ganze Parlament verteilt haben, sondern in den einzelnen Reichstagen der Republik - an deren Zusammensetzung sich zwischen acht und fünfzehn Parteien beteiligten - fast ausschließlich auf drei Parteien konzentrierten: die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei. Mit einer gewissen Einschränkung muß hier auch noch das Zentrum genannt werden.

Politische Solidarität ist eigentlich nur dort möglich, wo von einer ganz bestimmten, gemeinsamen Weltanschauung ausgegangen werden kann. Die aus der industriellen Führungsschicht in den politischen Raum eintretenden Führungskräfte stehen weltanschauungsmäßig jedoch auf ganz verschiedenen Ebenen, d.h. sie gehen von den verschiedenartigsten Weltanschauungen aus. Die für diese Untersuchung wichtigste Unterscheidung lag in der Frage nach der Haltung zur Staatsform. Das heißt, die Haltung innerhalb der politischen Führungsschicht der Industrie, die sich auf die vier genannten Parteien verteilte, zur demokratisch-parlamentarischen Staatsform war uneinheitlich. Während man von den Abgeordneten der Volkspartei, des Zentrums und den Demokraten sagen konnte, daß sie auf dem Boden der Republik standen, benutzte die Deutschnationale die demokratischen Praktiken nur in dem Bestreben, diese Staatsform sobald wie möglich zu beseitigen, um sie wieder durch eine Monarchie zu ersetzen.

Der politischen Führungsschicht der Industrie fehlte es mithin an der eigentlichen Bejahung der parlamentarischen Demokratie. Es "überrascht der Solidaritätsmangel

unter Industriellen nicht übermäßig. Sie waren nicht weniger zersplittert als die Gesamtbevölkerung des Reiches." 37)

Hinzu kommt, daß bei der Frage nach der politischen Solidarität der industriellen Führungsschicht der Begriff 'Industrie' problematisch wird. Über die unterschiedliche Beurteilung des richtigen politischen Weges hinaus, waren die Unterschiede in der Einstellung zu einzelnen wirtschaftspolitischen Entscheidungen infolge der keineswegs immer parallel laufenden Interessen der verschiedenen Industriezweige nur zu natürlich. Und doch berührten die auseinandergehenden Auffassungen innerhalb der politischen Führungsschicht der Industrie, wie sie sich aus den Perspektiven von aus den einzelnen Industriezweigen kommenden Abgeordneten (Grundstoff-, Investitions- oder Konsumgüterindustrie) bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen ergeben mußten, kaum die ansich einheitliche Grundeinstellung dieser Kreise: Für sie alle verbindlich - und verbindend - war ihre verteidigungsbereite, einheitliche Haltung gegenüber der privatwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung. Hierin zeigte sich - über die großen Unterschiede der Interessen sowie der Weltanschauung hinweg - eine solidarische, politisch-solidarische Haltung. Sie wurde gegenüber allen Bestrebungen, diese Ordnung anzutasten, sichtbar. Mit dem folgenden Zitat sollen diese Aussagen ihre Bestätigung finden: "Eine in sich geschlossene politische Ideologie hat die Unternehmerschaft niemals ausgebildet, wie etwa die Arbeiterschaft im marxistischen Sozialismus. Ihre Grundgedankenrichtung allerdings war ziemlich einheitlich. ... In der Zeit, in der die Unternehmerschaft vollständig in eine gesellschaftliche und ideelle Verteidigungsstellung gedrängt worden war, d.h. als zu ihren Gegnern neben der Arbeiterschaft der von ihr beherrschte Staat trat und eine feindliche Haltung auch bei weiten Kreisen des inzwischen wirtschaftlich und gesellschaftlich gesunkenen kleinen Bürgertums zu beobachten war, hat sich so etwas wie eine einheitli-

che Unternehmerideologie gebildet. Sie ist vorwiegend eine Verteidigungsideologie für die individualistische kapitalistische Wirtschaftsordnung..." gewesen. 38

Während die in den 'republikanischen' Parteien vertretenen Führungskräfte der Industrie der Meinung waren, daß sich gegenüber den besitz- und kapitalfeindlichen Strömungen auch in einer parlamentarischen Demokratie diese Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung erfolgreich verteidigen ließ und vielleicht sogar von der optimistischen Hoffnung getragen wurden, daß es über kurz oder lang in dieser Staatsform zu einer politischen Vorherrschaft der Industrie über die anderen politischen Kräfte kommen würde, wenn man gegenüber diesen auch zunächst zu Konzessionen bereit sein müßte, sahen die Deutschnationalen nur in der Wiederherstellung der Monarchie eine Garantie für die Aufrechterhaltung dieser Ordnung, und ihr politisches Streben richtete sich deshalb dahingehend.

Diese äußere Geschlossenheit der politischen Führungsschicht der Industrie in der Frage der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung durchbrach jedoch Walter Rathenau. Er, dessen Vater die AEG gegründet hatte, der es in den Nachkriegsjahren selbst vorstand, trat zu Beginn der Republik mit seinen Auffassungen in eine zu den übrigen industriellen Führungsschicht gegensätzliche Stellung. Ihren sichtbaren Ausdruck fand sie in seinen politischen Auseinandersetzungen mit Hugo Stinnes, hinter dem der weitaus größte Teil der Industrieführerschaft in jenen Jahren stand. Beide hatten zu gleicher Zeit überragenden politischen Einfluß.

Die Trennung zwischen Rathenau und Stinnes hatte Gründe, die über die nur unterschiedliche Beurteilung der notwendigen politischen Maßnahmen der Tagespolitik hinausgingen und sich auf die grundsätzliche Frage der Wirtschaftsordnung erstreckten. "Erwachsen aus der Welt einer großen und ursprünglich reinen Privatindustrie

ie durch Konzentration immer größere und mannigfaltigere Komplexe um sich gruppierte, hat (Walter Rathenau) versucht, das unter dem Eindruck der gemischt - wirtschaftlichen Unternehmung und des Kriegssozialismus überkommene Wirtschaftssystem in einer Mischform fortzubilden, die er 'Planwirtschaft' nannte." 39)

In diesem Punkt war Rathenau von der übrigen Industrieliterschaft abgerückt. Er stand somit als Zeichen einer neuen Auffassung - einer Gestaltwandlung - da, die ihn aus der hier notwendigen Betrachtungsweise heraus als 'ersten' Manager erscheinen läßt (im Burnham'schen Sinne).

In diesem Licht sind auch die Gegensätze zwischen ihm und Stinnes, die sich aus der Diskussion der gegebenen politischen Tagesfragen ergaben, zu sehen. Die Primatsfrage, wem der Vorrang gebühren sollte, der Politik (dem Staat) oder der Wirtschaft, spielte dabei eine entscheidende Rolle. Die Wege, die von beiden aufgezeigt wurden, waren grundverschieden. Rathenau verfolgte mit seiner Erfüllungspolitik den 'Staatserhaltungsgedanken', während Stinnes ihm mit der Ansicht der "grundsätzlichen Nichterfüllung vor der Vertragsrevision" gegenübertrat und die "Präponderanz des wirtschaftlichen Substanzerhaltungsgedankens" 40) forderte.

Rathenau vertrat den Primatsgedanken des Staates vor der Wirtschaft, Stinnes sprach an erster Stelle der Industrie die Fähigkeit und das Recht zu, die politische Führung in Deutschland zu übernehmen.

Rathenau wußte, daß er mit seiner Ansicht innerhalb der industriellen Führungsschicht weitgehend allein stand, und daß er sich von ihr kaum Unterstützung erhoffen durfte. Das war bedeutsam, da er nun einmal für seine Politik die Unterstützung der Industrie - und insbesondere der Schwerindustrie - nötig hatte.

Seine Bestrebungen gingen deshalb dahin, diesen Zustand zu ändern, und es gelang ihm dieser Versuch weitgehend mit dem zwischen ihm und den Franzosen geschlossenen

"Wiesbadener Abkommen", das den Auffassungen in der deutschen Industrieführung entgegenkam. Rathenau selbst sprach vor dem Reichsverband der Deutschen Industriellen über dieses Abkommen, und er erklärte, "daß die französischen Industriellen in freier Vereinbarung von deutschen Industriellen einkaufen und das Produkt, das sie erworben haben, auf die Reparationsforderungen anrechnen lassen" könnten. Zu den politischen Bestrebungen der Industrie führte er aus: "Was Sie wünschen und beanspruchen dürfen, den Einfluß auf die Regierung durch diejenigen Personen, die überwiegend industrielle Interessen vertreten, diesen Einfluß auf die Regierung wünscht die Reichsregierung selbst. ..." 41) Nach Pinner äußerte sich Rathenau, als er nach Beendigung seiner Rede großen Beifall gefunden hatte, "glückstrahlend": "ich habe die Empfindung, daß dies meinen Frieden mit der Industrie bedeutet!" 42)

Aus einem Schlußwort von Dr. Sorge geht hervor, wie sehr Rathenau trotz seiner von der übrigen Industrieführerschaft abweichenden Linie sich selbst als politischen Vertreter der Wirtschaft gefühlt hat und als solcher angesehen werden muß: "Dr. Rathenau hat betont, wie er sich als der wirtschaftliche Vertreter auch heute, so weit es sich mit seinen Amtspflichten im Kabinett vereinbaren läßt, ansieht, und in allen wichtigen wirtschaftlichen Fragen kaum eine entscheidende Erwägung oder Maßnahme getroffen hat, ohne vorher mit der Industrie und dem Reichsverband, den er als den Vertreter der Industrie ansieht, Fühlung zu nehmen." 43)

Mit Rathenau, der als Wirtschaftsführer hohe Regierungsämter bekleidete, ist die Überleitung gegeben zu einer entsprechenden Untersuchung der einzelnen Regierungen der Weimarer Republik.

d. Regierungen

Die Reihe der in der Weimarer Republik gebildeten Regie-

ungen zeigt in ihrer zeitlichen Ordnung die folgenden Persönlichkeiten, die in mehr oder weniger enger Beziehung zur Industrie standen, in Kanzler- oder Ministerstellungen.

Die vierte Regierung trat als rein bürgerliches Kabinett unter Fehrenbach zusammen (vom 20.6.1920 bis 22.10.1921). Das Reichsschatzministerium lag in den Händen des Mitgliedes der Deutschen Volkspartei Hans von Raumer.

Die nächsten Regierungsbildungen, die unter Wirth erfolgten (9.5.1921 - 22.10.1921), sahen Walter Rathenau, der der Deutschen Demokratischen Partei angehörte, in der Regierung. Ab 29. Mai 1921 war er Wiederaufbauminister und im zweiten Kabinett Wirth wurde ihm das Außenministerium übertragen.

Von 1920 ab war Hermann B ü c h e r, der spätere Nachfolger Walter Rathenaus in der AEG, als Generalreferent in der Wirtschaftsabteilung des Auswärtigen Amtes tätig. (1921 wurde er geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Reichsverband. Vier Jahre danach kam er in die IG-Farbenindustrie AG. und trat dann 1928 an die Spitze der Allgemeinen-Elektrizitäts-Gesellschaft.)

Die Regierung, die den Ruhrkampf zu führen hatte, wurde von Wilhelm Cuno gebildet (22.11.1922 - 12.8.1923). Einer politischen Partei gehörte dieser nicht an. Es bestanden bei ihm jedoch enge Beziehungen zur Industrie infolge seiner Spitzenstellung als Generaldirektor bei der von Ballin gegründeten Hamburg-Amerika-Linie (Hapag)⁴⁴⁾

Nach dem Ruhrkampf trat Gustav Stresemann 1923 an die Spitze der Regierung. Er übernahm zugleich das Außenministerium. Das Wirtschaftsministerium wurde durch Hans von Raumer besetzt, der jedoch nach einer Regierungsumbildung von einem Demokraten (Koeth) abgelöst wurde. Während der folgenden sechs Regierungen behielt Stresemann das Außenministerium.

In seinem Ministerium bestand eine weitere Personalverbindung zur Industrie durch den Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von S c h u b e r t , einem Verwandten der Familie Stumm.

Bemerkenswert ist dazu ferner, daß ein ehemaliges Mitglied des Krupp-Direktoriums während dieser Zeit die Republik als Botschafter in den Vereinigten Staaten vertrat: Otto W i e d f e l d .

Während der Regierungszeit des zweiten Kabinetts Müller (2.8.1928 - 27.3.1930) starb Stresemann. Seine Nachfolge trat der bisherige Wirtschaftsminister Curtius an. Dafür übernahm dieses Ministerium Professor Paul Moldenhauer. ⁴⁵⁾ Bei diesem waren Beziehungen zur Industrie durch Aufsichtsratsstellungen - unter anderem bei der IG-Farbenindustrie AG. - gegeben. Nach einer Regierungsumbildung übernahm Moldenhauer dann jedoch das Finanzministerium, das er zunächst auch unter dem folgenden Brüning'schen Kabinetts behielt.

Solche Aufsichtsrats-Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft lassen vieles in den Bereich des schwer Kontrollierbaren untertauchen. Im Sinne der gegebenen Begriffsbestimmung von der politischen Führungsschicht der Industrie kann eine Zuordnung zu ihr dort nicht erfolgen, wo die Tätigkeit nicht in einem bestimmten Verhältnis zur Industrie steht. Um aber auch diese Verbindungslinien, die von der Industrie zur Politik führen, sichtbar zu machen, muß auch noch folgender Berührungspunkt zwischen Regierung und Industrie erwähnt werden: der Wirtschaftsminister des Papen Kabinetts (2.6.1932 - 2.12.1932), Professor W a r m b o l d , unterhielt ebenfalls enge Beziehungen zur IG-Farbenindustrie infolge seiner Stellung im dortigen Vorstand.

e. Außerparlamentarische Wege

Im Stinnes-Konzern gab es neben Albert Vögler noch einen

Generaldirektor, der erheblichen politischen Einfluß ausgeübt hat, wenngleich sich dieser nicht in ähnlicher offener Weise zeigte, und zwar Friedrich Minoux. Als zum Herbst 1923 war Minoux Generaldirektor der Berliner Abteilung des Stinnes-Konzernes. In dieser Position konnte er dort als einer der mächtigsten Männer des Konzerns angesehen werden. Seine politische Tätigkeit ging nicht auf der offenen Bühne der Politik vor sich. Sie zeigte sich nicht - wie etwa bei Vögler - in der Übernahme eines Reichstagsmandates oder in ähnlicher Art. Durch politische Vorschläge und Gutachten aber, die er aus seiner reichen Kenntnis großer volkswirtschaftlicher und währungspolitischer Zusammenhänge ziehen konnte, gewann er Einfluß auf die Politik der Weimarer Republik.

Minoux ist auch als einer der Urheber der Rentenmark anzusehen, deren Einführung sich Schacht später geschickt allein zuschrieb und dabei verschwie, daß zumindest Luth und Hilferding wesentlichen - vielleicht gleichen - der bedeutenderen - Anteil an der neuen Währung hatten. In dem sogenannten "Minoux-Plan" hatten sich "die ersten Reime des reifen Gedankens" 46) der neuen Währung gezeigt.

Diese Frage ließ ihn infolge seiner unterschiedlichen Beurteilung der notwendigen währungspolitischen Maßnahmen durch seine unabhängige und eigenwillige Gedankenführung auch in eine gegensätzliche Auffassung zu Stinnes treten. Im August 1923 hatte Minoux unter dem Pseudonym Friedrich Pilot einen Aufsatz veröffentlicht 'Deutschlands Not und Rettung', in dem er ein großes Programm für eine sofort einzuleitende Reform der Währung entwarf. Dieser Plan widersprach der Stinnes'schen Währungspolitik. Einige Zeit danach antwortete 'ein führender Großindustrieller' anonym in der gleichen Zeitung unter der Überschrift 'Wahrheit' - es war Stinnes. Kurze Zeit später kam es zum Zusammenstoß zwischen Minoux und Stinnes." 47)

Die Grundgedanken eines weiteren Planes und Entwurfes werden Minoux zugeschrieben, dessen politische Durchfüh-

rung dann allerdings erst die Nationalsozialisten großem Stil vornahmen. Es handelte sich um einen Plan zur Behebung der Arbeitslosigkeit während der Jahre der großen Depression.

"Friedrich Minoux hatte 1930 dem Kanzler Brüning auf dessen Bitte ein Zwölf-Punkte-Programm unterbreitet, das die Überschrift trug "Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit". Diese Vorschläge "wurden die Grundlage einer Reihe von Verordnungen, die der Kanzler ((Brüning)), inzwischen mit den Notstandsvollmachten gemäß Artikel 48 der Weimarer Verfassung vom Reichspräsidenten ausgerüstet, gerade im Begriff war, in Kraft zu setzen, als er in Ungnade fiel und abtreten mußte. Die Urheberschaft Minoux's war der deutschen Industrie bekannt". 48) Diese grundlegenden Arbeiten haben die Nationalsozialisten dann benutzt, und ihr äußerer Erfolg, den sie mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit hatten, hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß sie ihre Macht in so kurzer Zeit derartig zu festigen vermochten.

Minoux's eigene Beziehungen zum Nationalsozialismus ließen sich auf Grund der sich hier widersprechende Literatur nicht genau klären.

Die Industrie -jedenfalls die Großindustrie- ist auf den Umweg, über Parteien und Verbände ihren politischen Einfluß auszuüben, nicht angewiesen. Großunternehmen und Konzerne sind durch die hinter ihnen stehende wirtschaftliche Macht zu politischen Bestrebungen, wie sie sich im vorparlamentarischen Raum sonst über Parteien und Verbände vollziehen, direkt in der Lage.

In diesem Zusammenhang kommt einem Gremium von Großindustriellen besondere Beachtung zu, das sich die Bezeichnung "R u h r l a d e" zugelegt hatte. Es handelt sich um eine von Paul Reusch im Jahre 1926 geschaffene Einrichtung, die die Aussprache der bedeutendsten Männer des Ruhrgebiets durch öftere Zusammenkünfte zum Ziel hatte.

Zu den Mitgliedern der Ruhrlade zählten zwölf der hervorragendsten Wirtschaftsführer, jedenfalls des Ruhrgebiets. Es waren dies: Paul Reusch (Gutehoffnungshütte), Paul Silberberg (Kohle und Braunkohle), Karl Haniel (Gutehoffnungshütte), Albert Vögler und Ernst Poensgen (Vereinigte Stahlwerke), Fritz Springorum und Hermann Winkhaus (Hoesch AG. Dortmund), Gustav Krupp von Bohlen Halbach und Arthur Klotzbach (Krupp), Erich Fickler (Harpen), Peter Klöckner und Fritz Thyssen.

Die Zusammenkünfte fanden monatlich statt, jedesmal bei einem anderen der Mitglieder. Erst später nahmen die Vertreter der AEG und Siemens bisweilen an den Sitzungen teil. "Unter Schwerindustriellen gab es keinen höheren Gesellschaftsbezirk mehr, wohin man gebeten hätte werden können." 49) Was dort jeweils im einzelnen verhandelt worden ist, entzieht sich jeder Möglichkeit einer Nachprüfung, denn Protokolle der Sitzungen der Ruhrlade gab es nie.

Wenn auch die folgende Version im Hinblick auf die Überbetonung der politischen Bedeutung der Ruhrlade in Frage stehen mag, daß die Industrieführerschaft aus Anhängern einer politischen Linie bestand, deren Absichten auf eine neue Machtpolitik hinzielten, "die auf militärischer Grundlage beruhen müsse", und daß dieser Weg "unter Ausschluß der Öffentlichkeit in schalldichten Konferenzzimmern von mächtigen Unternehmerzirkeln festgelegt wurde, deren exklusivster und wichtigster die sogenannte Ruhrlade war" 50) so fällt es auf der anderen Seite schwer zu glauben, daß sich ein solcher Kreis von auserlesenen Industrieführern nicht ernsthaft mit politischen Problemen auseinandergesetzt haben sollte. Neben seiner geschäftspolitischen Bedeutung kam dieser Einrichtung deshalb ohne Zweifel auch eine politische zu; denn die politischen Tagesfragen richteten sich während all den Jahren zu stark auf die Industrie, als daß man glauben könnte, sie seien dort nicht - oder nur ganz am

Rande - Gegenstand von Diskussionen gewesen. 51)

Aus der Zahl der Mitglieder der Ruhrlade waren in der Öffentlichkeit zunächst eigentlich nur Albert Vögler und Paul Silverberg politisch aktiv hervorgetreten. Paul Reusch war im Bereich der Kommunalpolitik tätig.

Politischen Parteien gehörten folgende Personen dieses Kreises an: Gustav Krupp von Bohlen Halbach, Paul Silverberg und Albert Vögler der Deutschen Volkspartei, Fritz Springorum der Deutschnationalen Volkspartei, Peter Klöckner der Zentrumspariei.

Fritz Thyssen hatte seit 1923 Beziehungen zu Hitler und seiner Partei aufgenommen, von denen die anderen Mitglieder zur Zeit der Gründung der Ruhrlade aber noch keine Kenntnis hatten.

Albert Vögler war unter ihnen der einzige, der ein Mandat im Parlament innegehabt hatte, und zwar in der Nationalversammlung und in der ersten Wahlperiode des Reichstages.

Im Jahre 1933 - dem Jahre der Machtübernahme - setzte sich die Ruhrlade aus folgenden Schwerindustriellen zusammen: Paul Reusch, Paul Silverber, Albert Vögler, Ernst Poensgen, Fritz Springorum, Hermann Winkhaus, Gustav Krupp von Bohlen Halbach, Arthur Klotzbach, Peter Klöckner, Fritz Thyssen und Carl Bosch. Bisweilen nahmen in diesen Jahren auch die Leiter der beiden großen Elektrokonzerne, AEG und Siemens, Hermann Büchler und Carl Friedrich von Siemens an den Sitzungen teil.

Die Zusammenkünfte fanden bis zum Jahre 1938 statt. Zu diesem Zeitpunkt kam es im Hause von Carl Bosch unter den Teilnehmern zu Meinungsverschiedenheiten, die sich auf die nationalsozialistische Partei bezogen. Krupp von Bohlen Halbach wies entrüstet zurück, daß es innerhalb der Partei Korruptionerscheinungen geben könnte, auf die hier die Sprache gekommen war. Er verwahrte sich gegen solche Äußerungen und verließ die Ver-

sammlung. Eine solche Haltung unter den Mitgliedern der Ruhrlade ließ es ratsam erscheinen, die Zusammenkünfte nicht mehr stattfinden zu lassen, da eine freie Aussprache nach diesem Vorfall auch hier nicht mehr möglich schien. Die Ruhrlade wurde aufgelöst.

In einem anderen Sinne erlangte ein Klub der industriellen Führungsschicht politische Bedeutung, und zwar der Industrieklub in Düsseldorf, der kurz vor dem ersten Weltkrieg gegründet worden war. Vor ihm hielt Hitler am 27. Januar 1932 seine vielbesprochene Rede. In diesem Klub trafen sich als Mitglieder die namhaftesten Industrieführer des Ruhrgebiets, Vertreter der Bankenwelt, Männer der Verwaltung, Offiziere sowie prominente Angehörige anderer - der Industrie nahestehender - Kreise. 52)

Wenn man den Ausführungen Lochners folgt, der sie nach eigenen Angaben durch gründlichste und sorgfältigste Untersuchung der Vorgänge stützt, so hat sich das Auftreten Hitlers vor dieser Versammlung folgendermaßen angebahnt und vollzogen. 53) Im Spätherbst 1931 war der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Max Cohen-Reuss vom Industrieklub zu einem Vortrag eingeladen worden. Anstatt über das vereinbarte Thema, die Arbeiten des Reichswirtschaftsrates zu referieren, hielt dieser eine rein politische Propagandarede. Parteipolitische Diskussionen waren im Industrieklub jedoch unerwünscht. Mit einer Einladung an die nationalsozialistische Partei sollte - nach Auffassung Thyssen's - als Gegenstück die politische Rechte einmal zu Wort kommen. Auf Thyssen's Vorschlag hin wurde im Industrieklub beschlossen, Gregor Strasser zu einem Referat einzuladen. Als Thyssen darauf Hitler die Absicht des Industrieklubs mitteilte, bot sich dieser selbst als Redner an. So kam es, daß Thyssen dann am 27. Januar 1932 eine Rede Hitlers vor etwa vier- bis fünfhundert Zuhörern arrangierte. In einer zweistündigen Rede vermied es Hit-

ler - was vor diesem Zuhörerkreis nahegelegen hätte ein konkretes Wirtschaftsprogramm zu entwickeln. I legte sich in dieser Hinsicht in keinem Punkte fest. Nach Hitlers Ansprache bekannte sich Thyssen in seinem Schluß- und Dankwort offen und unmißverständlich zu Nationalsozialismus.

Wenn auch die Rede Hitlers für die Zuhörer selbst vielleicht nur ein beiläufiges Ereignis gewesen war, so hatte er doch rein psychologisch einen Sieg errungen, indem ihm vor einem solch erlesenen Kreis überhaupt die Möglichkeit zu sprechen eingeräumt worden war. Nach seinem Auftreten vor dem Industrieklub mußte sein Prestige in weiteren Kreisen des Volkes gewinnen.

Ein ähnlicher Zusammenschluß industrieller Führungskräfte, wie ihn die Ruhrlade darstellte, wurde später nach der Gleichschaltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie im sogenannten "Kleinen Kreis" durch Ernst Poensgen vorgenommen. Ihm gehörten "sieben maßgebende Unternehmer der Stahlindustrie des Ruhrgebiets an. "Außer Poensgen, der die Vereinigten Stahlwerke vertrat, gehörten dem Kreis an: Wilhelm Zangen für die Mannesmann-Röhrenwerke, Peter Klöckner für die Klöcknergruppe (in späterer Zeit sein Schwiegersohn Günter Henle), Friedrich Flick für die Friedrich-Flick-Kommanditgesellschaft, Hermann Reusch (später Georg Lübse) für die Gute-Hoffnungs-Hütte, Arthur Klotzbach (später Ewald Löser) für Krupp und Erich Tgahr für den Hoeschkonzern." 54)

Wie bei der Ruhrlade gab es hier monatliche Zusammenkünfte ohne jede Protokollführung der Sitzungen. Politik bestimmende Beschlüsse können in diesem Kreis kaum mehr gefaßt worden sein.

Einer anderen Gruppe von Wirtschaftsführern kommt dagegen im Hinblick auf die Verbindung Industrie - Nationalsozialismus Bedeutung zu. Hitler beauftragte der

Ingenieur und Inhaber eines kleinen Industriebetriebes, Wilhelm K e p p l e r , 55) der neben Feder und Funk einer seiner Berater in Wirtschaftsfragen war, Ende 1931 damit, eine Anzahl von Wirtschaftsführern zusammenzufassen, die dem Nationalsozialismus zur Verfügung stehen sollten, sobald dieser an die Macht gelangt war. Der später sogenannte "F r e u n d e s k r e i s" sollte damit "als Keil dienen, um in die Reihen der gesamten Schwerindustrie einzudringen". 56)

Dem Kreis gehörten in den ersten Jahren seines Bestehens an: Albert V ö g l e r (Vereinigte Stahlwerke), Hjalmar S c h a c h t , August R o s t e r g (Kali-industrie), Otto S t e i n b r i n k (Flick-Konzern), Rudolf B i n g e l (Siemens & Halske), Heinrich Schmidt (Repräsentant von Industriebetrieben aus dem niedersächsischen Raum), Ewald H e c k e r (Ilseder-Hütte), Emil Helferich und die Bankiers: Kurt von Schröder (Köln), Emil Meyer (Dresdner Bank) und Friedrich Reinhardt (Commerz- und Privatbank).

Der Kreis wurde im Laufe der Jahre erweitert. Aus der Industrie kamen später als die wichtigsten Vertreter hinzu: Friedrich F l i c k , Heinrich B ü t e f i s c h (von IG.-Farben) und Hans W a l z (von der Firma Bosch).

Ein bedeutender politischer Rang kann diesem Kreis wohl auch nicht zugesprochen werden. Aus ihm gingen dem Nationalsozialismus jedoch in einem erheblichen Maße finanzielle Subventionen zu. Zum anderen macht auch dieser Zusammenschluß deutlich, daß sich die Industrie und ihre bedeutenden Männer immer weitergehend in exklusive Gruppen, die mehr oder weniger politischen Charakter besaßen, zurückzogen.

3. Würdigung

Die abschließende Betrachtung der politischen Führungsschicht der deutschen Industrie in der Weimarer Republik kommt zu folgendem Urteil.

Die politische Revolution von 1918, die die alte Gesellschaftsordnung durch eine sozialistische ersetzen wollte, scheiterte. Für diese Tatsache gab den entscheidenden Ausschlag, daß den revolutionären Kräften - der Arbeiterschaft - die Macht unvorbereitet zufiel, so daß sich der Sozialismus weder in der Politik noch in der Wirtschaft zurecht fand. Die nach dem Kriege gebotene Gelegenheit, die Macht zu ergreifen, konnte der Sozialismus nicht wahrnehmen, da es ihm an durchgearbeiteten geistigen Grundlagen zur Durchführung ihrer politischen Absichten fehlte. "Vor dieser nebelhaften Unklarheit konnte sich die Wirtschaft leicht zur Verteidigung und zum Gegenstoß sammeln." 57)

In der 1919 gebildeten Sozialisierungskommission standen als Verteidiger der privat-kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung besonders Hugo Stinnes und Paul Silverberg hervor. Auf ihrer Gegenseite stand als Verfechter eines Systems der Gemeinwirtschaft jedoch Walter Rathenau. Die Sozialisierungsversuche scheiterten, die Industrie hatte damit einen politischen Sieg erfochten.

In diesen Nachkriegsjahren bildete sich eine politische Führungsschicht der Industrie. Dabei wurde die folgende Einsicht entscheidend: "Vor der Überfremdung durch die Politik schützt nur der Einzug in die Politik". 58) Es erfolgte in breiter Front das Vordringen der Wirtschaftsführer in die durch die neue demokratische Staatsform gegebenen Einflußstellungen, vorzüglich in das Parlament.

Durch Zusammenlegung ging 1919 aus dem "Zentralverband Deutscher Industrieller" und dem "Bund der Industriellen" als industrielle Dachorganisation der "Reichsverband der Deutschen Industrie" hervor, der als Spitzenverband der deutschen Wirtschaft erheblichen wirtschaftspolitischen wie politischen Einfluß auf das Leben der Weimarer Republik nahm. An seine Spitze trat als erster Vorsitzender des Präsidiums Kurt Sorge. Zweiter stellvertretender Vorsitzender war Carl Friedrich von Siemens. Über das Ver-

Verhältnis von Politik und Reichsverband äußerte sich 1921 durch die Sorge folgendermaßen: "Es ist heute eine Unmöglichkeit für einen führenden Wirtschaftsverband, wie ihn der Reichsverband der Deutschen Industrie darstellt, sein Tätigkeitsgebiet lediglich auf wirtschaftliche Fragen zu beschränken, da Politik und Wirtschaft enger als je miteinander verwachsen sind." ⁵⁹⁾ 1925 trat der Vorsitz im Reichsverband der Aufsichtsratsvorsitzende und Begründer der IG.-Farbenindustrien, Carl Duisberg, an, eine Wahl bedeutete, daß die chemische Industrie sich in Bedeutung gleichrangig neben die Schwerindustrie (Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie) gestellt hatte. Im Jahre 1931 folgte im Vorsitz Gustav Krupp von Bohlen und Halbach.

Neben dem Reichsverband bestanden aber noch eine Reihe von Industrieverbänden, die gesamtpolitischen Einfluß gewannen. Als der bedeutendste unter ihnen kann der "Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen", der sogenannte "Langnamverein" angesehen werden.

Den entscheidenden Schritt in die Politik taten die Industrieführer durch das Eingreifen in außenpolitische Fragen. Das Reparationsproblem zum Beispiel brachte eine Reihe von Industriellen in die Rolle ausgesprochener Politiker. Die Reparationskonferenzen sahen prominente Industrieführer als Delegierte bzw. Sachverständige. Der Bogen spannt sich hier von der Konferenz in Spa 1920 an der Stinnes, bis zur Young-Plan Konferenz in Paris 1929, an der Vögler teilnahm.

In engem Zusammenhang mit dem Reparationsproblem stand der Ruhrkampf (1923), bei dem die Ruhrindustrie zur "Seele des passiven Widerstandes" wurde. Die Wirtschaftsführer standen hier in der vordersten politischen Front. Zeugnis davon gibt, daß viele Industrielle von französischen Gerichten angeklagt und zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden. So war zum Beispiel Gustav Krupp von

Bohlen und Halbach von einem Militärgericht zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Der Verurteilung waren Zwischenfälle auf dem Gelände der Krupp-Werke vorgegangen. Als sich Krupp dem Gericht als Zeuge stellte wurde er verhaftet und wegen angeblicher Aufhetzung zu gewaltsamem Widerstand abgeurteilt. Nach mehreren Monaten Haft wurde er dann aber, nachdem der passive Widerstand abgebrochen worden war, freigelassen. In gleicher Weise wurde damals Fritz Thyssen wegen Widersetzlichkeit gegen die Besatzung und wegen Anstiftung der Arbeiterschaft zu Widerstand und Sabotage unter Anklage gestellt. Er mußte jedoch freigesprochen werden.

In den Jahren des Ruhrkampfes hatte die Industrieführerschaft ihr altes Selbstvertrauen vollkommen wiedergefunden, und sie erlangte mit ihrer wachsenden wirtschaftlichen auch eine zunehmende politische Machtstellung, die es ihr ohne Gefahr erlaubte, die entscheidenden Persönlichkeiten aus dem Parlament zurückzuziehen.

Ein weiterer Rückgang aus dem politischen Machtbereich zeigte sich deutlich in den Jahren der Prosperität. Es kann somit eine dem wirtschaftlichen Konjunkturverlauf entgegengesetzte Wellenbewegung für das politische Interesse der Industrieführerschaft aufgezeigt werden. Es erwachte nämlich die politische Aktivität erneut deutlich in den Jahren des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Dazu gehört das Bemühen um die politische Aktivierung des gesamten Unternehmertums, wie es um 1930 besonders von Carl Duisberg betrieben wurde. Allerdings gingen die Spitzenkräfte der Industrie nun nicht wie nach dem Weltkrieg (Stinnes, v. Siemens, Sorge, Vöglers, v. Raumer u. a. m.) in das Parlament, das ohnehin an Wirkung verloren hatte und immer weiter einbüßte, sondern sie nahmen nun ihre Tätigkeit weitgehend indirekt vor. In einer Parallelentwicklung waren die politischen Parteien, deren Zahl übrigens ständig gestiegen war, mehr

und mehr zu Interessenvertretungen geworden. Die politischen Ziele wurden in zunehmendem Maße außerhalb des Parlaments geformt, konkrete Gesetzesvorlagen kamen immer mehr aus dem vorparlamentarischen Raum. Das unmittelbare Vertretensein wurde dadurch vielfach überflüssig.

Es hat an Stimmen, die in den Jahren der Weimarer Republik die Industrieführerschaft immer wieder aufriefen, persönlichen, aktiven Anteil am politischen Leben zu nehmen, nie gefehlt. Dabei zeichnete sich aber um 1926 ab, welches Gewicht hierbei den Organisationen der Wirtschaft im vorparlamentarischen Raum zugemessen wurde. Das wird zum Beispiel durch das folgende deutlich: "Ein Wort über die Beeinflussung der Parlamente von außen her: ... Je stärker und innerlich tüchtiger die Organisation der Wirtschaft in Fachverbänden, in Landesverbänden, in Industrie- und Handelskammern ist, umso mehr ist es möglich, Einfluß auszuüben, und je mehr es gelingt, zwischen all diesen vielfachen Organisationen eine Einheit und eine leidliche Solidarität herbeizuführen, umso größer ist die Aussicht auf Wirkung. ..." 60) Wie gesagt, die Arbeitsüberlastung und die Erkenntnis, daß eine unmittelbare Vertretung im Parlament nicht mehr notwendig sei, hielt die Spitzenkräfte der industriellen Wirtschaft von einer weiteren Parlamentstätigkeit ab. Dies führte dazu, daß die am Beginn der Weimarer Republik auffallend im Vordergrund stehende Persönlichkeit des Wirtschaftsführers durch Vertreter von industriellen Verbänden abgelöst wurde. Es wurden sogar dahingehende Forderungen laut, die diese Entwicklung unterstützen mußten: "Wir müssen weniger Herren, die heute noch praktisch im Wirtschaftsleben stehen, in die Parlamente hineinschicken, ... wir müssen Persönlichkeiten suchen und freimachen, die Verständnis haben für alles, was uns in der Wirtschaft drückt und sich in diese Dinge einarbeiten können. Auch Syndici, über die manchmal so abfällig gesprochen wird: indem

man sagt, das Parlament sitzt voller Syndici. Diese Syndici, die sich von morgens bis abends mit den Dingen beschäftigen, die uns alle drücken, sind ganz ausgezeichnet geeignet. Kommen Beamte in den Reichstag oder die Parlamente, werden Vertreter für sie bestellt. Diese Vertreter bezahlt der Staat. Könnte es denn in der Wirtschaft nicht auch so sein, daß sowohl die Syndici und sonstigen Persönlichkeiten, die aus ihrem Beruf gerissen und in die Parlamente geschickt werden, dann eben Vertretungen selbstverständlich auf Kosten der gesamten Wirtschaft bekommen? ..." 61)

Im Jahre 1930 gab der Leiter des Langnamvereins, Max Schlenker, die Anregung, es sollten sich zum Zwecke der größeren politischen Regsamkeit "die größeren Unternehmungen neben den kaufmännischen und technischen Direktoren besondere politische Direktoren halten, deren Aufgabe es wäre, die Interessen der Industrie im politischen Kampf wahrzunehmen". 62)

Diese Äußerungen spiegeln im Grunde den Wunsch wieder, an den demokratischen Methoden festzuhalten. Gleichzeitig aber erhob sich in der industriellen Führungsschicht das dringende Verlangen nach stabilen politischen Verhältnissen. Die Kontinuität der Arbeit der obersten staatlichen Organe war durch dauernden Regierungswechsel und durch die häufige Auflösung des Reichstages erheblich gestört. Um 1930 zeigten sich in der Industrieführerschaft deshalb stärkere Sympathien für einen totalitären Staat, "und selbst dann ((zur Zeit der großen Wirtschaftskrise um 1929/30)), in jenem für die gesamte Wirtschaft so kritischen Moment, war die Industrie, ... in der Frage gespalten, ob sie den Nationalsozialismus unterstützen solle". 63)

Die frühen Beziehungen Industrieller zum Nationalsozialismus sowie das politische Verhalten der industriellen Führungsschicht in der Übergangszeit zu Beginn der dreißiger Jahre werden bei der Würdigung der Epoche des Dritten Reiches behandelt.

B. Das Dritte Reich 1933 / 1945

1. Politische Ereignisse

Das Ende des ersten Weltkrieges hatte in der politischen und gesellschaftlichen Struktur tiefgreifende Verschiebungen gebracht. Bedeutende Veränderungen im Wirtschaftsgefüge waren erfolgt. Diese Vorgänge wurden mit den nun folgenden Ereignissen jedoch bei weitem in den Schatten gestellt.

1933 trat an die Stelle der parlamentarischen Demokratie die D i k t a t u r . Alle Bereiche des menschlichen Lebens wurden einer Partei, einer Person untergeordnet. Diese Phase der deutschen Geschichte wird als die Zeit des D r i t t e n R e i c h e s bezeichnet.

Die Herrschaft der Nationalsozialisten läßt sich - wie die Weimarer Republik - aus einer wirtschaftlichen und politischen Betrachtung in drei markante Zeitabschnitte einteilen. Das rein politische Geschehen dominierte jedoch in allen diesen Perioden, ihm war alles andere Leben untergeordnet.

Die ersten Jahre bildeten die Periode der Festigung der Macht. Die demokratische Ordnung wurde systematisch zerschlagen. Alle Bereiche innerhalb und außerhalb des Staates wurden auf den neuen Führerstaat ausgerichtet. Es war die Zeit der G l e i c h s c h a l t u n g . Diese Bestrebungen waren im Jahre 1936 vollkommen abgeschlossen.

Von hier ab begannen in einer zweiten Periode die Jahre der intensiven P l a n u n g . Diese richtete sich auf die kommenden politischen, das heißt militärischen Auseinandersetzungen mit der übrigen Welt. In diese Jahre fielen bereits die ersten Machtproben des neuen Regimes. Sie brachten u.a. die Rheinlandbesetzung, die Besetzung Österreichs.

Die dritte und letzte Phase schließlich ist erfüllt durch die Jahre des zweiten Weltkrieges. In ihm kam es zur straffsten Zusammenfassung aller Bereiche des Staates, dessen Ende hereinbrach, als mit dem militärischen auch der politische und wirtschaftliche - der totale Zusammenbruch im Jahre 1945 - erfolgte.

2. Die Stellung der industriellen Wirtschaft im nationalsozialistischen Reich

Die Nationalsozialisten hatten gegenüber den Fragen, die die Wirtschaft angingen, von vornherein nur ver-schwommene Vorstellungen und Urteile. Diese wurden meist hinter Schlagworten versteckt gehalten. Auch in ihrem Parteiprogramm ⁶⁴⁾ waren nur allgemein gehaltene For-derungen aufgestellt. Dazu äußerte sich Schacht nach dem Kriege folgendermaßen: "Beim nationalsozialisti-schen Programm fiel ... eine gewisse geistige Armut auf. Zum Beispiel waren die Wirtschaftsfragen sehr stiefmütterlich behandelt. 'Gemeinnutz geht vor Eigen-nutz' und 'Brechung der Zinsknechtschaft' erschöpften fast den wirtschaftspolitischen Teil des Programms, zwei Schlagworte ohne konkreten Inhalt, aber von überragen-der Durchschlagskraft. Dabei konnte sich jeder alles den-ken." ⁶⁵⁾

Genau das gleiche galt von den nationalsozialistischen Vorstellungen eines Ständestaates, den man vor der Macht-übernahme als ein erstrebenswertes Ziel hingestellt hatte. Danach sollte das Staatswesen zusätzlich von einem Par-lament, das aus den Vertretern der verschiedensten Be-rufsgruppen gebildet werden sollte, regiert werden, und nicht allein von einem Parlament des Volkes, das sich aus den Abgeordneten bestimmter Wahlkreise und bestimm-ter politischer Parteien zusammensetzt. Zu einer ernsthaften Durchführung dieses Gedankens ist

es dagegen nie gekommen, wenn auch verschiedene Bezeichnungen aus dem Dritten Reich auf einen solchermaßen gegliederten Staat hinzudeuten scheinen (z.B. Reichsnährstand). Auch der Spitzenverband der deutschen Industrie, der "Reichsverband der Deutschen Industrie" wurde zunächst in "Reichsstand der Deutschen Industrie" umbenannt, wenig später änderte er dann aber seinen Namen erneut, und zwar in "Reichsgruppe der Deutschen Industrie". Hinter all dieser irreführenden nationalsozialistischen Terminologie verbarg sich aber nur die wahre Absicht, die Wirtschaft in all ihren verschiedenen Bereichen durch eine entsprechende Neuorganisation zusammenzufassen, um damit eine bessere Möglichkeit zur Lenkung und Überwachung der einzelnen Wirtschaftszweige und zur personellen Neubesetzung der entsprechenden Stellen zu haben. Es kamen dabei den Nationalsozialisten die vielen bereits vorgebildeten und eingespielten Organisationen und Selbstverwaltungskörper der Industrie sehr zugute, die sie nur in ihrem Sinne zu besetzen und umzugestalten brauchten.

In Punkt 13 des nationalsozialistischen Parteiprogramms wurde die Forderung erhoben, die bereits vergesellschafteten Betriebe (Trusts) zu verstaatlichen. Der Wirtschaftsberater Hitlers, der Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder, hatte jedoch lange vor der Machtübernahme diesen Programmpunkt dahingehend kommentiert, daß kaum ein Unternehmer die Verstaatlichung zu befürchten brauchte. Denn von einer Verstaatlichung ausgenommen bleiben sollten nach Feder "die wirklich großen Schöpfer unserer Schwerindustrie, die Krupp, Kirdorf, Thyssen, Abbé, Mannesmann, Siemens".⁶⁶⁾ Damit wurde fast die gesamte Schwerindustrie von dieser Forderung ausgenommen, die kleinen und mittleren Unternehmen wurden von diesem Programmpunkt ohnehin nicht betroffen.

Zu einer Sozialisierung in des Wortes eigenster Bedeutung ist es dann während der nationalsozialistischen Zeit auch nicht gekommen. Ein dahingehendes Bestreben

wurde im Verlauf des Regimes aber auch überflüssig, da die "Durchstaatlichung der Wirtschaft" (Stolper) ähnliche, teils gleiche, teils schärfere Züge als eine verstaatlichte - sozialisierte - Wirtschaft zeigte.

Mit dem "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" ⁶⁷ wurde im Januar 1934 das Führerprinzip auf jeden einzelnen Betrieb übertragen. Das Gesetz bestimmte außerdem, daß jährlich Vertrauensmänner gewählt werden mußten, die zusammen von den leitenden Persönlichkeiten der Betriebe und Parteibeauftragten vorzuschlagen seien. Die Gefolgschaft hatte nur das Recht, ja oder nein zu sagen; echte Wahlen wie ehemals bei der Bestellung der Betriebsräte fanden nicht mehr statt. "Gab das Gesetz dem Betriebsführer eine starke Machtstellung, so war er doch nicht einfach 'Herr-im-Hause' geworden, wie manche Unternehmer gehofft hatten, als sie das Bündnis mit Hitler eingingen." ⁶⁸)

Die Industrieführer sahen sich hingegen vor eine vollkommen andere Entwicklung gestellt, als sie sie vielfach zu Beginn angenommen und erhofft hatten. Die Verkündung des Vierjahresplanes mußte Hitlers Absichten und Ziele dann aber jedem Industriellen deutlich machen. Es wurde offenkundig, daß Hitler einen anderen Weg ging, als ihn die deutsche Wirtschaft für richtig hielt, da alle Planung auf Krieg abzielte.

Mit der Durchführung des Vierjahresplanes wurde Hermann Göring betraut. Er war kein Wirtschaftsfachmann, aber darauf kam es nun nicht mehr an. Die Hauptsache war, daß gewisse Aufgaben erledigt wurden, wie und von wem, das spielte nicht die entscheidende Rolle. Wichtig war, daß ihre Erfüllung im Sinne des politischen Konzepts des Nationalsozialismus erfolgten. Damit wurde einmal mehr klar, daß sich Hitler auch in wirtschaftlichen Fragen keineswegs an seine ehemaligen Äußerungen gebunden sah, wie er sie in seinem Buch "Mein Kampf", dem die Bedeutung eines ausführlichen Parteiprogramms gleichkam,

publiziert hatte: "Der völkische Staat duldet grundsätzlich nicht, daß über Belange besonderer, zum Beispiel wirtschaftlicher Art Menschen um Rat oder Urteil befragt werden, die auf Grund ihrer Erziehung und Tätigkeit nichts von der Sache verstehen können. Er gliedert deshalb seine Vertretungskörper von vornherein in politische und ... ständische Kammern." 69)

Göring äußerte sich bei der Übernahme seines Amtes 1936 folgendermaßen, und seine Aussprüche lassen deutlich werden, wie wenig es dem Regime in Wahrheit auf die mit Wirtschaftsfragen vertraute Persönlichkeit ankam und wie viel mehr es dagegen galt, gewisse politische Zielsetzungen bedingungslos durchzusetzen, wobei der Wirtschaftsführer, der Fachmann hinter die politische Sache zurücktreten mußte. "Der Führer hat mir ein schweres Amt übertragen. Ich habe mich nicht vorgeedrängt. Ich habe genug zu tun und zu arbeiten. Außerdem ist die Wirtschaft nicht mein Fach. Aber ich bin bereit, alles einzusetzen, nicht als Fachmann - das sage ich ganz offen - nicht als großer Wirtschaftskopf und noch größerer Unternehmer, aber mit unbändigem Willen, mit einem glühenden Glauben an die Größe meines Volkes und mit einem leidenschaftlichen Herzen, aus dem allein Großes geschaffen werden kann. Ich komme nicht als Fachmann. Der Führer schickt mich allein, einzig und allein als Nationalsozialist." 70)

Für die Kennzeichnung der folgenden Entwicklung läßt sich am besten eine weitere Ausführung von Göring anführen, die er am 14. Oktober 1938 vor seinem Planungsstab machte: "Ich habe vom Führer den Auftrag, die Rüstung abnorm zu steigern. ... Ich werde die Wirtschaft, wenn es notwendig ist mit brutalen Mitteln umdrehen, um dieses Ziel zu erreichen. Es ist jetzt der Augenblick da, wo die Privatwirtschaft zeigen kann, ob sie noch eine Daseinsberechtigung hat. Wenn sie versagt, gehe ich rücksichtslos zur Staatswirtschaft über. Ich werde von den mir vom Führer erteilten Generalvoll-

machten barbarisch Gebrauch machen. ..." 71)

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft zur "Wehrwirtschaft", wie sie die politischen Zielsetzungen erforderte, machte die Bildung neuer industrieller Schwerpunkte notwendig. Sie zeigten sich im industriellen Sektor in einer bevorzugten Stellung der Rüstungsindustrie. Allerdings kam es hier zur straffsten Zusammenfassung erst in den Kriegsjahren. Die allgemeine Verschiebung der industriellen Produktion auf die kriegswirtschaftlichen Güter erfolgte im eigentlichen erst in den letzten Jahren des Regimes. 72) Größere Bedeutung erlangten im Hinblick auf eine Bildung neuer industrieller Schwerpunkte die "staats-eigenen" Betriebe. Hier kam es besonders durch die Errichtung der "Reichswerke Hermann Göring" (am 15. Juli 1937) im mitteldeutschen Raum zu einem neuen industriellen Zentrum in Deutschland. Die Hermann Göring Werke, deren Eigentumsrechte weitaus beim Staate lagen, entwickelten sich zu einem der größten Konzerne der Welt. Dieser "rückte damit in die oberste Größenklasse der Aktiengesellschaften, welche sogar über die IG.-Farbenindustrie, die Vereinigten Stahlwerke weit hinausging". 73) Die Einstellung der Großindustrie des rheinisch-westfälischen Raumes war aus verschiedenen Gründen gegen diese Neugründung gerichtet.

Schließlich sei noch auf die im Gefolge des Übergangs von der "Wehr-" zur "Kriegswirtschaft" erfolgte organisatorische Neugliederung hingewiesen, die der Industrie ihren endgültigen Platz als untergeordneter Faktor der Staatspolitik anwies. Einzelheiten können hier nicht interessieren. Den einzelnen der industriellen Wirtschaft übergeordneten Planungs- und Lenkungsorganen, die dazu in einer ständigen Um- und Neubildung begriffen waren, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht nachgegangen werden. Es muß aber auf folgendes hingewiesen werden: Funk wurde 1938 zum 'Generalbevollmächtigten der Wirtschaft' ernannt. Ende 1939 trat Göring an seine Stelle, und gleichzeitig wurde ein 'Generalrat der Wirtschaft' gebildet.

"Es gab nunmehr drei Führungsstellen im Bereich der Kriegswirtschaft: 1. den am 30. August 1938 geschaffenen "Ministerrat für die Reichsverteidigung", der "zur einheitlichen Leitung der Verwaltung und Wirtschaft" Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen konnte, insbesondere die großen politischen Aufgaben lösen sollte und zum Beispiel die erste Kriegswirtschaftsverordnung erließ; 2. die Dienststelle der Vierjahresplanorganisation mit der Behandlung der Rohstofffragen, und 3. den "Generalrat der Wirtschaft", bei dessen Bildung Funk praktisch in den Hintergrund gedrängt und weitgehend durch den Staatssekretär Körner als dem Stellvertreter Görings ersetzt wurde.

Dieser "Zug zur Zentralisation, zur Verlagerung aller wichtigen Entscheidungen in die Behörden spitzen", wurde im Laufe der Kriegsjahre immer stärker. 74)

3. Die neue politische Stellung der industriellen Führungsschicht

Die neue Stellung der industriellen Führungsschicht wurde in einem Vortrag, 75) den von Papen am 9. Oktober 1933 vor Industriellen hielt, gekennzeichnet. Die wichtigsten Ausführungen, die der politischen Führungsschicht der Industrie galten, waren dabei folgende: "In unserem Staate ist der Unternehmer ein gleichberechtigter Soldat in der gewaltigen Arbeitsfront des deutschen Volkes. ... Die letzten Jahrzehnte standen in Deutschland unter dem Zeichen des Kampfes um die Vorherrschaft zwischen Politik und Wirtschaft. Nach den trüben Erfahrungen, die wir gemacht haben, wird niemand von ihnen mehr darüber im Zweifel sein, daß der Primat der Politik gehört. ... Wir hatten uns in den letzten Jahren daran gewöhnt, daß die Wirtschaft oder ihre verantwortlichen Führer in die Staatsgeschäfte hineinredeten. Wir waren daran gewöhnt, daß Banken-Konsortien, große Industriekonzerne oder last not least Arbeiter- oder Unternehmerparteien der Politik

ihre Direktiven gaben. ... (Es) kann also kein Zweifel bestehen, daß der Primat im Kampfe zwischen Wirtschaft und Politik unter allen Umständen der letzteren gebührt. ... Der Unternehmer hat also nicht die Aufgabe, Politik zu machen, das muß er dem leitenden Staatsmann überlassen. ... Heute haben wir eine starke, zentrale Staatsführung, die auch dem Wirtschaftsleben Stabilität und ruhige Entwicklung verbürgen und sichern kann. ..." Diese Darlegungen sprachen aus, daß die bisherige politische Einflußnahme der Industrie für die Zukunft untersagt wurde. Die Stellung der Industrie zur Politik hat sich dann auch folgerichtig im Sinne des totalitären Staates und damit nach den wahren Absichten und Zielen - dem ungeschriebenen Programm - der NSDAP entwickelt. Die Wirtschaft mußte sich der Politik voll und ganz beugen, sie wurde reines Machtinstrument der Politik.

Zu dieser Entwicklung traf im Jahre 1943 zu einem Zeitpunkt, da sich das Regime bereits seinem Ende näherte, Erich Welter folgende Feststellungen.⁷⁶⁾ Er sagte rückblickend, daß sich "das Verhältnis von Staat und Industrie in den letzten zehn Jahren mit einer Geschwindigkeit und elementaren Kraft gewandelt (habe) wie nie zuvor". Als Ergebnis dieser Wandlung ward die Industrie zu einem vollkommenen "Instrument des Staates" geworden.

Natürlich mußten dabei die Führungskräfte der Industrie in ein entsprechendes Verhältnis zum Staat gelangen. Die Führungsschicht der Industrie geriet in eine vorher nie geahnte Abhängigkeit zum Staate. Dieser Vorgang entzog der Industrieführung - von verschwindend wenigen Ausnahmen abgesehen - die Möglichkeit, die politischen Dinge in aktiver Mitarbeit zu gestalten. Den Führungskräften der Industrie war somit im politischen Bereich nicht annähernd die Stellung eingeräumt, die sie in der Weimarer Republik innehatten, wo sie in politische Entscheidungen eingreifen konnten und vielfach politische Aufgaben selbst übernahmen.

In den Jahren des Dritten Reiches wurden die Spitzen-

stellungen des Staates so gut wie nie mit Kräften aus der industriellen Führungsschicht besetzt. Das galt auch für die mit der Wirtschaft unmittelbar in Zusammenhang stehenden Einflußstellungen: "Der Beauftragte für den Vierjahresplan, der Reichswirtschaftsminister, der Minister für Bewaffnung und Munition - all diese und viele andere wirtschaftspolitische Kommandostellen sind ausnahmslos mit Persönlichkeiten besetzt, die nicht dem eigentlichen Unternehmertum entstammen. Ganz vereinzelt taucht - man denke an den Reichsbeauftragten für Chemie Krauch oder den Generalreferenten Kehrl - in den für die Wirtschaft wichtigen Staatsstellungen auch eine Unternehmerpersönlichkeit auf. Aber dabei handelt es sich bisher meist um Spezialaufgaben, um Sachverständigenfunktionen, nicht um die Wirtschaftspolitik in ihrer Gesamtheit. Mit deren Führung finden wir Soldaten, Verwaltungsbeamte, Juristen, Nationalökonomien, Wirtschaftspublizisten, Künstler betraut, aber keine industriellen Unternehmer." 77)

Die Führungsschicht der Industrie mußte also von fast jeder politischen Einflußnahme absehen. Die Folge der politischen Unterordnung war, daß sich die Wirtschaftsführer in ihre Betriebe zurückzogen. Nach außen hin wurde dieser Vorgang folgendermaßen erklärt: "Es hängt wohl mit dem Charakter der Deutschen, aber auch mit dem mitreißenden Schwung der gesetzten Ziele zusammen, daß die deutschen Industriellen von Anfang an den Parolen der Führung mit so viel gutem Willen gefolgt sind. ... Daraus erklärt sich auch, daß im Führerkorps der industriellen Unternehmungen, wenn man das Gesamtbild betrachtet, nur ganz wenige Änderungen einzutreten brauchten. Das ist um so bemerkenswerter, als sich, worauf Gauwirtschaftsberater Avieny (Vortrag z. Eröffnung des Hauses der Wirtschaft in Frf.-M. - 3. Juli 1942) hingewiesen hat, anfangs nur eine verhältnismäßig geringe Zahl führender Wirtschaftsleute zum Nationalsozialismus bekannt hatte." 78)

Wie aus diesem Zitat hervorgeht - und wie es sich leicht nachträglich überprüfen läßt - hatten sich innerhalb der industriellen Führungsschicht in der Zeit des nationalsozialistischen Reiches nur relativ geringe Veränderungen in der personellen Besetzung bei den einzelnen Betrieben ergeben. Diese Feststellung stützt jedoch keineswegs den Schluß, daß sich die industrielle Führungsschicht mit dem politischen Vorgehen und den Zielen des Nationalsozialismus einverstanden erklärt hat.

Nach ihrer vollständigen Ausschaltung von der Gestaltung des politischen Lebens, beschränkten sich die Wirtschaftsführer allein auf ihre Aufgaben innerhalb ihrer Unternehmungen und Betriebe. Diese Stellungen verteidigten sie; und sie konnten diese mit Erfolg verteidigen, da sie dort - in den Führungspositionen der einzelnen Betriebe - meist unersetzlich waren und von dem nationalsozialistischen Staat gebraucht wurden.

Die politische Führungsschicht der Industrie, die sich in der Weimarer Republik gebildet hatte, war - wie jede andere Führungsschicht innerhalb des Staates - von der politischen Einflußnahme ausgeschlossen worden. Dies geschah, obwohl sie diesem totalitären Staat zu Beginn nicht unsympathisch gegenüber gestanden und seinen Aufstieg begünstigt hatte.

Im Zuge der Herausbildung eines rüstungswirtschaftlichen Schwergewichts im industriellen Raum, mußte für den nationalsozialistischen Staat eine besondere Gruppe von Industrieführern Bedeutung erlangen. Davon legen die folgenden Ausführungen Speers ein Zeugnis ab: "Führende Köpfe der Industrie, wie P l e i g e r , der die gesamte Kohlenwirtschaft leitet, K r a u c h , der den chemischen Sektor ... ausgebaut hat, R ö c h l i n g , der durch seine großen Erfahrungen und durch seine Tatkraft die Erzeugung des Eisens auf eine Rekordhöhe brachte, R o l a n d , der die Panzerherstellung hochtrieb, W e r n e r , der die Flugmotoren auf eine ungeahnte Höhe gebracht hat, F r y d a g und Heyne, die

die Flugzeugzellen und Ausrüstung vervielfacht haben, G e i l e n b e r g , der die Munition diktatorisch leitet, T i x , der die Waffenherstellung vervielfachte, D e g e n k o l b , der die Lokomotivproduktion bedeutend steigerte, aber auch P o r s c h e , der für die Entwicklung der Panzer, M ü l l e r , als 'Kanonnen-Müller' bekannt, der für die Entwicklung unserer Geschütze und sonstiger Waffen, und W o l f f , der für die Entwicklung der Munition gemeinsam mit den Wehrmachtteilen die Verantwortung trägt, ... sie alle sind nur die Spitzen von weiteren zahlreichen Köpfen, die aus den besten Werken der Industrie heraus mit ihren Kenntnissen ..." 79) innerhalb der nationalsozialistischen Wirtschaft eine hervorragende Stellung einnehmen mußten.

In einem engen Zusammenhang mit dieser vorgenannten Gruppe standen auch die neuen Führungskräfte der vom nationalsozialistischen Staat in eigener Regie ausgebauten oder neuerrichteten Werke. Die überragende Stelle nahmen hier die sogenannten Hermann Göring Werke ein. Paul P l e i g e r , Hitlers Beauftragter für das Projekt der Hermann Göring Werke ist gerade erwähnt worden.

Im Zuge der nun einsetzenden organisatorischen Neugliederung der Industrie unter Bildung von sogenannten Ausschüssen und Ringen, "durch Zusammenschlüsse von Betrieben bzw. Betriebsabteilungen gleicher Fertigung unter autoritativer Führung eines anerkannten Industriefachmannes aus dem betreffenden Fertigungsgebiet", 80) wurden den einzelnen Unternehmern die ihnen noch verbliebenen Freiheiten nahezu vollständig genommen. Die bisherige fachliche Organisation der Industrie blieb neben der nun vorgenommenen (für die Kriegsindustrie wichtigen) fertigungsmäßigen Gliederung jedoch bestehen; damit zeigten sich im Bereich der Industrie alle Mängel einer überorganisierten Wirtschaft. Die Vielzahl der Lenkungsorgane und der sie befehligenden Führungskräfte brachte eine dauernde Überschneidung in

Zuständigkeitsfragen: statt die gewünschte Transparenz zu erhalten, schaffte man in vielen Bereichen der Wirtschaft - und besonders im industriellen - eine komplizierte Verwirrung.

Am Ausbau des "Hermann Göring Konzern" hatte auch Hermann Röchling, der Sympathien für den Nationalsozialismus bereits vor der Rückgliederung des Saargebiets gezeigt hatte, 81) besonderen Anteil. Im ganzen gesehen führten diese Betriebe aber einen neuen Typ - einen politisch-wirtschaftenden Typ (wobei der Tenor auf 'politisch' liegt und damit kenntlich machen soll, daß ein besonderes enges Verhältnis zum nationalsozialistischen Reich bestand,) - in den Vordergrund.

Die Kriegswirtschaft entzog der alten industriellen Führungsschicht dann weiter das Fundament. Nach dem Tode des Ministers für Bewaffnung und Munition, des Ingenieurs Fritz Todt, wurde der Architekt Albert Speer mit diesem Posten betraut. Die Kriegsindustrie erfuhr nach diesem Wechsel einen enormen Aufschwung. "Er wurde vor allem durch neue Methoden der industriellen Führung bewirkt". 82) Die gesamte Rüstungsproduktion wurde durch das Ministerium Speer in straffster Art zentralisiert. "Dieses Ministerium hatte zu bestimmen, in welchen Betrieben und nach welchen Methoden produziert wurde." 83). "Notwendig wurden dabei neue Wege der industriellen Führung. Sie bestanden einmal darin, möglichst junge, unverbrauchte Führungskräfte anzusetzen ("In meinem Ministerium soll keiner älter sein als ich"), und zum anderen darin, die besten technischen Fachkräfte, und zwar Ingenieure aus der Wirtschaft, einzusetzen." 84)

4. Politische Typisierung der industriellen Führungskräfte

Aus ihrer politischen Haltung - d.h. aus ihrer Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus - lassen sich fünf Typen

von Industrieführern herausstellen, wobei betont werden muß, daß diese Aussagen mit den Vorbehalten aufgenommen werden müssen, die solchen Typisierungen gegenüber allgemein angebracht sind. Das aus den vergangenen Jahren überkommene Vokabular kann hierbei geeignete Verwendung finden.

In einer ersten Gruppe stehen die "alten Kämpfer" aus den Reihen der Industrieführung, das heißt, es sind dies die Männer, die in den frühen Jahren - also bereits zu Anfang der dreißiger Jahre - in Verbindung mit der nationalsozialistischen Partei gekommen sind. Sie hatten sich damit lange vor der eigentlichen Machtübernahme zum Nationalsozialismus bekannt und ihn in seinem Emporkommen gefördert. Daß sich diese Industrieführer in den wahren Absichten Hitlers getäuscht hatten oder sich täuschen ließen, und daß sie später aus dieser Erkenntnis auch zum Teil ihre Konsequenzen zogen, spielt hier zunächst keine Rolle.

Ihre Gründe, die sie mit der jungen Partei in Berührung brachten, waren verschiedener Art. Ganz allgemein sahen sie im Emporkommen des Nationalsozialismus ein Gegengewicht gegen den ständig wachsenden Kommunismus im Lande. Überhaupt hatte man in den Kreisen der industriellen Führungsschicht es nicht ungern gesehen, daß die Nationalsozialisten in den Betrieben an Zahl zunahmen, da diese ein wirkungsvolles Gegengewicht gegen die Anhänger der kommunistischen Partei bildeten. Daneben erhofften sie sich allgemein Vorteile durch einen autoritär geführten Staat für die Entwicklung der Industrie. In engem Zusammenhang damit stand der Wunsch vieler Industrieller nach Wiedereinführung der Monarchie in Deutschland. Schließlich sahen sie teilweise auch in der Errichtung einer ständischen Gesellschaftsordnung, die von den Nationalsozialisten in Aussicht gestellt war, ein Ideal.

Zwei Persönlichkeiten aus der Schwerindustrie verkörpern diesen Typ: Fritz Thyssen und Emil Kirdorf. Fritz Thyssen, der spätere Hauptaktionär der Ver-

einigten Stahlwerke, war schon im Oktober 1923 über Ludendorff mit den Nationalsozialisten in Kontakt gekommen. Bereits damals hatten diese von ihm einen bedeutenden Geldbetrag zur Verfügung gestellt bekommen.⁸⁵ Von 1928 an wurde die Partei dann von ihm fortlaufend subventioniert. Die Gelder erhielt zum Teil Hermann Göring, zu dem Thyssen etwa 1930 in freundschaftliche Beziehungen getreten war, zum Teil auch Walther Funk, der als einer der wichtigsten Wirtschaftsexperten der Partei galt, und der - beispielsweise gegenüber Gottfried Feder - gemäßigte wirtschaftspolitische Ansichten in der Partei vertrat. Später war Gottfried Feder auf das Betreiben Schachts hin als wirtschaftspolitischer Berater Hitlers durch Walther Funk, den Chefredakteur der 'Berliner Börsenzeitung' abgelöst worden. "Schacht achtete darauf, daß Feder als Berater Hitlers in Wirtschaftsfragen einen Nachfolger erhielt, der mit den Wünschen der Industriellen besser übereinstimmte: Doktor Walther Funk, einen Wirtschaftsjournalisten, der später Wirtschaftsminister wurde." ⁸⁶)

Über die Gründe, die Thyssen zu so früher Zeit zu einem Anhänger Hitlers werden ließen, gehen die Meinungen auseinander: Sicher sind beide der im folgenden wiedergegebenen Gründe für Thyssen's frühe Sympathie dem Nationalsozialismus gegenüber gleich stark bestimmend gewesen. "Dem gläubigen Katholiken, der er war, hatten die bekannten Enzykliken der Päpste Leo XIII. und Pius XI. über die soziale Frage tiefen Eindruck gemacht. Pius XI. trat für eine politisch-soziale Ordnungsform ein, die unter dem Namen 'Ständestaat' geläufig ist. Hitler bekannte sich Thyssen gegenüber zu diesem Konzept." ⁸⁷) Ein weiterer Grund war die monarchistische Haltung Hitlers den Industrieführern gegenüber: " "Ich dachte damals", berichtet Fritz Thyssen, "daß Hitlers Amtsübernahme als Kanzler nur ein Übergangsstadium sei, das zur Wiedereinführung der deutschen Monarchie führen würde. Im September 1932 lud ich eine Reihe von Herren in mein Haus ein, damit sie Hitler ihre Fragen stellen könn-

ten. ... Bei dieser Gelegenheit sagte er in deutlichen und eindeutigen Ausdrücken, daß er lediglich der Schrittmacher der Monarchie sei." " 88)

"Thyssen war überzeugter Monarchist. Hitler erweckte in ihm und vielen anderen den Glauben, daß er die Monarchie wiederherstellen werde." 89)

Die Entwicklung im Dritten Reich, die schließlich dazu führte, daß Hitler am 1. September 1939 Polen den Krieg erklärte, machte aus Thyssen, dem ersten namhaften Anhänger Hitlers aus den Reihen der Industrieführerschaft, einen erbitterten Gegner des Regimes. Er "brachte als einziger von ungefähr 600 Abgeordneten den Mut auf, ein Veto gegen den Krieg einzulegen, (das telegrafisch übermittelt wurde) ... "Thyssens Enttäuschung mündete später in aktiven Widerstand gegen den Nazismus, in der Flucht aus Deutschland und in der Beschlagnahme seines großen Vermögens durch jenen Mann, dem er im Laufe der Jahre eine runde Million Mark zugewendet hatte." 90)

Thyssen wurde nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Frankreich, wohin er sich nach seiner Flucht aus Deutschland begeben hatte, verhaftet und in ein Konzentrationslager gebracht.

Frühe Sympathien für die Nationalsozialisten hatte auch Emil K i r d o r f . Als Gründer des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats und in seiner Stellung als langjähriger Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG. war er einer der bedeutendsten Wirtschaftsführer seiner Zeit. Seine frühen Beziehungen zum Nationalsozialismus sind folgendermaßen gedeutet worden: Es "muß Kirdorf in der keimenden Hitlerpartei eine Neuaufgabe der krisenbedingten kleinbürgerlichen Bewegung der Bismarckzeit gesehen haben, die von dem kaiserlichen Hofprediger Adolf Stöckel geführt wurde und die sowohl gegen das liberale Bürgertum als auch gegen die Sozialdemokraten focht. In den Augen Kirdorfs, eines überzeugten Feindes des Christentums, der seinem Landgut den Namen Streithof gab, sah eine neuheidnische Ge-

stalt wie Hitler vermutlich noch anziehender aus. ... Für Hitler hinwieder eröffnete seine Verbindung mit dem bärtigen Teutonen, dem er durch Otto Dietrich und Reismann-Grone vorgestellt wurde, Zugang zu den politischen Fonds der Ruhrindustrie." 91)

Dazu übereinstimmend wird an einer anderen Stelle folgendes über ihn ausgesagt: Kirdorf, "ein Freund Walther Funks ... hatte mit der Weimarer Republik nicht viel im Sinn. ... Hitlers Kirchenhaß und seine Verdammung der Weimarer Republik konnten nicht verfehlen, diesen streitsüchtigen Einzelgänger anzusprechen. Nazienthusiast war er schon seit 1923. Zur ersten Begegnung mit Hitler kam es aber erst 1927." 92)

Trotz dieser sehr prominenten frühen Anhänger Hitlers aus der Industrie, darf nicht der verallgemeinernde Schluß gezogen werden, durch die gesamte Industrieführerschaft sei Hitler gestützt worden, denn sowohl Thyssens wie Kirdorfs Bemühungen reichten nicht aus, die industrielle Führungsschicht - auch nur zum überwiegenden Teil - in das nationalsozialistische Lager zu führen. Beide Wirtschaftsführer waren sozusagen Einzelerscheinungen; denn eine Liste von Industrieführern, die dem Nationalsozialismus frühe Gefolgschaft geleistet haben, wird neben diesen Namen nur wenige andere - und dazu weit unbedeutendere - enthalten.

"Kirdorfs offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus, sein Besuch des NSDAP-Parteitages in Nürnberg 1929, sein offener Brief, in dem er Hitler seine Anerkennung aussprach, und selbst die Hilfgelder aus dem Ruhrschatz, die er als erster der Partei zugänglich machte, reichten nicht hin, die Lage zu ändern und Nazi und Unternehmer unter einen Hut zu bringen." 93) Das gleiche trifft genau für die entsprechenden Bemühungen Thyssens zu; große Resonanz in der Industrieführerschaft fanden sie nicht.

Eine zweite Kategorie bilden die "Überläufer" und "Mit-

läufer", und zwar sind das jene Männer aus den Kreisen der Industrieführung, die dem Nationalsozialismus bis zu dessen Machtantritt zum Teil in scharfer Ablehnung gegenübergestanden hatten. Als sich die politischen Ereignisse jedoch zugunsten der nationalsozialistischen Partei entwickelt hatten und eine Änderung der Verhältnisse zunächst nicht abzusehen war, traten die Männer, die diese Gruppe repräsentieren in eindeutiger Stellungnahme für das neue Regime ein. Hier müssen stellvertretend folgende Persönlichkeiten aus der industriellen Führungsschicht genannt sein: in erster Linie Alfred Krupp von Bohlen und Halbach, dessen Bemühungen um die Gleichschaltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (Präsident von 1931 bis 1934) an dieser Stelle erwähnt werden müssen. Es sind aus einer Vielzahl von Wirtschaftsführern hier ferner zu nennen: Albert Vögler, Fritz Springorum, Wilhelm Zangen.

Alfred Krupp von Bohlen und Halbach war als Beherrscher eines der größten Eisen- und Stahlunternehmen Deutschlands kein Industrieführer in des Wortes eigentlicher Bedeutung. Er war vielmehr "der Vermögensverwalter seiner Frau". Aber gerade aus dieser persönlichen Verfügungsgewalt über das bedeutendste Familienunternehmen Deutschlands erwuchs ihm politischer Einfluß, und seine Handlungen in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft lassen ihn aus einer bestimmten Perspektive als großen Nationalsozialisten erscheinen. Die Aussagen eines Wirtschaftsführers, der in den Jahren des Dritten Reiches stets in einem scharfen Gegensatz zur Partei gestanden hat, zeichnen für Krupp jedoch nachträglich das folgende Bild: "... In normalen Zeiten war er ein hervorragender Präsident ((des Reichsverbandes der Deutschen Industrie)). Aber den Verhältnissen, wie sie sich im Jahre 1932/33 entwickelten, war er nicht gewachsen. Er war kein Unternehmertyp. ... sondern fühlte sich ... als Verwalter des

Vermögens seiner Frau und als Wahrer der Tradition des Kruppschen Hauses. ... Nachdem Hitler zur Macht gekommen war, ordnete er sich unter, obwohl er - wie mir bekannt - Hitler vorher strikt abgelehnt hatte. ..." 94)

Zu einer dritten Gruppe unter den Industrieführern, die als "Widerstandskämpfer" bezeichnet werden können, da sie ihre unmißverständlich ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus zum Ausdruck gebracht haben, gehören besonders: Paul Reusch, sein Sohn Hermann, Ernst Pönsgen, Carl Bosch, Robert Bosch, Hermann Bücher sowie Paul Silberberg. Zur kurzen Kennzeichnung einiger von ihnen sei folgendes gesagt: Paul Reusch hatte in der Weimarer Republik zwar kein Reichstagsmandat und spielte auch sonst in der großen Politik keine Rolle, er war aber dennoch auf verschiedene Weise politisch tätig gewesen. Er saß im Stadtrat der Stadt Oberhausen, er war Mitglied der Handelskammer Duisburg, er saß im Reichsverband der Deutschen Industrie und in der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Zudem war er viele Jahre Vorsitzender des Langnamvereins und der Nordwestgruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. In seiner unternehmerischen Tätigkeit stand er der Gutehoffnungshütte vor, die heute sein Sohn Hermann leitet. Im Jahre 1942 mußte sowohl Paul Reusch wie auch sein Sohn Hermann "wegen hartnäckiger Hitlerfeindschaft" 95) von der Leitung der Gutehoffnungshütte zurücktreten.

Ernst Pönsgen war zunächst Generaldirektor und später als Nachfolger Vöglers Vorsitzender des Aufsichtsrates der Vereinigten Stahlwerke. Lange Jahre hatte er den Vorsitz über die Nordwestgruppe der Arbeitgeberverbände der Eisenindustrie. Dazu gehörte er dem Vorstand der Internationalen Handelskammer sowie auch des Langnamvereins an. Seine politische Einstellung richtete sich gegen den Nationalsozialismus. Seine Teilnahme an dem Treffen Hugenberg-Hitler in Bad

Harzburg kennzeichnet nicht das Gegenteil. Auch Max Schlenker, der Geschäftsführer des Langnamvereins sowie der Nordwestlichen Gruppe des Vereins der Deutschen Eisen- und Stahlindustriellen hatten daran teilgenommen. Dieser mußte dann bereits 1933 als "für die Partei untragbar" 96) seine Ämter niederlegen. Poensgen selbst mußte auf Drängen der Partei aus seiner Position als Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke zurücktreten.

Carl und Robert B o s c h sowie Hermann B ü c h e r nahmen eine scharfe ablehnende Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime ein.

Paul S i l v e r b e r g , der bekannte rheinische Braunkohlenindustrielle, hatte Deutschland bereits zu Beginn des Dritten Reiches verlassen, er emigrierte in die Schweiz.

In die vierte Gruppe gehört der Typ des nationalsozialistischen Wirtschaftsführers, des absoluten und ergebenen "Anhängers" des Führers. Er sah in dem neuen politischen System und besonders in der neuen Wirtschaftsordnung ein Ideal. Dieser Typ war es, der im Dritten Reich die alte Generation der Industrieführer überspielte und weitgehend an die Wand drückte, wobei allerdings auch in keiner Weise verschwiegen werden darf, daß diese Männer zum Teil eine bedeutende qualitative Befähigung für ihre neuen Positionen mitbrachten.

Paul P l e i g e r , Karl Otto S a u r und Hans K e h r l , der Generalreferent im Reichswirtschaftsministerium, verkörperten diesen neuen Wirtschaftsführertyp.

In eine letzte, fünfte Kategorie gehören schließlich die Männer der Industrie, die den Nationalsozialismus weniger nach seinem politischen Gesamtkonzept befragten, sondern die ihm als "Spezialisten" anhingen. Ihre unbedingte Anhängerschaft zum Nationalsozialismus steht

deshalb in Zweifel; sie ergriffen vielmehr die ihnen im Dritten Reich angebotene Macht deshalb gern, weil ihnen hier der Staat die Möglichkeit zur Verwirklichung von Projekten gab, die ihnen der demokratische Staat nie hätte geben können (Autobahnen, Volkswagen etc). In diese Rubrik gehören Fritz T o d t , Albert Speer, Hermann R ö c h l i n g (Reichswerke), Ferdinand P o r s c h e und andere.

Für diese im Bereich der Wirtschaft tätig gewesenen Spezialisten gilt folgendes: "Unter einem Regime, in dem Geld keine Rolle spielt, können sich Architekten, Ingenieure, Erfinder oder industriell tätige Wissenschaftler, deren Spezialistengleise mit den Bedürfnissen des Regimes parallel laufen, plötzlich in die Lage versetzt sehen, Träume zu verwirklichen, denen bislang aus finanziellen Gründen die Erfüllung versagt blieb." 97)

Aus diesem Versuch einer typologischen Einteilung der Industrieführerschaft nach ihrer politischen Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus ergibt sich eine klare Erkenntnis: Die politische Einstellung der industriellen Führungsschicht war so uneinheitlich wie möglich. Es wird deutlich, wie sehr es in ihr an jeder gemeinsamen und verbindenden Linie gefehlt hat, und wie es damit an jeder sich daraus ergebenden politischen Solidarität mangeln mußte.

Auch die Frage zur Stellung der Wirtschaftsordnung, die die politischen Führungskräfte der Industrie in den frühen Jahren der Weimarer Republik zu einer Schicht verbunden hatte, konnte nicht mehr Grundlage zu einer geschlossenen Haltung innerhalb der Industrieführerschaft sein. Von ihr als Schicht war somit keine Opposition gegen das Regime zu erwarten. Daran konnte auch die große Zahl der Industrieführer nichts ändern, die dem Nationalsozialismus ihre Ablehnung zum Ausdruck brachten.

5. Würdigung

Ein umfassender Rückblick auf die Jahre des Dritten Reiches kommt zu folgendem Urteil bei der Frage nach dem Wandel der politischen Führungsschicht der deutschen Industrie:

Die von dem Wunsch nach stabilen politischen Verhältnissen bestimmte pronationalsozialistische Einstellung weiterer Kreise der industriellen Führungsschicht - etwa seit dem Jahre 1930 - erklärt sich zum Teil aus der damals sehr selbstbewußten Meinung, man werde Hitler vor den eigenen Wagen spannen können.

Wie sehr die Industrieführung immer eine geordnete und starke politische Führung wünschte, geht aus einem Ausspruch Vöglers hervor, den er bereits 1924 in einer Rede vor dem Reichsverband tat: "In politisch schwachen Gebilden ist kein Platz für eine starke Wirtschaft".⁹⁸⁾ Diese Auffassung beherrschte die Industrieführerschaft allgemein.

Nun sollte Hitler wohl die politischen Verhältnisse stabilisieren, die politischen Direktiven wollte man aber aus den Reihen der Industrie heraus selbst erteilen. Besonders Wirtschaftskreise um den Kölner Bankier von Schroeder hatten diese Absicht. Es werden von Papen, der bei von Schroeder die für das Ende der Weimarer Republik entscheidende Zusammenkunft mit Hitler hatte, sowie Hugenberg, dem Wegbereiter der Nationalsozialisten, folgende Aussprüche nachgesagt, die diese Haltung kennzeichnen: "Wir haben Hitler engagiert" (v. Papen)⁹⁹⁾ und: "Machen wir Hitler zum Lieferanten der Massen, wir werden die Gehirne liefern" (Hugenberg).¹⁰⁰⁾ Sie geben der damaligen Absicht Ausdruck, Hitler wohl zur Macht zu verhelfen, um sich dann seiner selbst zu bedienen. v. Schroeder, "der Geschäftsfreund und Vertraute von Vögler, Kirdorf, Thyssen und Flick", äußerte sich nachträglich zu dieser Zusammenkunft folgendermaßen: "Das allgemeine Ziel der Industriellen war damals, einen starken

Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden konnte, die lange an der Macht bleiben würde." 101)

Hitler selbst war jedoch keineswegs bereit, die politische Marionette schwerindustrieller Kreise zu werden. Für ihn stand fest, daß der von ihm angestrebte diktatorische Staat "die Zerstörung aller Elemente der bestehenden Gesellschaft erforderte, die seine Herrschaft hemmen konnten.

Dazu gehörten auch alle Unternehmer, die die Zusammenarbeit mit ihm verweigerten. Der Gedanke, daß er als Söldling Hugenburgs von einem Typ von Geschäftsleuten abhängig werden könnte, der nicht willens war, seine Herrschaft und die in ihr eingeschlossene geplante Wirtschaft zu akzeptieren, brachte ihn beinahe zu physischer Verzweiflung." 102)

Alle dahingehenden Versuche, Hitler an der Kandare zu halten, scheiterten dann auch. "Die blitzartige Geschwindigkeit, mit der Hitler die Machtstellung seiner Person und seiner Bewegung ausbaute, brachte die Elite der Unternehmerschaft genauso aus dem Gleichgewicht, wie die Männer anderer deutscher Berufsgruppen und Gesellschaftsschichten." 103) Im Lichte der nationalsozialistischen Gesetze wird klar, wie jede andere Verfügungsgewalt - auch die der Industrie - innerhalb kurzer Zeit eingeschränkt und beseitigt wurde. 104)

Einige namhafte Industrieführer müssen in den ersten Jahren des neuen Regimes jedoch zur herrschenden Schicht gerechnet werden. Nach und nach bröckelten diese Führungskräfte aus der politischen Schicht jedoch ab, oder sie wurden aus ihr verdrängt.

Im Vergleich zur Weimarer Republik fand nun eine zwischen Industrie und Politik gegenläufige Bewegung statt. hatte früher die Industrie durch ihre politisch tätigen Exponenten Einfluß über die Politik zu gewinnen versucht, so suchte jetzt in den Anfängen des Dritten Rei-

ches umgekehrt -über Industrielle- die Politik (d.h. die nationalsozialistische Partei) Ausbreitung und Machterweiterung in der Industrie. Sie fand dabei ihre Werkzeuge. U. a. zeigt das Beispiel von Krupp von Bohlen und Halbach es deutlich; dieser nahm als Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie die "Gleichschaltung der Industrie" vor und führte in der deutschen Wirtschaft das "Führerprinzip" ein.

Was schließlich für die politische Führungsschicht der Industrie von ihrer früheren Möglichkeit zur politischen Einflußnahme übrigblieb, betraf in keiner Weise mehr die große Politik, deren Grundzüge von anderen bestimmt wurden, es handelte sich höchstens noch um ein von Betriebsinteressen bestimmtes Einwirken auf die Zentral- und Planungsbehörden des Regimes, bei denen aber die entscheidenden Positionen auch nicht durch Männer aus der Industrie besetzt waren. Die politische Aktivität der industriellen Führungsschicht war damit zusammengeschmolzen auf einen Rest von Einflußnahme auf meist untergeordnete Fragen betriebspolitischer Art. Es handelte sich nicht mehr um einen Einfluß auf die Fragen der Staatspolitik. Nicht anders darf das folgende Urteil aufgefaßt werden: "Ganz so schutzlos und jeder Möglichkeit der Interessenvertretung beraubt, wie es den Anschein haben könnte, war die Industrie wohl doch nicht der Willkür von Partei und Staat preisgegeben. Solange die Eigentumsordnung grundsätzlich erhalten blieb, das Dritte Reich Fachleute brauchte und der beständig schärfer eingreifende Mangel jenes System der persönlichen Beziehungen zu den Trägern der Produktion und Verteilung, das jede Mangellage hervorbringt, dichter, feinnerviger und für die Aufrechterhaltung des gewohnten Lebensstandards, später sogar für die Fristung des Lebens wichtiger und immer wichtiger werden ließ, waren auch außerhalb der amtlichen Institutionen und der aus der Zeit der Koalitionsfreiheit hinübergeretteten Organisationen vielerlei Chancen gegeben, den Belangen der Wirtschaft Gehör zu verschaffen." 105)

In gleicher Weise ohne Einfluß auf die Staatspolitik blieben natürlich die Wirtschaftsführer in den Parlamenten. Die veranstalteten Wahlen dienten nur der Propaganda. Damit war die für die Weimarer Republik einst so wichtige Frage, ob und welche Kräfte der Industrie in den Parlamenten vertreten waren, für die Hitler-Parlamente ohne direkte politische Bedeutung. Die Abgeordneten traten nur zur Entgegennahme vollzogener Tatsachen zusammen. Die Vertretung industrieller Führungskräfte im Parlament war höchstens ein psychologischer Faktor.

Der Verleihung des Titels "Wehrwirtschaftsführer", den viele Industrielle trugen, kam auch weitgehend nur die Bedeutung einer Dekoration zu. Unter den ersten Wehrwirtschaftsführern, die 1937 ernannt wurden, rangierten zwar ausschließlich Unternehmer aus dem Bereich der Kriegswirtschaft (Flugzeugbau), in der Folgezeit wurden aber auch Industrielle mit dieser Auszeichnung bedacht, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Rüstungsindustrie standen. Es wurden ungefähr vierhundert Wehrwirtschaftsführer ernannt. Eine besondere politische Führungsstellung hatten diese nicht.

Im großen und ganzen gesehen kann die entsprechende Entwicklung der politischen Führungsschicht der Industrie dahingehend zusammengefaßt werden: Die politische Führungsschicht der Industrie, die sich gegen Ende der Weimarer Republik bereits zu einem großen Teil von den Wegen und Spielregeln eines demokratisch-parlamentarischen Staates abgewandt hatte, und die in ihre Positionen im politischen Bereich hatte Mittelsmänner auf-rücken lassen, löste sich im Dritten Reich auf. Ihre Nachfolge trat eine Gruppe rein politischer Führungskräfte, unter denen Männer der Industrie eine Ausnahme bildeten, an. Von ihr wurde dann auch zum Teil die industrielle Führungsschicht selbst überspielt.

Von hier aus ist nun der Blick frei für ein zusammenfassendes, abschließendes Urteil.

S C H L U S S

Zusammenfassung des soziologischen Urteils

Die zum Teil an früheren Stellen getroffenen Aussagen über den Wandel der politischen Führungsschicht der deutschen Industrie sollen im folgenden zusammengefaßt und einem abschließenden Urteil unterworfen werden. Um den Wandlungsvorgang vollkommen klar werden zu lassen, bedürfen diese Aussagen darüber hinaus einer Interpretation, wie sie das politisch-soziologische Anliegen dieser Arbeit erfordert.

Nach Beendigung des ersten Weltkrieges stand die deutsche Industrie in der politischen Auseinandersetzung mit anderen Kräftegruppen gleichberechtigt im politischen Raum. Sie machte bald von der Möglichkeit der politischen Einflußnahme durch ihre Führer Gebrauch. Dabei benutzte sie weitgehend die demokratisch-parlamentarischen Mittel und Wege. Führungskräfte der Industrie waren in der Regierung, im Parlament und in den Spitzenstellungen politischer Parteien zu finden. Unternehmer in Parlamenten hatte es auch im Kaiserreich schon gegeben (v.Siemens, Frh.v.Stumm u.a.m.). Vollkommen neu war, daß sich der Industrielle jetzt in der Republik direkt als Politiker betätigte, und daß sich so etwas wie eine politische Führungsschicht bildete. Die aus der Industrie hervorgegangenen Führungskräfte erzielten politische Erfolge - aber nicht nur für die Industrie, sondern zum Wohle des gesamten Staates.

Im Laufe der Jahre machte sich in der wirtschaftlichen Blütezeit der Republik jedoch ein Rückzug der politisch tätigen Spitzenkräfte der Industrie aus den staatlichen Schlüsselpositionen bemerkbar. Besonders auffallend zeigte sich diese Erscheinung im Parlament: an die Stelle hervorragender Wirtschaftsführer traten mehr und mehr beauftragte Vertreter der Industrie, denen von anderer Stelle die Direktiven gegeben wurden.

Diesem Rückzug kam aber nicht schlechthin die Bedeutung einer Preisgabe der politischen Einflußnahme der Industrie zu. Es zeigt sich, daß sich lediglich die Zentren, aus denen diese politische Einflußnahme erfolgte, verschoben. Sie vollzog sich zunehmend auf einem außerparlamentarischen Weg. Die Führungskräfte der Industrie zogen sich zu politischen Gesprächen in ihre Organisationen und Verbände und zum Teil in eigene exklusive Gremien und Kreise zurück.

Die politische Anteilnahme eines Teils der Industrieführerschaft zeigte sich erst wieder deutlich, als Hitler die Macht erreicht hatte. Das politische Interesse an dieser Partei war in Industriekreisen allgemein 1930 erwacht. Es war aber weniger ein Interesse an Hitler und seinen Trabanten als an der durch ihn scheinbar gegebenen Möglichkeit zukünftiger stabiler politischer Verhältnisse, in denen sich die Wirtschaft von der großen Depression wieder erholen konnte. Gerade in diesen Kreisen sah man in Hitler einen Mann, dem man zum Zwecke der Wiederherstellung politischer Ordnung ruhig ein diktatorisches Scheinregiment zugestehen, dem man aber auf der anderen Seite die politischen Weisungen selbst erteilen wollte. Der dahingehende Versuch, sich den politischen Einfluß auf ihn zu sichern, schlug jedoch fehl. Mit der Absicht, durch Kontakt mit der Partei auf die Politik Einfluß zu gewinnen, scheiterte die Industrieführerschaft. Hugenberg's Fehlspekulationen in dieser Hinsicht und die mißglückte "Aufpasserrolle" von Papens zeigen dies deutlich.

Als sich die Industrieführerschaft, die teils die Monarchie teils einen ständischen Staat - alle jedoch politisch stabilere Zustände, wie sie in den Jahren um 1930 herrschten - gewünscht hatten, in all ihren Hoffnungen getäuscht sahen, "waren sie eifrig bestrebt, das Beste aus seinem Machtantritt zu machen, politisch sowohl wie wirtschaftlich. In dieser Hinsicht stimmen die dokumentarischen Quellen überein, obwohl viele Lücken

noch zu füllen bleiben". 106)

Und doch mußten auch die Wirtschaftsführer bald erkennen, daß sich Hitler selbst zum "Kaiser", die Industrie zu einem untergeordneten Instrument seiner Machtpolitik machte, und daß die politische Lage im Laufe der Jahre durch eine immer drohender werdende Kriegsgefahr zunehmend unsicherer wurde.

Die Primatsfrage für Politik und Wirtschaft entschied sich in diesen Jahren von selbst. Die vollkommene Gleichschaltung machte jeden wirksamen Einfluß auf den Gang der Politik unmöglich. Die Wirtschaft hatte für die Politik eine ausschließlich dienende Rolle. Auch hier war das Regime in keiner Weise zu Verhandlungen bereit, es kannte bei der Durchführung politischer Notwendigkeiten als Mittel nur die Gewalt. Die Industrie hatte sich der Politik absolut zu beugen.

Die im Zuge der nach politischen Gesichtspunkten erfolgenden organisatorischen Neugliederung der Industrie emporstrebenden Führungskräfte, die zum Teil gar nicht der Wirtschaft selbst entstammten, trugen ganz neue Züge eines politisch-wirtschaftlichen Führertyps. (Ihn nahm sich Burnham zum Vorbild für seinen Managertyp!) Politische Funktionen hatten nur ganz wenige Industrieführer. Die Entwicklungslinien der Politik zu bestimmen oder bestimmend zu beeinflussen, waren sie nicht in der Lage. Die alte - aus der Weimarer Republik stammende - politische Führungsschicht löste sich auf. Sie wurde weitgehend durch rein politische Führungskräfte ersetzt. In den ersten Jahren des Regimes enthielt diese neue Gruppe noch starke Elemente der alten politischen Führungsschicht der Industrie. Diese wurden aber nach und nach ausgewaschen.

Natürlich versuchte die Industrie immer bestimmte eigene Interessen zu wahren und weiterhin zur Geltung zu bringen. Aber in den nationalsozialistischen staatlichen Organen (z.B. im Parlament), in denen Wirtschafts-

führer vertreten waren, hatten diese in einem gesamt-politischen Sinne keinerlei Bedeutung.

In dieser Zeit verbrauchte sich die alte industrielle Führungsschicht fast vollständig. Das Geschehen - lassen - müssen ohne die eigene Möglichkeit der politischen Einflußnahme erzwang einen Rückzug auf den eigenen Betrieb. Diese rein betrieblichen Positionen konnten weitgehend gehalten werden. Die Betriebe wurden vereinzelt die Basis zu Maßnahmen der Abschwächung oder Änderung politischer Entscheidungen des Regimes. Es war aber im ganzen gesehen eine kaum wirksame Opposition, jedenfalls mußte auch durch sie die Linie der nationalsozialistischen Politik unbeeinflußt bleiben. Vereinzelt bestanden von der Industrie Verbindungen zur Widerstandsbe-
wegung. Die industrielle Führungsschicht in ihrer Gesamtheit wurde von diesen jedoch nicht berührt. Auch in ihr wirkte sich eine gewisse "Atomisierung" aus. Einzelne Industrieführer hatten Deutschland verlassen.

Nach dem Zusammenbruch lebte der größte Teil der in der Weimarer Republik politisch tätigen Wirtschaftsführer nicht mehr. Ein Rest war infolge hohen Alters nicht mehr in der Lage, seine Erfahrungen zur Verfügung zu stellen oder nach den Geschehnissen zu politischer Tätigkeit nicht mehr bereit. Ein anderer Teil der Industrieführerschaft, der dem nationalsozialistischen System seine Dienste zur Verfügung gestellt hatte, wurde vor alliierte Gerichte gestellt und teils zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß es für sämtliche angeklagte Industrieführer in den Punkten ausgesprochener politischer Anschuldigungen zu Freisprüchen kam.

Es trat nach dem Kriege eine allgemeine Diffamierung des Unternehmertums hinzu. Sie wurde ausgelöst und gefördert von den verschiedensten Seiten - nicht zuletzt durch die Besatzungsmächte. Aber diesen Fragen kann hier im einzelnen nicht weiter nachgegangen werden.

Es soll aber darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Industrie nach dem Zusammenbruch weitgehend ihrer alten Führungskräfte entblößt war. Eine eigentliche industrielle Führungsschicht war nach dem Kriege nicht mehr da. Sie mußte sich erst neu bilden und formieren. Eine gesellschaftsformende Kraft konnte von ihr nach dem Kriege nicht ausgehen.

Das Ergebnis dieser Untersuchung läßt es angezeigt erscheinen, Formulierungen 107) wie diese, daß nämlich das Unternehmertum sich in der Weimarer Republik als politische Führungsschicht nicht durchsetzen konnte, mit Vorbehalten aufzunehmen. Sicher, die politische Schicht wurde nie ausschließlich in ihrem Wollen durch die Führungskräfte der Industrie bestimmt. Aber es gab Zeitpunkte, in denen die herrschende Schicht einen starken industriellen Einschlag hatte.

Bemerkenswert ist dazu weiter, daß der Adel, der im kaiserlichen Deutschland die politische Vormachtstellung eingenommen hatte, den politisch tätigen Führungskräften der Industrie Raum geben mußte, die nun die alte, feudalkapitalistische Gesellschaftsordnung verteidigten. Im Grunde genommen unterlagen sie dann aber den politischen Ereignissen. Und diese führten schließlich zu einer Zerschlagung der politischen Führungsschicht der Industrie durch den Nationalsozialismus.

Die politisch-soziologische Interpretation des historischen Zeitlaufes verlangt die Unterscheidung zweier sich deutlich gegeneinander abhebender Wandlungsvorgänge.

Der erste Wandlungsvorgang vollzog sich innerhalb der demokratischen Staatsform der Weimarer Republik. Es ist ein Wandlungsprozeß gewesen, der sich in einer personellen Verschiebung deutlich machte, der aber im Grunde ein geistiger Wandlungsvorgang war. In seinem Verlauf hat sich bei der politischen Führungsschicht der Industrie eine Änderung in der Wahl der politischen Mittel und Wege gezeigt: Spitzenkräfte der industriellen Füh-

rungsschicht, die es zu Beginn der Republik als Notwendigkeit angesehen hatten, in die vorderste Front des demokratisch-parlamentarischen Kampfes zu treten, überließen weitgehend diese Stellungen einem "Sachwaltertyp", der zu ihnen allerdings in einer engen Verbindung stand. Die Elite der Industrieführung hingegen zog sich auf mehr unkontrollierbare Positionen zurück, von denen aus sie unter weitgehender Umgehung oder Nichtachtung der demokratischen Spielregeln aus dem Hintergrund 'Politik machten'.

Ein zweiter Wandlungsprozeß setzte schlagartig mit dem Wechsel der Staatsformen ein; denn der Übergang von der demokratischen zur diktatorischen zeigte auch bei der politischen Führungsschicht der deutschen Industrie einen deutlichen Einbruch. Die Errichtung des totalitären Reiches brachte binnen kurzer Zeit die Aufsplitterung und schließlich die Ausschaltung der alten Führungsschicht. An ihre Stelle trat eine Gruppe von Führungskräften, die den Wandel in einem ganz neuen "Typ" klar werden ließen, in einem Typ, der nicht mehr als Industrieführer die Politik beeinflusste, sondern der als Politiker zugleich auch die Industrie, die Wirtschaft führte.

Erst eine solche Gesamtschau läßt den Wandel in seiner ganzen Breite und Tiefe deutlich werden. Es wird dabei klar, daß die verschiedensten Komponenten für diesen Wandel gewirkt haben, der als ein besonderer Wandlungsprozeß in das Gesamtgefüge des soziologischen Strukturwandels unserer Zeit eingereicht werden muß.

Schlußwort

Als die Arbeit vor etwas über zwei Jahren (im Winter 1953) begonnen wurde, lagen so gut wie keine Publikationen über das behandelte Gebiet vor. Sie reichten eigentlich nur bis in die Mitte der zwanziger Jahre, und sie waren mehr grundsätzlicher Natur zu der Frage 'Politik und Wirtschaft'. Nach einer durch Krankheit erzwungenen längeren Unterbrechung dieser Arbeit, erschienen dann aber im letzten Jahr eine Reihe von Büchern, die das Verhältnis von Industrie und Politik im Lichte historischer Begebenheiten betrachteten. Allerdings waren sie alle unter dem Gesichtspunkt geschrieben, eine Antwort auf die Kriegsschuldfrage der deutschen Industrie zu geben.

Das eigentliche Anliegen dieser Arbeit ist von jenen Veröffentlichungen zwar nicht berührt worden; sie nahmen allerdings dem größten Teil der eigenen mühevollen Materialsammlung den Reiz der originalen Verwertung. Da einzelne Verfasser aber viel weitergehende Möglichkeiten hatten, bisher unbekanntes Material und Archive zu erschließen, und darüber hinaus in persönlichem Kontakt mit vielen der behandelten Politiker und Wirtschaftsführer gestanden haben, wurden viele der auf Grund eigener Informationen bereits formulierten Aussagen durch deren Zitate ersetzt oder gestützt, und das heißt auch: in vieler Hinsicht wertvoll ergänzt.

Hierbei ist besonders an Lochner: "Die Mächtigen und der Tyrann" und Hallgarten: "Hitler und die deutsche Industrie" gedacht. Diese Bücher gewinnen an Objektivität und deshalb an historischem Wert vielleicht dadurch, daß sie von Amerikanern geschrieben worden sind. Sie dürften so der vielleicht gerade bei diesem Thema naheliegenden und zu befürchtenden nationalen (deutschen) Parteilichkeit und Subjektivität entbehren.

Den heute in einer Vielzahl veröffentlichten Memoiren bedeutender Persönlichkeiten gegenüber kann in Bezug

auf die dort gemachten Aussagen die Skepsis nicht groß genug sein, da sie alle mehr oder weniger eine Rechtfertigung ehemaliger Handlungen bezwecken. Ihre Färbung ist manchmal offensichtlich (z.B. von Papen: "Der Wahrheit eine Gasse" oder Schacht: "Abrechnung mit Hitler"). Ebenso erhält unter diesem Gesichtspunkt das zwar sehr umfang- und aufschlußreiche Material der Nürnberger Gerichte einen geschichtlichen Aussagewert, dem nur mit Vorbehalten begegnet werden kann, und der in vielen Punkten fragwürdig erscheint.

Aufgabe dieser Untersuchung konnte es nicht sein, Urteile über das politische Verhalten der im einzelnen genannten Vertreter der industriellen Führungsschicht zu fällen. Die historischen Tatsachen, die, soweit es notwendig erschien, dargelegt worden sind, sprechen hier für sich.

Die Knotenpunkte des politischen Geschehens - die Nachkriegszeit des ersten Weltkrieges sowie die Übergangszeit zur Diktatur des Nationalsozialismus - wurden ganz notwendigerweise besonders beleuchtet, da sich hier die entscheidende politische Wirksamkeit der industriellen Führungsschicht vollzogen hat und ihr Wandel am sichtbarsten wird. Einen Anspruch auf geschlossene, lückenlose Wiedergabe aller historischen Begebenheiten, in denen die Industrie durch ihre Führungskräfte in der fraglichen Zeit politisch gewirkt hat, erhebt diese Arbeit nicht.

Ihr Hauptanliegen war es in erster Linie - wie das bereits einleitend betont worden ist - das wissenschaftliche Interesse auf die Personengruppe zu lenken, die hier als die politische Führungsschicht der deutschen Industrie angesprochen wurde, und um damit vielleicht für weitere Einzeluntersuchungen auf diesem Gebiet Grundlage zu sein. Die Arbeit wollte den unter dem zeitlichen Bogen der Jahre 1918 bis 1945 liegenden geistigen wie personellen Wandlungsprozeß sichtbar machen - sonst nichts.

Aus diesem rein wissenschaftlichen Interesse konnte auch keine Stellungnahme für oder gegen die Industrie erwachsen, wie das sonst bei der Behandlung des Zusammenhangs von Politik und Industrie häufig der Fall ist, indem man durch entsprechende Zusammenfassung von Einzeltatsachen je nach dem Standpunkt ein industriefreundliches oder -feindliches Bild zeichnet. Das politisch-soziologische Urteil dieser Arbeit will "wertfrei" sein.

Zur Frage 'Nationalsozialismus und Industrie' muß zum Abschluß folgendes gesagt werden: Der Nationalsozialismus war eine Geburt aus dem Zusammenwirken verschiedener historisch einmaliger Faktoren. Die gesamtpolitische Entwicklung hat Hitler an die Macht gebracht. Die Frage kann deshalb auch nicht schlechthin lauten: hat die Straße oder die Industrie Hitler intronisiert. Die Wahrheit dürfte auch hier wie fast immer in der Mitte liegen. Insofern aber ist auch die Industrie - und ihre Führungsschicht - nicht frei von Schuld. Sie hat aber keineswegs, wie das häufig zu hören ist, die ausschließliche Schuld an dieser für Deutschland derartiv verhängnisvollen Entwicklung in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Die Industrie hat Hitler nicht allein emporgehoben, es gab viele - und auch sehr viel stärker wirkende - Faktoren, die an der damaligen Entwicklung teilhatten, an deren Ende Hitler sagen konnte: "Wir haben in der Demokratie durch die Demokratie die Demokratie besiegt."

Das Positive, was übrigbleibt, ist die Erfahrung, von welchen Polen her und in welchem Maße der demokratischen Staatsform die besonderen Gefahren drohen. Wegen begangener Fehler in Resignation zu verfallen, ist nie der Weg zu Besserem. Politische Passivität und politische Indifferenz hat heute im Raum der industriellen Führungsschicht keinen Platz. Zum Wirtschaftsführer gehört in unserer Zeit die Bereitschaft, die ihm in jeder Hinsicht auferlegte politische Verantwortung zu tragen. Politische Aktivität darf sich bei einem Wirt-

schaftsführer aber nicht nur für eigene enge Betriebs- oder Standesinteressen zeigen und entfalten, sie muß sich zum Wohle des gesamten Staatswesens entwickeln.

Die sich aus dieser Arbeit ergebenden Konsequenzen für die zukünftige politische Tätigkeit der industriellen Führungsschicht können in Form eines Rezepts nicht überreicht werden, aber es kann auf einen sorgenden und warnenden - im Unterton vielleicht zweifelnden - Wunsch der Kölnischen Zeitung vom 29.3.1924 hingewiesen werden, der wie damals auch heute großes aktuelles Gewicht besitzt und der besonders der politischen Führungsschicht der Industrie ins Stammbuch geschrieben werden mag. Es hieß dort unter anderem:

"Die deutsche Industrie hat sich, nachdem in den letzten Jahren zahlreiche Angriffe von anderer Seite ihre Verfügungsgewalt erheblich eingeschränkt hatten, heute wieder zu einem Machtfaktor allererster Ordnung heraufgearbeitet und fühlt sich durchaus als solcher. D a ß s i e v o n d e r i h r g e g e b e n e n M a c h t d e n r i c h t i g e n G e b r a u c h m a c h e , i s t d e r W u n s c h , d e n m a n i h r f ü r d i e w e i t e r e Z u k u n f t m i t g e b e n m u ß."

-.--.-.-.-

A N H A N G

Tabelle: 1

Die "Industrieabgeordneten"
(Industrie, Verbände)
Dauer ihrer Zugehörigkeit zum
Reichstag

Hinweis: Die Klammern bezeichnen, daß der entsprechende Abgeordnete in der fraglichen Legislaturperiode einer anderen Partei (Fraktion) angehört hat.

Name NV. I. II. III. IV. V. VI. VII. VIII. 2. 3. 4.

Deutsche Volkspartei

Hugo, O.	x	x	x	x	x	x	x	x	x					
Most, O.	x	x		x										
Stresemann, G.	x	x	x	x	x									
Vögler, A.	x	x										x	x	x
Weidtmann, V.	x													
Albrecht, H.		x	x	x	x	x								
Quaatz, R.		x	(x)	(x)	(x)									
Richter, M.		x												
Sorge, K.		x		x										
Stinnes, H.		x												
v. Raumer, H.		x	x	x	x									
Rießer, J.		x	x											
Kalle, W.			x	x	x	x								
Klinspor, H.			x	x										
Schneider, R.			x	x	x	x	x	x						
Hoff, C.				x	x									
Gildemeister, A.				x										
Pfeffer, F.				x	x	x	x	x						
Schmidt, M.				x										
Köngeter, E.					x	x								
Bellmann, G.						x								
Keinath, O.			(x)	(x)	(x)		x							

Name NV. I. II. III. IV. V. VI. VII. VIII. 2. 3. 4.

Deutsche Volkspartei (Forts.)

v. Stauss, E.G.						x	x	x				x	x	x
Merton, R.								x						

Deutschnationale Volkspartei

Hugenberg, A.	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x
v.d.Kerkhoff, J.	x													
Leopold, B.		x	x	x	x									
Neuhaus, K.		x	x	x										
Reichert, J.W.		x	x	x	x									
Gok, G.			x	x	x		x	x	x	x				
Klönne, M.			x	x	x									
Quaatz, R.G.		(x)	x	x	x	x	x	x	x	x				
Rademacher, W.				x	x					x				
Eggers, P.				x										
Lejeune-Jung, P.				x	x									
Vordemfelde, A.				x										
Hasslacher, J.J.					x									
Wider, F.						x	x	x	x	x				
Hembeck, O.							x	x	x	x				
Möllers, A.								x	x	x				
Brunk, E.										x				
Ende, K.										x				
Jaeger, W.										x				

Deutsche Demokratische Partei

Bahr, M.	x	x			
Engelhard, E.	x				
Raschig, F.	x			x	
Wieland, Ph.	x	x	x	x	x
Fick, F.		x			
Fischer, H.		x	x	x	x
Keinath, O.		x	x	x	
v. Siemens, C.F.		x	x		
Meyer, O.				x	x

Name NV. I. II. III. IV. V. VI. VII. VIII. 2. 3. 4.

Deutsche Staatspartei

Fischer, H.	(x)	(x)	(x)	(x)	x					
Meyer, O.			(x)	(x)	x					

Zentrum

Bergmann, Th.	x									
ten Hompel, R.	x	x	x							
Klöckner, F.	x	x	x	x	x	x	x	x		
Lammers, C.		x	x							
Fonk, W.						x	x	x		
Hackelsberger, A.						x	x	x	x	x
Schnitzler, E.						x	x	x		
Wages, P.						x	x	x		

Wirtschaftspartei

Jörissen, F.		x	x	x						
Mollath, J.L.		x								

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Feder, G.	x	x	x	x	x	x	x	x		
Lenk, G.				x	x	x	x	x	x	x
Mutschmann, M.				x	x	x	x	x	x	x
Erbersdobler, O.					x		x	x	x	x
Hunke, H.					x	x	x	x	x	x
Kiehn, F.					x	x	x	x	x	x
v. Renteln, Th. A.					x			x	x	x
Schramm, F.					x	x	x	x	x	x
Ziegler, G.					x					
Ender, H.						x	x			
Pfaff, A.						x	x	x	x	x

Name NV. I. II. III. IV. V. VI. VII. VIII. 2. 3. 4.

NSDAP (Forts.)

Franke Ch.	x	x	x	x
Keppler, W.	x	x	x	x
Klein, J.	x			
Körner, P.	x		x	x
Daitz, W.		x	x	x
Doerr, C.L.		x	x	x
Marschler, W.		x	x	x
v. Loewenstein z.L., H.		x	x	
Lüer, C.		x	x	x
Sauer, H.		x		
Schmidt, G.		x	x	x
Schmitz, H.		x	x	x
Seibold, H.		x	x	x
Springorum, F.		x	x	x
Thyssen, F.		x	x	x
Schmidt, K.G.			x	x
Walter, K.			x	x

(Ende der Tabelle 1)

Tabelle: 2

Der "Industrie-Anteil" an der Nationalversammlung 1919 und den einzelnen Reichstagen der Weimarer Republik
(absolute Zahlen)

	NV.	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.
Parlaments-Stärke	423	466	472	493	490	577	608	584	566
"Industrie-abgeordnete"	10	24	22	34	23	16	14	16	16
Davon aus der Schwerindustrie		12	8	9	9	6	6	6	7
NSDAP-Abgeordnete aus d. Industrie			1	1	1	3	9	8	13

Der "Industrie-Anteil"
(in Prozentzahlen)

Industrieanteil (ohne NSDAP)	2.4	5.1	4.6	6.9	4.7	2.8	2.1	2.7	2.8
Aus der Schwer-industrie	2.6	1.7	1.8	1.8	1.0	1.0	1.0	1.2	

Tabelle: 3

Aufteilung der "Industrie-Abgeordneten"
unter dem Gesichtspunkt des Eigentums an
den Produktionsmitteln

	NV.	I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.
<u>"Eigentum- Unternehmer"</u>									
(Eigentümer, Teilhhaber, Hauptaktionäre)	9	10	12	7	5	7	8	9	
- ohne NSDAP -									
NSDAP						2	5	5	6
<u>"Direktor- Unternehmer"</u>									
("Manager", Direktoren, Geschäftsführer u. Syndici von Werken u. Verbänden)	15	12	22	16	11	7	8	7	
- ohne NSDAP -									
NSDAP		1	1	1	1	4	3	7	

Tabelle: 4

Die Entwicklung des "Industrieanteils" der einzelnen Reichstagsfraktionen:

	DV		DN		DD		Z		NSDAP	
		%		%		%		%		%
N.V.	(22)		(42)		(75)		(90)			
	5		1		4		1			
1920	(62)		(66)		(45)		(69)			
	11	<u>17.7</u>	5	<u>7.6</u>	6	<u>13.3</u>	2	<u>3.0</u>		
1924 (Mai)	(44)		(106)		(28)		(65)			
	8	<u>18.2</u>	7	<u>6.6</u>	4	<u>14.3</u>	3	<u>4.6</u>		
1924 (Dez.)	(51)		(111)		(32)		(69)			
	13	<u>25.5</u>	11	<u>9.9</u>	5	<u>15.6</u>	3	<u>4.3</u>		
1928	(45)		(78)		(25)		(61)		(12)	
	9	<u>20.0</u>	9	<u>11.4</u>	3	<u>12.0</u>	1		1	
1930	(30)		(41)		D.Staatssp. (14)		(68)		(107)	
	9	<u>30.0</u>	3	<u>9.8</u>	2		1		3	
1932 (Juli)	(7)		(40)				(75)		(230)	
	4		5	<u>12.5</u>			5	<u>6.6</u>	7	<u>3.0</u>
1932 (Nov.)	Techn.Ag. (20)		(54)				(70)		(196)	
	5		6	<u>11.1</u>			5	<u>7.1</u>	7	<u>3.6</u>
1933			(53)				(73)		(288)	
	1		10	<u>19.0</u>			5	<u>7.0</u>	10	<u>3.5</u>

Quellennachweise und Erläuterungen (Anmerkungen)

- 1 : Handbuch der Soziologie S. 562 ff
- 2 : s. Anm. 1
- 3 : Schröder, G. in: Elitebildung in der Wirtschaft S. 26
- 4 : Mommsen, E.W. Elitebildung in der Wirtschaft S. 14 f
- 5 : Zum Beispiel weist Domizlaff, H. Es geht um Deutschland S. 87 darauf hin, "daß es schon rein zeitlich gänzlich unmöglich ist, eine wirk-same politische Tätigkeit mit dem Beruf eines Unternehmers zu vereinen".
- 6 : Die Ausführungen sind zum Teil in einer eigenen, kurzen soziologischen Studie formuliert worden, die unter dem Titel: "Gedanken zur soziologi-schen Begriffs- und Standortbestimmung des Ma-nager" im Heft 10, 1955, der Monatsschrift der Union der leitenden Angestellten "Die Union" veröffentlicht worden ist.
- 7: Mosca, G. Die herrschende Klasse " ... die Ten-denz zur Erneuerung des Bestandes der herrschen-den Klasse wirkt immer und in allen menschlichen Gesellschaften, wenn auch mit größerer oder ge-ringerer Stärke. Hin und wieder vollzieht sich diese Erneuerung plötzlich und gewaltsam, im Normalfall jedoch durch das langsame Einringen von Elementen aus der Unterschicht in die Ober-schicht."
- 8: Burnham, J. Das Regime der Manager S. 14
- 9 : Die Betriebsform der Aktiengesellschaft stieg während der Weimarer Republik in Deutschland wie folgt:

1913	-	5 486	1925	-	13 010
1919	-	5 345	1928	-	11 690
1923	-	16 362	1931	-	10 437
1924	-	17 074	1932	-	9 634

Die Reihe ist seit der Währungsstabilisierung zwar wieder rückläufig gewesen; die Zahl der Aktiengesellschaften war aber 1932 beinahe doppelt so groß wie vor dem Weltkrieg.

- 10 : Fried, F. Der Umsturz der Gesellschaft S. 260
sieht in diesem Vorgang eine geschichtliche Parallele: "Es vollzog sich in der kapitalistischen Industriegewirtschaft zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts eine ähnliche Wandlung wie im achten Jahrhundert im alten Merowingischen Feudalstaat, als die Hausmeier, die die wirklichen Führer und Verwalter gegenüber den nominalen Königen geworden waren ... sich selbst die Krone aufs Haupt setzten. Dies ist heute die Revolution der Manager, die Übernahme der wirklichen Macht in der Industriegewirtschaft durch die Hausmeier oder Manager, durch die Generaldirektoren und hohen Verwaltungsbeamten der Industrie."
- 11 : Salin, E. Vortrag vor der Hauptversammlung des Arbeitgeber-Verbandes Eisen und Stahl am 2. Juli 1929
- 12 : Schumpeter, J.A. Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie S. 228
- 13: : Beckerath, H.v. Großindustrie und Gesellschaftsordnung S. 27
- 14 : s. Anm. 11
- 15 : Schmölders, G. Finanzpolitik S. 89 f
- 16 : s. Anm. 15
- 17 : Stolper, G. Deutsche Wirtschaft 1870-1940 S.8
- 18 : Die hier wiedergegebenen Ausführungen machte Paul Silverberg am 3./4. September 1926 auf der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Dresden. Referat: "Das deutsche industrielle Unternehmertum in der Nachkriegszeit" (Veröffentlichungen des RDI, Heft 32)

- 19 : Artikel 21 der Weimarer Verfassung: "Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden."
- 20 : Rosenbaum, L. Beruf und Herkunft der Abgeordneten zu den Deutschen und Preußischen Parlamenten 1847 bis 1919 Frkf. 1923
- 21 : s. Anm. 20 (Tafel I, S.62)
- 22 : "Auch in der Nationalversammlung von Weimar waren die unmittelbar produktiven Schichten nur schwach vertreten: im ganzen mit 7.8 Prozent (1848: 5.5 Prozent)" S. 55
- 23 : Lewinsohn, R. Das Geld in der Politik S. 118
- 24 : Pritzkolet, K. Die neuen Herren S. 52
- 25 : Die Zusammenarbeit in der "Zentralarbeitsgemeinschaft" wurde in einer "Veröffentlichung zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften" am 15. November 1918 beschlossen. Die Liste der für die Arbeitgeberseite zeichnenden Persönlichkeiten enthält eine bedeutende Zahl von Industrieführern, die in den kommenden Jahren in hohem Maße ihren politischen Einfluß ausgeübt haben: Dr. Sorge, Hilger, Hugo Stinnes zugleich für Beukenberg, Hugenberg, Vögler, Springorum, von Raumer zugleich für A. von Rieppel, Dietrich, Paul Mengers, Dr. Emil Laufen, C. A. Siemens, Rathenau, E. v. Borsig, Dir. Albert Müller, Henrich, Ernst Purschien, Peuker.
- 26 : Pinner, F. Deutsche Wirtschaftsführer
- 27 : Die Feststellung bei Lochner, L. Die Mächtigen und der Tyrann S. 73, daß Vögler "26 Jahre lang ohne Unterbrechung Mitglied der Volksvertretung gewesen" sei, trifft nicht zu.
- 28 : Lewinsohn, R. a.a.O. S. 195

- 29 : Misch, C. Deutsche Geschichte im Zeitalter der Massen S. 335
- 30 : Hallgarten, G. Hitler, Reichswehr und Industrie S. 99
- 31 : Misch, C. a.a.O. S. 349
- 32 : Misch, C. a.a.O. S. 350
- 33 : Misch, C. a.a.O. S. 354
- 34 : Hallgarten, G. a.a.O. S. 101
- 35 : Lochner, L. Die Mächtigen und der Tyrann S. 28
- 36 : Lochner, L. a.a.O. S. 88
- 37 : Lochner, L. a.a.O. S. 245
- 38 : Lange, E. Die politische Ideologie der deutschen industriellen Unternehmerschaft S. 10 f
- 39 : Pinner, F. a.a.O.
- 40 : Pinner, F. a.a.O.
- 41 : Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in München, vom 27.-29. September 1921 (Veröffentlichungen des RDI: "Die deutsche Industrie und die Wiedergutmachungsfrage", Heft 17)
- 42 : Pinner, F. a.a.O.
- 43 : Veröffentlichungen der RDI, Heft 17
- 44 : Nach Pinner, F. a.a.O. riefen ihm die Kommunisten beim ersten Auftreten im Reichstag zu: "Aufsichtsrat der Stinnes-Gesellschaft!"
- 45 : Lewinsohn, R. a.a.O. S. 85 "Der volksparteiliche Abgeordnete Moldenhauer wurde im November 1929, nachdem zunächst der Kali-Industrielle Albrecht dafür ausersehen war, Reichswirtschaftsminister und bald darauf Reichsfinanzminister und mußte infolgedessen seine Aufsichtsratsposten niederlegen"

- 46 : Stolper, G. a.a.O. S. 105
- 47 : Pinner, F. a.a.O. S. 36
- 48 : Lochner, L. a.a.O. S. 166 f
- 49 : Mariaux, F. Paul Silverberg-Reden und Schriften
(Einleitung)
- 50 : Hallgarten, G. a.a.O. S. 89
- 51 : Lochner, L. a.a.O. S. 206 "Dem formlosen Klub ..
kam keinerlei offizielle Bedeutung zu. Gleich-
wohl gingen von den Gesprächen der 'Ruhrlade'
nachhaltige Wirkungen aus."
- 52 : Auch heute ist der Düsseldorfer Industrieklub
in gleicher Weise wie damals Treffpunkt der
Ruhrprominenz.
- 53 : Lochner, L. a.a.O. S. 98 - 110
- 54 : Lochner, L. a.a.O. S. 204
- 55 : Keppler wurde bei seinen Bemühungen von einem
entfernten Verwandten, dem Kleinindustriellen
Fritz Kranefuss, unterstützt. Dieser war Himmlers
persönlicher Adjutant, er löste Keppler später
in der Führung des 'Freundeskreises' ab.
- 56 : Hallgarten, G. a.a.O. S. 103
- 57 : Winschuh, J. Der Verein mit dem langen Namen S.122
- 58 : Winschuh, J. " " S. 139
- 59 : Veröffentlichungen des RDI, Heft 1
- 60 : Most, O. Kölner Industriehefte Nr. 9
- 61 : Diskussionsbeitrag zum Vortrag von Most a.a.O.
durch Herrn Kloth, Köln
- 62 : Lewinsohn, R. a.a.O. S. 95
- 63 : Hallgarten, G.a.a.O. S. 93

- 64 : Das Parteiprogramm der N.S.D.A.P. war am 24.2.1920 in München proklamiert worden. Die sogenannten "25 Punkte" betrafen mit folgenden Forderungen die industrielle Wirtschaft: .. Wir fordern: ...
- 11. Abschaffung der arbeits- und mühelosen Einkommen, ...
 - 13. die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trust) Betriebe,
 - 14. Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, ...
- 65 : Schacht, H. Abrechnung mit Hitler S. 5
- 66 : zitiert bei Lewinsohn, R. a.a.O. S. 151
- 67 : s. Anm. 103
- 68 : Wirtschaft und Politik 1933-1945 S. 31
- 69 : Hitler, A. Mein Kampf I. Bd. S. 89
- 70 : Göring, H. Über die Aufgaben des Vierjahresplanes (Rede am 28.10.1936 in Berlin) zitiert in Wirtschaft und Politik 1933-1945 S. 43
- 71 : Göring, H. vor seinem Stab für industrielle Planung am 14.10.1938 zitiert bei Ebeling, H.v. Deutsche Geschichte S. 125 (Brschw.Brl.Hbg. Mün.Kiel, 1952)
- 72 : Durch die folgenden Zahlen der Rüstungsproduktion findet diese Aussage ihre Bestätigung:
Index der Rüstungsproduktion (1943 = 100)
1933 = 2; 1934 = 2; 1935 = 4; 1937 = 9;
1938 = 20; 1939 = 25; 1940 = 44 (Entnommen aus: Die deutsche Industrie im Kriege S. 23)
- 73 : Wirtschaft und Politik 1933-1945 S. 49
- 74 : Abgedruckt in Wirtschaft und Politik 1933-1945 S. 55

- 75 : Vizekanzler von Papen, Die Unternehmerpersönlichkeit im neuen Staat (Brl. 1933) Die Veröffentlichung trägt den Vermerk: "Diesem Buch liegt das Manuskript eines Vortrages zugrunde, den der Verfasser am 9. Oktober 1933 in Frankfurt a. Main beim Verein Mitteldeutscher Industrieller gehalten hat".
- 76 : Welter, E. Der Weg der deutschen Industrie S. 3 u. 10
- 77 : Welter, E. a.a.O. S. 12
- 78 : Welter, E. a.a.O. S. 23
- 79 : Berliner Börsen-Zeitung vom 6. Juni 1943
- 80 : Die deutsche Industrie im Kriege 1939 - 1945 S. 40
- 81 : Das machen z. B. Stellen seines Buches "Wir halten die Saar" deutlich.
- 82 : Die deutsche Industrie im Kriege 1939 - 1945 S. 39
- 83 : " " S. 39
- 84 : " " S. 40
- 85 : Lochner, L. a.a.O. Nach den bei ihm gemachten Angaben wurden Ludendorff zu diesem Zeitpunkt 100 000.00 Goldmark von Thyssen übergeben, die dieser an die Nationalsozialisten und an das Freikorps Oberland weiterzuleiten hatte.
- 86 : Hallgarten, G. a.a.O. S. 102
- 87 : Lochner, L. a.a.O. S. 94
- 88 : Hallgarten, G. S. 113 (Das Buch von Thyssen "I paid Hitler" war leider für diese Arbeit nirgends zugänglich.)
- 89 : Lochner, L. a.a.O. S. 95

- 90 : Lochner, L. a.a.O. S. 264 und 203
- 91 : Hallgarten, G. a.a.O. S. 97
- 92 : Lochner, L. a.a.O. S. 118
- 93 : Hallgarten, G. a.a.O. S. 98
- 94 : Bücher, Hermann am 12. März 1948 zitiert bei
Lochner, L. a.a.O. S. 197
- 95 : Lochner, L. a.a.O. S. 78
- 96 : Lochner, L. a.a.O. S. 244
- 97 : Lochner, L. a.a.O. S. 202
- 98 : Veröffentlichungen des RDI, Heft 21
- 99 : Bei Lochner, L. a.a.O. zitiert S. 161
- 100 : Bei Lochner, L. a.a.O. zitiert S. 69
- 101 : Hallgarten, G. a.a.O. S. 116
- 102 : Hallgarten, G. a.a.O. S. 102
- 103 : Lochner, L. a.a.O. S. 244
- 104 : "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz
von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933

"Auf Grund des Artikels 48 Abs.2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegrafien- und Fernsprecheheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und

von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen
des Eigentums auch außerhalb der sonst
hierfür bestimmten Grenzen zulässig.

"Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich
vom 24. März 1933

"Der Reichstag hat folgendes Gesetz beschlos-
sen ...

Artikel 1. Reichsgesetze können außer dem
in der Reichsverfassung vorgesehenen Ver-
fahren auch durch die Reichsregierung be-
schlossen werden

"Gesetz gegen die Neubildung von Parteien"
vom 14. Juli 1933

"Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz
beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1. In Deutschland besteht als einzige po-
litische Partei die Nationalsozialistische
Deutsche Arbeiterpartei.

§ 2. Wer es unternimmt, den organisatori-
schen Zusammenhalt einer anderen politischen
Partei aufrechtzuerhalten oder eine neue po-
litische Partei zu bilden, wird...bestraft.

"Gesetz zur Einheit von Partei und Staat"
vom 1. Dezember 1933

§ 1. Nach dem Sieg der nationalsozialisti-
schen Revolution ist die Nationalsozialisti-
sche Deutsche Arbeiterpartei die Trägerin
des deutschen Staatsgedankens und mit dem
Staate unlöslich verbunden. Sie ist eine
Körperschaft des öffentlichen Rechts. Ihre
Satzung bestimmt der Führer. ...

s. Anm. 67:

"Gesetz zur Verordnung der nationalen Arbeit"
vom 20. Januar 1934

§ 1. Im Betrieb arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum Nutzen von Volk und Staat. ...

- 105 : Pritzkolet, K. Die neuen Herren S. 158
- 106 : Hallgarten, G. a.a.O. S. 119
- 107 : Stein, G. Unternehmer in der Politik S. 91

Literaturverzeichnis

- | | |
|--|---|
| <u>Aron, Raymond</u> | "Deutsche Soziologie der Gegenwart" Stuttgart 1953 |
| <u>Beckerath, Herbert v.</u> | "Kräfte, Ziele und Gestaltungen der deutschen Industrie-Wirtschaft" Jena 1922 |
| | "Großindustrie und Gesellschaftsordnung" Tübingen, Zürich 1954 |
| <u>Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts</u> | "Die faschistischen Wehrwirtschaftsführer in der westdeutschen Wirtschaft" Berlin(Ost) 5. Jahrg. Nr. 9/10 |
| <u>Böttger, Hugo</u> | "Die Industrie und der Staat" Tübingen 1919 |
| <u>Brady, R.A.</u> | "Business as a System of Power" New York 1947 5. Aufl. |
| <u>Breitling, Rupert</u> | "Verbände in der Bundesrepublik" Meisenheim 1955 |
| <u>Burnham, James</u> | "Das Regime der Manager" Köln 1949 |
| <u>Chase, Stuart</u> | "Democracy under Pressure" New York 1945 |
| <u>Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung</u> | "Die deutsche Industrie im Kriege 1939 - 1945" Berlin 1954 |
| <u>Domizlaff, Hans</u> | "Es geht um Deutschland" Hamburg 1952 |
| <u>Fried, Ferdinand</u> | "Das Ende des Kapitalismus" Berlin 1931 |
| | "Der Umsturz der Gesellschaft" Stuttgart 1950 |

Füsslein, Rudolf-W.

"Die unwandelbaren Fundamente
des Staates" Hamburg 1947

Gehlen-Schelsky

"Soziologie"
Düsseldorf, Köln 1955

Giese, Friedrich

"Allgemeines Staatsrecht"
Tübingen 1948

Hallgarten, George,
W.F.

"Hitler, Reichswehr und In-
dustrie" Frankfurt 1955

Hitler, Adolf

"Mein Kampf"
München 1934 (2 Bände)

Hornung, Heinz

"Zur Soziologie der Bürger-
funktionäre" Berlin 1928

Hunke, Heinrich

"Die Grundzüge der deutschen
Volks- und Wehrwirtschaft"
Berlin 1938

Internationaler
Militärgerichtshof

"Prozeß gegen die Hauptkriegs-
verbrecher" Nürnberg 1949
Bd. I, II, IV, XII, XIII, XIX, XXII

Kellner, Wolfgang

"Die Wirtschaftsführung als
menschliche Leistung"
Braunschweig, Berlin, Hamburg 1949

Kossitsch, Mirko M.

"Politische Soziologie"
(in 'Soziologische Forschung in
unserer Zeit') Köln 1951

Lange, Ernst

"Die politische Ideologie der
deutschen industriellen Unter-
nehmenschaft" Diss. Greifs-
wald 1933

Lewinsohn, Richard

"Das Geld in der Politik"
Berlin 1931

Lochner, Louis P.

"Die Mächtigen und der Tyrann"
Darmstadt 1955

Lütge, Friedrich

"Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte"
München 1952

Mariaux, Franz

"Paul Silverberg - Reden und Schriften" Köln 1951

Michels, Robert

"Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie" Leipzig 1925 2.Aufl.

"Umschichtungen in den herrschenden Klassen nach dem Kriege" Stuttgart 1934

Misch, C.

"Deutsche Geschichte im Zeitalter der Massen"
Stuttgart 1954

Mommsen, W.

"Deutsche Parteiprogramme"
München 1952

Mommsen, E.W.

"Elitebildung in der Wirtschaft" Darmstadt 1955

Mosca, Gaetano

"Die herrschende Klasse"
Bern 1950

Most, Otto

"Industrie und Parlament"
Köln 1928 (Kölner Industriehefte Nr. 9)

Pieper, Otto

"Verfassungsmäßige Vertretung von Industrie und Handel in den Parlamenten des In- und Auslandes" Crefeld 1912

Pinner, Felix

"Deutsche Wirtschaftsführer"
Berlin 1924

Pollux

"Wer leitete Deutschland?
- Die eigentlichen Kriegsverbrecher" Zürich 1945

Pritzkeleit, Kurt

"Männer, Mächte, Monopole"
Düsseldorf 1953

"Bosse, Banken, Börsen"
Wien, München, Basel 1954

"Die neuen Herren"
Wien, München, Basel 1955

Preller, Ludwig

"Sozialpolitik in der Weimarer
Republik" Stuttgart 1949

Röchling, Hermann

"Wir halten die Saar"
Berlin, 1934

Russel, Bertrand

"Macht" Zürich 1947

Salin, Edgar

"Stellung und Bedeutung des
Unternehmers in der Wirtschaft
der Gegenwart" Düsseldorf 1929

"Der Gestaltwandel des Euro-
päischen Unternehmers" (in
'Offener Horizont')
München 1953

Schacht, Hjalmar

"Abrechnung mit Hitler"
Hamburg 1948

Schmölders, Günter

"Finanzpolitik" Berlin,
Göttingen, Heidelberg 1955

Schumpeter, Josef

"Kapitalismus, Sozialismus
und Demokratie" Zürich 1951

Stadtler, Eduard

"Der Unternehmer als Führer-
persönlichkeit" Hannover 1924

Stein, Gustav

"Unternehmer in der Politik"
Düsseldorf 1954

Stolper, Gustav

"Deutsche Wirtschaft 1870 -
1940" Stuttgart 1950

Weber, Alfred

"Wirtschaft und Politik" München 192

- Weber, Max "Wirtschaft und Gesellschaft"
Tübingen 1925 2. Aufl.
- Welter, Erich "Der Weg der deutschen Industrie"
Frankfurt 1943
- Wiedenfeld, Kurt "Das Persönliche im modernen
Unternehmertum" München,
Leipzig 1920 2. Aufl.
- "Die Herkunft der Unternehmer
und Kapitalisten im Aufbau der
kapitalistischen Zeit"
WWA Bd. 72
- Winschuh, Josef "Der Verein mit dem langen
Namen" Berlin 1932
- "Männer, Traditionen, Signale"
Berlin 1940

Hand- und Jahrbücher:

- "Handbuch der verfassungsgebenden Deutschen
Nationalversammlung 1919" (Amtliche Ausgabe) Berlin
- "Reichstagshandbuch" I, II, III, IV, V, VI, VII, VIII, IX.
Wahlperiode Berlin 1920 - 1933
- "Der Deutsche Reichstag 1936"
Berlin 1936
- "Der Großdeutsche Reichstag 1938"
(4. Wahlperiode) Berlin 1938
- "Zehn Jahre Deutsche Republik" - Ein Handbuch für re-
Berlin 1928 publikanische Politik
- "Deutsche Wirtschaftsführer" 1929
- "Deutschland Jahrbuch" 1949
- "Deutschland Jahrbuch" 1953
- "Leitende Männer der Wirtschaft"
Berlin, Darmstadt, Essen 1953
- "Handbuch der Soziologie" Stuttgart 1955

Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen
Industrie

Berlin 1919 ff.

Heft 1, 8, 14, 17, 21, 28, 30, 32, 48, 49
besonders aber die Hefte:

- 21: "Staat und Wirtschaft" (Vögler)
- 28: "Unternehmertum und Staat" (Hummel)
- 30: "Industrie und Parlament" (Most)
- 32: "Das deutsche industrielle Unternehmertum
in der Nachkriegszeit" (Silverberg)

Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts

- | | |
|--------------------------|--|
| <u>Neumann-Barmen</u> | "Die politische Verpflichtung des
Unternehmers 1951 Nr. 1 |
| <u>Krengel, H.</u> | "Aktive Unternehmerpolitik"
1951 Nr. 6 |
| <u>Mejer, O.</u> | "Unternehmer und Politik"
1952 Nr. 22 |
| <u>Hellwig, Fr.</u> | "Unternehmer und Politik"
1952 Nr. 14 |
| <u>Pinkerneil, Fr.A.</u> | "Die politische Mission des Unter-
nehmers" 1952 Nr. 36 |

"Beiträge zur Geschichte der jüngsten Vergangenheit"

Hannover 1952 (Dokumente)

- Heft 1 "Deutsche Innenpolitik 1933 - 1945"
- Heft 2 "Deutsche Außenpolitik 1933 - 1945"
- Heft 3 "Wehrmacht und Politik 1933 - 1945"
- Heft 4 "Wirtschaft und Politik 1933 - 1945"

Lebenslauf

Am 18. August 1930 wurde ich, Ingolf Joachim Heinrich Liesebach als Sohn des Lehrers und derzeitigen Schulleiters Heinrich Liesebach und seiner Ehefrau Margot, geb. Neumann in Glogau / Niederschlesien geboren.

Nach vier Grundschuljahren besuchte ich von 1941 bis zur Vertreibung aus der Heimat im Jahre 1945 die Staatliche Oberschule in Fraustadt.

Vom Herbst 1945 bis zur Ablegung der Reifeprüfung im März 1950 war ich Schüler der Bismarckschule (Städtische Oberschule für Jungen) in Hannover, wo meine Eltern und ich auch eine neue Heimat gefunden haben.

Nach meinem Abitur war ich zunächst ein halbes Jahr als kaufmännischer Volontär in einem Großhandelsbetrieb tätig. Zur Vorbereitung auf mein Universitätsstudium war ich bereits während dieser Zeit als Hörer an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (Leibniz-Akademie) in Hannover eingeschrieben.

Mein Hochschulstudium begann ich im Wintersemester 1950/51 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms Universität zu Bonn. Nach meinem dritten Semester ging ich im Sommer 1952 an die Universität zu Basel.

Während meiner Semesterferien war ich häufig in einem Hannoverschen Industriebetrieb beschäftigt, um mein Studium finanzieren zu helfen.

Im Sommersemester 1954 ließ ich mich vom Studium beurlauben, da ich damals in Köln - u.a. beim Deutschen Industrieinstitut - an meiner Dissertation arbeitete.

Am 9. Mai 1956 legte ich an der Universität Basel mein Doktorexamen ab. Seither war ich journalistisch tätig.

Im Laufe meines Studiums habe ich bei den folgenden Herren Professoren Seminare bzw. Vorlesungen besucht: v. Bekerath, E., Bosch, Breuer, Brogle, Conrad, Furlan, Meyer, F., Müller, H., Neumark, Niehans, Robens, Salin, Simonius, Stechelin, Wagner, v. Wiese u. Kaiserswaldau, Zwick.

